DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

168 15. JAHRGANG September '98 8,00 DM

15 JAHRE SELBSTVERWALTUNG IM WERKHOF DARMSTADT

Es geht auch anders

Ausgehend von den politisch-emanzipatorischen Bewegungen Ende der Siebziger/Anfang der Achtziger Jahre und im Bewußtsein einer »Geschichte der Genossenschaften« entstand 1983 bei einer Gruppe Gleichgesinnter in Darmstadt die Vorstellung einer demokratisierten Produktionsweise mit gleichberechtigten Arbeits- und Entscheidungsstrukturen.

Werkhof-Solarkurs (Selbstbau) in Weyla/Zimbabwe zusammen mit Handwerkern aus Zimbabwe — Foto: Wolfgang Jakob, Werkhof e.V.

von Wolfgang Jakob, Darmstadt ● Nicht nur der Gegensatz zwischen »Lohnarbeit und Kapital« sollte bei diesem Versuch aufgehoben und sozialverträglich umgestaltet werden, sondern auch die Trennung von »Kopf- und Handarbeit«. Außerdem sollten ökologische Fragestellungen und Probleme der ungleichen »Weltgesellschaft« thematisiert werden. Für diese Entwicklung, vom politischen Projekt zum selbstverwalteten Betrieb, war nicht Erwerbslosigkeit der Gruppenmitglieder dominierendes Motiv, sondern es war die Vorstellung, daß es lohnenswert und spannend sein könnte, zu einer Alternative zu den herrschenden Verhältnissen beizutragen.

Aus diesem gesellschaftlichen Spannungsfeld heraus wurde der Werkhof Darmstadt, Verein zur Förderung der Selbsthilfe, gem. e.V. (kurz: WHD) vor 15 Jahren gegründet. Zentrale betriebliche Ziele waren hierbei:

- Schaffung von demokratischen betrieblichen Mitbestimmungsstrukturen;
- *gleichberechtigtes Arbeiten (ohne Chef) in gesellschaftlich sinnvollen und notwendigen Bereichen*, wie z.B. berufliche Bildung von arbeitslosen Jugendlichen, *solidarische (technische) Unterstützung* von Emanzipationsprozessen (z.B. in Nicaragua), Einbeziehung von Projekten der Umwelttechnik;
- »Neutralisierung der Produktionsmittel« im gem.e.V., d.h. Herausnahme aus dem individuellen privaten Eigentum;
- Abschaffung von individuell-privater Profiterzielung.

In der Folge begann die Werkhof-Gruppe 1984 zusammen mit 24 Auszubildenden (davon je 50% weiblich/männlich) in den Bereichen »Betriebsschlosserei« und »Nachrichtengeräteelektronik« in selbstorganisierten Werkstätten den »außerbetrieblichen« Ausbildungsbetrieb nach dem Rahmenstoffplan der IHK. Es wurde ein wöchentliches Plenum etabliert, auf welchem alle alles diskutieren und per Konsens beschließen konnten.

Die ersten Schwächen dieser mit großem Engagement begonnenen Arbeitsentwürfe ließen jedoch nicht lange auf sich warten: Unklare Mitbestimmungs- und Verantwortlichkeitsstrukturen, mangelnde fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten, schwerfällige Organisationsprozesse, ein »kreatives Chaos in der Werkstatt«. Persönliche Konflikte waren der fast unvermeidliche Ausdruck dieser schwierigen Phase des Entwicklungsweges. Sie endeten zum Abschluß des ersten Ausbildungsganges und mit Auslaufen der ersten finanziellen Projektphase mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahl und des betrieblichen Bilanzvolumens. Zu diesem Zeitpunkt (1987) war das allgemeine Plenum gescheitert. Die Diskussion konzentrierte sich im weiteren auf Ausgründungen (bis heute ca. 25), welche im wesentlichen dezentralisierte Mitbestimmungs- und Verantwortlichkeitsstrukturen beinhalteten. Diese neue Kooperationsform führten zu einer verbindlicheren und klareren Mitbestimmung und wurde als schriftliche Kooperationsvereinbarung zwischen den einzelnen Gruppen und ausgegründeten Betrieben festgehalten. Gleichzeitig wurde ein »Projektrat« – bestehend aus VertreterInnen sämtlicher im WHD aktiven Gruppen – eingerichtet.

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT:

DEBATTE

In der Juni-Ausgabe hatten wir im Rahmen unseres Schwerpunktthemas »New Work« ein Interview mit Frithjof Bergmann veröffentlicht. Neben Zustimmung hat das Kritikbedürfnis ausgelöst. Der auf dieser Seite abgedruckte Beitrag von Volker Hildebrandt über die Konzepte von »New Work« in den USA und Kanada wird ergänzt durch eine Kritik von Hilmar Kunath (Red. Hamburg). Ein weiterer kritischer Beitrag von Rainer Kippe aus der Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim wird in unserer nächsten Ausgabe folgen. Seite 3

JUGEND & UNTERNEHMERTUM

Auf Initiative des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesjugendministeriums können ab September '98 bis zu 1.500 junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren über das sogenannte »Freiwillige Jahr im Unternehmen« (FUJ) die Möglichkeit bekommen, »Einblicke in das freie Unternehmertum« zu erhalten. Eine Betrachtung von Andreas Hechler auf Seite 4.

JUBILÄUM

Das Wuppertaler Informationsbüro Nicaragua wird 20 Jahre alt und ist damit eine der ältesten Organisationen der Solidaritätsbewegungen. In seinem Beitrag »Zwischen Revolution und Quark« beschreibt Klaus Heß die Anfänge der Solidaritätsbewegung und rekapituliert die Geschichte des Infobüros. Seite 5

GEGENGIPFEL

Im Juni 1999 werden in Köln kurz hintereinander der Eurogipfel und das G8-Treffen stattfinden. Anläßlich der Gründung eines »AK Weltwirtschaft« des *BUKO wurden die verschiedenen geplanten Aktionen* (Großdemo am 5.6.99, Großdemo zum »Schuldenerlaßjahr 2000« und ein Gegengipfel) diskutiert. Seite 6

M.A.I.

Das Multilateral Agreement Investments (M.A.I.) soll es ermöglichen, daß Transnationale Konzerne Mitgliedsländer verklagen können, wenn sie durch steuer-, arbeits- oder umweltschutzrechtliche Bestimmungen ihre mit Hoffnung auf Gewinn getätigten Investitionen gefährdet sehen. Seite 11

GENOSSENSCHAFTEN

Eignet sich die genossenschaftliche Rechtsform, um Sozialhilfeempfängern zu helfen, als Gruppe eine gemeinsame wirtschaftliche Existenz aufzubauen? Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW wurde unter der Berücksichtigung der Diskussion um den Kombi-Lohn eine Expertise erstellt, die Burghard Flieger zusammenfassend darstellt. Seite 12

D 8008

ÜBER FRITHJOF BERGMANNS KONZEPT UND VERSUCHE, ES ZU VERWIRKLICHEN

Von der »Job-Sklaverei« zur Praxis von »New Work«

Seit fast 20 Jahren wirbt Professor Frithjof Bergmann von der Universität Michigan für »New Work«. Wie dieses Konzept von »Neuer Arbeit« in der Praxis in den USA und Kanada aussieht, hat Volker Hildebrandt untersucht. Der Autor ist Politikwissenschaftler und freier Publizist in Hamburg.

Seit Anfang der 80er Jahre wirbt der US-amerikanische Philosoph F. Bergmann für seine Vorstellungen von »New Work«, die die Menschen auf eine höhere Stufe der Selbstverwirklichung heben und – durch Formen von Selbstversorgung – unabhängiger von der knapper werdenden Lohnarbeit machen sollen. Er reist seitdem in den USA und Kanada, seit den 90er Jahren in Europa, unentwegt von einer Veranstaltung zur nächsten, von einem Workshop zum anderen. Zur tatsächlich vorfindbaren Praxis sagt aber der jahrelange »New Work«-Aktivist und -Kenner Fritz Williams: »Bergmann spricht gelegentlich von künftigen Projekten, als ob sie bereits völlig umgesetzt seien.«

Kurioserweise gehen einige aus den verschiedenen, über die gesamte Bundesrepublik verstreuten deutschen »New Work«-Zirkeln davon aus, daß »New Work« in den USA viel entwickelter ist als in diesem unserem Lande. Dagegen vermuten »New Work«-Aktive in den USA, daß in Deutschland »New Work« bereits viel entfalteter sei. Anlaß genug, darüber zu berichten, was außer dem, von dem wir aus Bergmanns Interpretation erfahren, aktuelle »New Work«-Realität ist.

Beispiel Vancouver:

'Geist des Unternehmertums' In der Stadt im Süden der kanadischen Westküste kam es zu zwei Projekten, die nach Bergmann mustergültig aufgezeigt haben, wie die »New Work«-Philosophie umzusetzen ist. Sie knüpften an eine spezifische Situation an, daß nämlich in Kanada eine Bevölkerungsgruppe besonders zu den Verlierern im Gefolge der Krise der Arbeit gehört: junge Menschen. Nach »Statistics Canada« liegt die Jugendarbeitslosigkeit in den 90er Jahren um etwa 50 % höher als die allgemeine Arbeitslosigkeit (die vergleichbar mit der deutschen Arbeitslosenrate ist).

Das erste »New Work«-Projekt dauerte vom Juni bis Oktober 1996 und hieß: »Living Wall Garden Project« (Lebende-Mauer-Gartenprojekt). Fünf Jugendliche zwischen 19 und 24 sowie eine 26jährige Anleiterin wurden von einer »New Work-Aktionsgruppe« angestellt. Nach der Anleiterin Anna Kemble waren die Jugendlichen vor dem Projekt »alle relativ bedrückt und hoffnungslos angesichts der Arbeitslosigkeit. Alle fühlen sich allein und isoliert von der Arbeitswelt.« Das Ziel der »Aktionsgruppe« war die Gründung eines »praktischen Projektes ... als ein Vehikel, um der Jugend den Geist und die Praxis des Unternehmertums beizubringen.« Dies wurde mit einer ökologischen Idee verkoppelt: Es wurden mit Biomasse gefüllte Plastikcontainer aus New York gekauft, um so inmitten der Stadt, in der Raum knapp und viel Boden verseucht ist, Gartenbau zu betreiben. Die Seiten dieser Biocontainer bestanden aus Fenstern, so daß die Sämlinge für Blumen und Gemüse auch seitwärts eingepflanzt werden konnten. Auf Dächern in der Stadt kam es zu drei von den sogenannten »vertikalen Gärten« mit jeweils vier bis fünf Containern. Neben der Qualifizierung in Sachen städtischen Gartenbaus nahmen die Jugendlichen an »Business Workshops« und »Lifeskills Workshops«, Workshops für Lebenskompetenzen, teil...

Fortsetzung auf Seite 3

2. TREFFEN DER AG BUNDESDEUTSCHE TAUSCHSYSTEME

Wahlprüfsteine verschickt

Nach ihrem zweiten Treffen am 12. und 13. Juli 1998 in Kassel präsentiert sich die AG bundesdeutsche Tauschsystem nun auch einer breiten Öffentlichkeit. Ins Leben gerufen wurde sie auf dem mittlerweile 4. Deutschen Tauschringtreffen Anfang Mai in München.

von Stefan Purwin, Kreuzberger Tauschring ● Auf einem ersten Arbeitstreffen Anfang Juni in Magdeburg wurde ein Wahlprüfstein zur kommenden Bundestagswahl aufgestellt. Damit wurden drei der derzeit drängendsten Fragen hinsichtlich der Mitgliedschaft in deutschen Tauschringen (Verfügbarkeitsregelung nach SGB III, Anrechnung von Tauschleistungen auf Sozialleistungen sowie deren Versteuerung) aufgegriffen und zur Vorlage an PolitikerInnen aller Parteien an mehr als 300 deutschen Tauschsysteme verschickt.

Es sind schon mindestens drei Fälle bekannt geworden, in denen das örtliche Arbeitsamt Arbeitslosengeld bzw. Hilfe aufgrund der Tauschaktivität verweigert (siehe auch Seite 10).

»Es kann doch nicht sein, daß auf der einen Seite das Engagement der BürgerInnen von PolitikerInnen aller Parteien eingefordert wird, auf der anderen Seite das freiwillige bürgerschaftliche Engagement durch Kürzung und Streichung von sozialen Leistungen durch Behörden bestraft wird,« erklärte Elisabeth Hollerbach vom LETS Tauschnetz München.

Auf dem Kasseler Treffen wurden Aufgaben und Strukturen der AG geklärt und die dafür zuständigen Personen benannt: Öffentlichkeitsarbeit, Klaus Reichenbach, Zeitbörse Kassel; Informationsbörse, Klaus Kleffmann, Tauschring Osnabrück; Vernetzungsarbeit: nach innen (zwischen Tauschringen): Ljiljana Lapu-Fiedler, Tauschinitiative Wetzlar, nach außen (andere Institution): Elisabeth Hollerbach, LETS Tauschnetz München; Bildungsarbeit Klara Brendle, Stefan Purwin, Kreuzberger Tauschring Berlin.

Erste Stellungnahmen von Parteien:

CDU/CSU, Wolfgang Lohmann, MdB in Vertretung für den Vorsitzenden der Fraktion, Dr. Schäuble bezieht sich auf Bundessozialhilfegesetz (BSHG) mit dem Ergebnis, daß sich die CDU/CSU-Fraktion nicht dafür einsetzen wird, die eingenommen Tauscheinheiten grundsätzlich nicht auf Sozialhilfeleistungen anzurechnen.

PDS, Bundestagsgruppe detailliertes Antwortschreiben, unterstützen Forderungen im Bereich SGB III und BSHG, nicht aber zu phasenweise Steuerbefreiung. Die PDS bevorzugt grundsätzlich ihr Modell einer Grundsicherung.

CDU-Landtagsfraktion Hessen, Sozialpolitische Sprecherin Inge Velte begrüßt die Einrichtung von Tauschringen im privatem/ehrenamtlichen Rahmen. Wenn es um einkommensrelevante Tätigkeiten und steuerliche Erfaßbarkeit geht (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld/-hilfe und Verfügbarkeitsregelung SGB III) muß aber ein Trennstrich gezogen werden....

Nächstes Bundestreffen / Regionaltreffen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft bietet Unterstützung für das nächste Bundestreffen wie auch für Regionale Treffen (organisatorisch wie inhaltlich). Sinnvoll wäre dazu die Erstellung eines Leitfadens für die Durchführung solcher Treffen.

Der Tauschring Bonn ist grundsätzlich bereit, das nächste Bundestreffen auszurichten. Termin ist angedacht für Herbst 1999.

Regionale Treffen:

Süddeutsches Treffen: 2.-4- Okt. 98 in Augsburg, Workshops, Erfahrungsaustausch, Vorträge, Kontakt: S. Weigerding Tel. 0821/589 25 98; R. Wilhelm Fax 0821/71 85 99; Ingo Pfennig, Wolframstr. 47, 86161 Augsburg

Bayrisches Treffen am 19. Sept. 98: organisiert von Heinrich Hausmann, Gib&Nimm Nürnberg

Hessisches Treffen: Ende Sept./Anfang Okt. in Wiesbaden, TR Initial Wiesbaden, Stefan Goeser

Kassel: 24./25. Okt. 98: Treffen der Hessischen Tauschringe mit Vertretern von Tauschringen aus Schottland und England, Infos über Zeitbörse Kassel.●

Kontakt: Arbeitsgemeinschaft bundesdeutsche Tauschsysteme, c/o Zeitbörse Jordanstr. 5, D-34117 Kassel Tel. (05 61) 728 85 47, Fax 728 8529

ZUR BUNDESTAGSWAHL 1998:

Foto: dpa

A-CAMP UND PERSPEKTIVENTREFFEN:

Aufbruch light ... oder endlich mehr?

Auf dem anarchistischen Camp (31.8.-9.8. in der Nähe von Berlin) fand das zweite Treffen »Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit« statt. Das war schlau gewählt, denn viele der CampteilnehmerInnen interessierten sich für die Diskussionen um Widerstand, radikale Umweltschutzforderungen und Utopien. Etwa gleichviele Workshops liefen zur Kritik am »mainstream«-Umweltschutz (Agenda, Expo, Kommerzialisierung, Ökofaschismus) und zu den Alternativen. Etliche greifbare Ergebnisse waren zu vermelden. Sie sind hier kurz aufgeführt. Näheres wird es im nächsten Perspektiven-Rundbrief geben, der gegen 5 DM in Briefmarken bestellt werden kann bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen.

Neue Vernetzungsstrukuren

1. **Politische Freiräume:** Es gab ein Treffen zwischen politischen Kommunen, Wagendörfern, besetzten Häusern usw., die einen politischen (antistaatlichen) Anspruch haben. Zwischen diesen ist eine Vernetzung verabredet (Rundbriefe, Treffen, Austausch, gegenseitige Hilfe). Die Runde ist offen. Der erste Rundbrief erscheint Anfang September u.a. mit Vorstellungen der jetzt beteiligten Projekte und sonstigen Infos. Der Rundbrief wird aus einem Berliner Projekt erstellt. Das Vernetzungstreffen wird im November in Saasen (bei Gießen) sein. Weitere Projekte (Häuser, besetzte Plätze, politische Freiräume usw.) sind herzlich willkommen!

2. **Gesamtgesellschaftliche Ziele:** Auf Einladung von Anti-Atom-AktivistInnen aus der JUMP Hamburg gab es eine Diskussion einiger Ex-Jugendumweltbewegungs- und sonstiger Leute über das Hineinbringen radikaler Ziele in die Umweltbewegung.

Vereinbart wurden:

- »revolutionäre« Redebeiträge, Flugblätter, Pressetexte usw. im Rahmen der Anti-Atom-Aktionstage Mitte September.
- ebensolche Erklärungen und Inhalte im Rahmen weiterer Aktionen (Genfeldbesetzungen usw.)
- eventuell einen entsprechenden Schwerpunkt in den »ö-Punkten« thematische AKs u.ä. auf sonstigen Camps und Kongressen wie den Jugendaktionstagen, dem Bundes-ökologie-Treffen usw.
- weitere Treffen zum Austausch, zur Weiterentwicklung der Positionen usw. Das nächste Treffen wird auf dem Bundes-ökologie-Treffen (BöT) in Witzenhausen (25.-29.11.) laufen.

Konkrete Aktionen

Anti-Expo-Arbeit: Richtig groß waren die Anti-Expo-Runden. Es sind verschiedene Anti-Expo-Gruppen gegründet, die Vernetzung besprochen und Aktionen geplant worden. Ein erstes Rundschreiben mit Basisinformationen geht allen Gruppen und Zusammenhängen zu, die als Anti-Expo-Kontaktadresse in ihrer Region/Stadt gelten wollen. Wer daran Interesse hat, sollte sich melden.

Hinweis: Am 3.10. ist der Tag der Deutschen Einheit, diesmal mit dem Feierschwerpunkt Hannover!

Utopien-Diskussion: Ziel ist, eine Utopie für eine selbstbestimmte Gesellschaft zu entwerfen. Das soll Motivation für gesamtgesellschaftliche Forderungen schaffen, z.B. um der Expo ein Gegenbild entgegenzustellen. Die Arbeit an der Utopie soll zwischen daran interessierten Leuten weitergehen.

Weitere Diskussionen

Kritische Analyse von Kommunen usw.: Intensiv wurden die bestehenden Kommunen analysiert, mehrfach traf sich eine Gruppe, die neue und eigene Ideen entwikkeln will und sich dazu demnächst auch für ein Wochenende in Lutter treffen will.

Weiteres: Es fanden etliche weitere, inhaltliche AKs mit z.T. hoher Beteiligung (bis zu 60 Leuten) statt, u.a. Kritik an Agenda/Nachhaltigkeit, ökologie und Kommerzialisierung/Kapitalismus, Utopienentwicklung usw.●

Jörg Bergstedt

Wer bei der einen oder anderen Sache einsteigen will, soll sich den Perspektiven-Rundbrief bestellen oder sich direkt an die Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen, wenden. Tel. (0 64 01) 90 32 83.

ANTIFA

Neues zum §129-Verfahren gegen Passauer AntifaschistInnen

Das bayerische Landeskriminalamt (LKA) ermittelt seit März 1997 nach §129 (»Bildung einer kriminellen Vereinigung«) gegen Passauer AntifaschistInnen. Das Verfahren war erst am 12. Mai 1998 bekannt geworden. Damals durchsuchte das bayerische LKA zusammen mit dem Bundeskriminalamt und örtlichen Polizeibehörden im ganzen Bundesgebiet in acht verschiedenen Städten 36 Gebäude. In Passau sollte sich spätestens 1993 eine »kriminelle Vereinigung« aus 39 Personen »innerhalb des antifaschistischen Spektrums« gegründet haben. Was die »Verbrechen« dieser »Vereinigung« sein sollen, wurde nicht genauer ausgeführt. Die Staatsanwaltschaft München sprach lediglich von »über 100 Straftaten seit 1993, wie Landfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung etc.« Es drängt sich der Verdacht auf, daß einfach sämtliche politischen »Straftaten« in Passau zusammengesammelt wurden und nun einer »kriminellen Vereinigung« in die Schuhe geschoben werden sollen. Das Ziel des Staatsschutzes ist offensichtlich: Die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands in Passau.

Inzwischen sind 30 beschuldigte Personen bekannt. Ihre einzige Gemeinsamkeit: Sie sind oder waren aktive AntifaschistInnen und wohnen oder wohnten in Passau. Einem Beschuldigten aus Berlin wurde eine Teilakteneinsicht im Zusammenhang mit seinem Widerspruch gegen die Durchsuchung seiner Wohnung gewährt. Doch auch hier hält sich der Staatsschutz bedeckt. In der Akte finden sich dieselben nichtssagenden Begründungen wie in dem Durchsuchungsbeschluß und der Presseerklärung der Münchener Staatsanwaltschaft. Desweiteren wird lediglich angeführt, daß der Beschuldigte in antifaschistischen Gruppen aktiv war und Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit antifaschistischen Aktionen gegen ihn liefen, die jedoch alle eingestellt sind. Erneut bestätigt sich hier, daß allein antifaschistisches Engagement auszureichen scheint, um für das bayerische LKA als »kriminell« zu gelten. Eine 18jährige Passauerin hat vor kurzem eine staatsanwaltliche Zeugenvorladung erhalten. Damit wird ein in solchen Verfahren beliebtes Zwangsmittel angewandt. Denn wenn die 18jährige ihre Aussage verweigert, drohen ihr nicht nur bis zu 2.000 DM Strafe, sondern auch bis zu sechs Monate »Erzwingungshaft«.

Eine Sprecherin der Autonomen Antifa (M) äußerte zu den Ermittlungen: »Die Erfahrung zeigt, daß dem Staatsschutz selten ein Mittel zu abwegig oder eine Begründung zu absurd ist, wenn es um die Verfolgung erfolgreicher Antifa-Politik geht. Daß aber ausgerechnet jetzt gegen die Antifaschistische Aktion Passau (laut Passauer Neue Presse vom 4. August läuft das Verfahren gegen die Antifaschistische Aktion Passau) vorgegangen wird, die seit Jahren Widerstand gegen die DVU und die NPD organisiert, mutet schon grotesk an. Dieses Ermittlungsverfahren muß sofort eingestellt werden, der Kriminalisierungsversuch abgeschmettert werden.« Daß sich der antifaschistische Widerstand nicht einschüchtern läßt, wird sich bereits am 26. September in Passau zeigen, wenn die DVU einen Tag vor der Bundestagswahl in Passau wieder ihre Großveranstaltung abhalten will.●

Autonome Antifa (M)

Nichts will ich wissen von guten Bedingungen! nur noch:

Freiheit aller gefangenen GenossInnen – jetzt!

Zehn Gedichte und zehn Zeichnungen aus dem Gefängnis

Von Rainer Dittrich

für 11,50 DM zu bestellen bei:

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel

Telefon und Fax: (0431) 7 51 41

DIE ROTE HILFE

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Von der »Job-Sklaverei« zur Praxis von »New Work«

Wege zu karriereorientierten Fähigkeiten (z.B. Praktiken erfolgreicher Bewerbung) und kommunikativen Kompetenzen wurden genauso gelehrt wie Techniken des »Ärger- und Streß-Managements«. Dazu gehörten auch »101 Wege jetzt Geld zu sparen« , die im »Geld Mangagement«-Workshop angeraten wurden. Bei alledem, so die Mentorin Betty Tully, sollte die grundlegende »New Work«-Maxime vermittelt werden: »Sehe Dich selbst als ein Unternehmen, mache Dich selbst zu Deinem eigenen Unternehmen.«

Was hatte dieses Projekt den Jugendlichen im Ganzen gebracht? Die Anleiterin des Projektes hebt in der Öffentlichkeit stets hervor, wie sehr das Selbstbewußtsein der Einzelnen gewachsen ist. Ein Teilnehmer glaubt, daß das Projekt »uns vorbereitet hat für den Job-Krieg«. Ein anderer sagt: »Durch 'New Work' haben wir gelernt, daß ein Job nicht das ist, was zählt, sondern es ist Arbeit, die wichtig ist. Wir sahen, daß der Aufbau eines Unternehmens ein Traum ist, der mit etwas harter Arbeit Wirklichkeit werden kann.«

Dem ersten »New Work«-Projekt folgte ein zweites: vom Dezember 1996 bis September 1997. Anna Kemble war wieder dabei, diesmal als »Projekt-Verwalterin«. Ihr wurden vier Koordinatoren an die Seite gestellt. Eine war Marika Albert. Zuvor bloß Teilnehmerin des ersten Projektes, nun »Koordinatorin für Gartenarbeit«. Absicht war ein Projekt mit Straßenjugendlichen aufzubauen: vor allem Jugendlichen, die Arbeitsprobleme sowie Probleme, ein Dach über dem Kopf zu finden, hatten und zum Straßenmilieu gehörten – unter ihnen viele Drogenabhängige. Über 50 Jugendliche waren interessiert, 17 von ihnen wurden in das Projekt aufgenommen. Einstellungskriterium war: »wer möchte Fertigkeiten lernen und nicht, wer hat bereits welche.« Wie auch schon im ersten Projekt gab es die verschiedensten Sponsoren, von seiten der Stadt und Provinz; auch Unternehmen zählten dazu. Diesmal wollten die Jugendlichen die Container aus behandeltem Holz selbst bauen, weil dies von größerer sinnlicher Qualität als der Umgang mit den von Bergmann favorisierten Plastikcontainern ist. 40 Container wurden von der »Konstruktionsgruppe« des Projektes gebaut; inmitten einer betonierten und dicht besiedelten Stadteinöde wurden sie auf einem betonierten Plateau direkt neben einem Schwimmbad aufgestellt. An einem Container ist ein Schild befestigt mit der Aufschrift: »Gärtner an der Bucht kümmern sich jetzt um diese Gärten. Dank an das 'Living Wall Garden Projekt' dafür, daß sie diesen Gemeinwesen-Garten begründet haben.« Die Biocontainer werden seit dem Ende des Projektes von einer Gruppe aus der Nachbarschaft betreut.

Spielt in Bergmanns Vorstellungen die Anwendung neuester Technologie eine immense Rolle, so interessierten sich, nach Aussage von der Koordinatorin Christina Zalite, nur zwei Projektteilnehmer für Hochtechnologie; einer davon widmete seine Leidenschaft Computerspielen. Soll in Bergmanns Konzept die Selbstversorgung die Lebenskosten bis zu einem Drittel reduzieren, so haben die »Vancouverites« ganz eigene, andere Vorstellungen von Selbstversorgung als der »New Work«-Doyen. Denn in der Hauptsache geht es dabei nicht um die Produktion für den eigenen Bedarf, vielmehr um marktbezogene Möglichkeiten, mit den eigenen Ressourcen und eigenen Produkten im verschärften allgemeinen Wettbewerb sich und den eigenen Betrieb am Leben zu erhalten. Für die »New Work«-Mentorin und Unternehmerin Betty Tully, wohnhaft in einer berückenden Landschaft, gehört zur »Selbstversorgung«, daß sie neuerdings ihre Garage für Urlauber vermietet. In ihrer Lebensweise versucht sie einen multidimensionalen Ansatz, nach dem realiter ihre eigene Gartenarbeit und die Gemüse-Tauschhandlungen mit anderen Heimgärtnern nur eine sehr nachrangige Rolle einnimmt.

Nach Auslaufen des Projektes versuchten einige Aktive aus der gesponsorten gemeinnützigen Organisation ein profitables Unternehmen zu machen, was, jedoch, bereits nach wenigen Monaten wieder aufgegeben wurde. Neben der Schwierigkeit, für Biocontainer einen Markt zu finden, könnte das Scheitern des geplanten »Co-op-Unternehmens« auch mit der grundsätzlichen Kritik der Leiterin des Projektes erklärt werden: »Wir sind nur sehr wenig an die Tiefe der Lernerfordernisse herangekommen, die die Leute brauchen. Es war ein bißchen von dem und das, aber es war nicht sehr ganzheitlich.« Zudem war die Leiterin der »Co-op-Arbeitsgruppe« weder für ihre Funktion richtig ausgebildet, noch hatte sie vor dem Projekt entsprechende Erfahrungen in der »business world« gesammelt.

Allerdings wollen die »New Work«-Aktivisten auch nicht Unternehmer wie alle anderen werden; sie wollen vielmehr dem Kapitalismus zu einem menschen- und naturfreundlicheren Antlitz verhelfen. Anna Kemble sagt: »Es geht 'New Work' um die Schaffung von Märkten und Möglichkeiten, Geld zu machen. Die Ressourcen sollen dabei erhalten und geteilt werden, die Produkte sollen sozial und ökologisch sein.« Die Ernten von 1996 (Gemüse, Kräuter) bekam zum großen Teil ein Kommunikationszentrum. Bei den Ernten des darauffolgenden Jahres durften sich die Menschen aus der Nachbarschaft bedienen.

Damit Arbeit mehr Erfüllung ist, wurde in die Arbeitswoche ein Tag für die Planung und Durchführung von persönlichen Arbeitsprojekten integriert. In diesem Zusammenhang wurde Bergmann allerdings von einigen der Blauäugigkeit bezichtigt, wenn er angesichts des Elends der Betroffenen anpreist, das zu tun, was man »wirklich, wirklich will«. Die Koordinatorin Christina Zalite äußert: »Es müssen erst gewisse Grundbedürfnisse abgesichert sein, bevor an die Selbstverwirklichung gedacht werden kann. 'New Work' hat versucht, alles auf einmal zu verwirklichen, was wahrscheinlich ein zu großer Anspruch ist.«

In der Gruppe gab es Probleme mit Drogen. Von den 17 Teilnehmern, die vor dem Projekt alle arbeitslos waren und zumeist von Sozialhilfe lebten, haben 15 das Projekt beendet. Zwei sind davon zur Schule zurückgekehrt, zwei weitere haben eine Art Lehre begonnen. Vier Teilnehmer haben nach dem Projekt eine Fortbildung begonnen: vom »Unternehmenstrainings-Programm« bis zu einer Filmschule. Während zwei Jugendliche auf der Suche nicht so schnell Arbeit gefunden haben, sind sechs andere unterschiedlichsten Jobs nachgegangen (eine junge Frau arbeitet als Model auf Modeschauen). Schließlich haben sich zwei als Kleinunternehmer versucht: einer in Sachen Müllabfuhr und eine mit eigener Lederarbeit. Die Leiterin des Projektes Anna Kemble arbeitet zur Zeit für eine Nichtprofitorganisation im Bereich Recycling. Christina Zalite ist »freiwillig arbeitslos«, weil für sie derzeitig kein Job in Aussicht ist, der ihr »wirklich, wirklich« zusagen würde. Die Koordinatorin Marika Albert sagt: »Junge Menschen unserer Zeit sind der sinnlosen, schlecht bezahlten Jobs überdrüssig, wir wollen uns mehr beteiligt fühlen, wir haben etwas zu sagen und New Work ermöglicht uns einen Weg, gehört zu werden.«

Einige andere Projekte, wie ein »Ökocafé-Projekt« und verschiedene »Wandgemälde-Projekte«, wurden durch die »New Work«-Erfahrungen inspiriert. Die Unternehmerin Betty Tully ist derzeitig dabei, mit den Landes- und Provinzbehörden über die Finanzierung eines neuen »New Work-Programms« zu sprechen. An diesen Programm sollen 120 bis 144 Jugendliche teilnehmen. Für fünf Kommunen in British Columbia, der Provinz von Vancouver, ist das Projekt geplant.

Detroit Eastside Coalition of Churches

Zur Zeit ist Bergmanns Vision von »Bioblock-Projekten« in Nordamerika vor allem mit der 1993 gegründeten »Detroit Eastside Coalition of Churches«, einer ökumenischen Koalition von 20 verschiedenen Kirchengemeinden in einem der ärmsten Stadtteile von Detroit, verbunden. Mit dem Projekt-Standort Detroit, der Stadt, in der 1982 der »Hunger-Notstand« ausgerufen worden ist, befindet sich eine »New Work«-Initiative in einem der größten sozialen Brennpunkte der Vereingten Staaten. In der einstigen Autostadt hat nicht nur ein Exodus beinahe der gesamten Ober- und Mittelklasse stattgefunden; sogar zwei der drei großen US-amerikanischen Autokonzerne, Ford und Chrysler, haben das Weite gesucht. Die Arbeitslosigkeit der Stadt ist meist doppelt so hoch wie die des Staates Michigan, zu dem Detroit gehört. In Detroit Eastside sind über 90 % Afro-Amerikaner und hat etwa jeder fünfte Haushalt ein Einkommen von umgerechnet weniger als 10.000 DM im Jahr.

Von Bergmanns Vision, eine gemeindeorientierte ökonomische Entwicklung mit neuen Formen von Arbeit zu verbinden, hat zunächst einmal eines Bestand: ein im Rahmen der Kirchenkoalition gegründetes »Unternehmensentwicklungs-Zentrum«. Die Kirchen haben ihr Interesse an »New Work« so formuliert: »Der Effekt von der New Work-Philosophie wird sein, die Gemeinde dazu zu motivieren, daß sie mit Unternehmensgründungen anfängt, die nicht nur die Unabhängigkeit fördern; vielmehr werden auch neues Unternehmenswissen und die Kompetenzen vermittelt, die zu dem ökonomische Wohlergehen der ganzen Gemeinde beisteuern.« Das Zentrum soll nun der erste Schritt der Kirchenpolitik, die ausdrücklich von dem Detroiter Bürgermeister Dennis Archer unterstützt wird, sein, um Konzepte der ökonomischen Gemeinwesenentwicklung und der Selbsthilfe voranzutreiben. Selbsthilfe und Unternehmertum werden dabei zusammengedacht: »Die New Work-Philosophie spricht schlecht bezahlte, unausgebildete Arbeiter an und gibt ihnen die Gelegenheit besser entlohnte Unternehmenseigentümer zu werden.«

Um die »Welt des Business zu entdecken«, kommen verschiedenste Bewohner des Stadtviertels in das Zentrum. Dort werden ihnen Kompetenzen unternehmerischen Denkens und Handelns beigebracht, die sie nirgendwo anders erlernen könnten. Die afro-amerikanische Leiterin des Zentrums Donna Snowden, die, übrigens, in den 60er Jahren mit dem Detroiter Bürgermeister zusammen studiert hatte, kann den Besuchern auch eigene Erfahrungen mit dem Dasein als Kleinunternehmerin vermitteln. Die an der Universität für den Bereich »Öffentliche Verwaltung« ausgebildete Frau hatte früher selbst ein eigenes Nischen-Unternehmen geführt: Sie hatte Pflanzen innerhalb von verschiedensten Gebäuden gegen Bezahlung gepflegt. Wiewohl es zu den langfristigen Zielen der Aktiven in der Detroiter Eastside gehört, daß zum Wohle der ökonomischen Entwicklung des eigenen Gemeinwesens auch größere Unternehmen entstehen, sieht die Arbeit von Donna Snowden erst einmal anders aus. In ihr Büro, in dem zum Teil von ihr selbst hergestellte Möbel stehen, kommen die verschiedensten Menschen; zum Teil auch Kleinunternehmer, deren Betrieb nicht so gut läuft. Häufig überreicht sie den Besuchern als erstes eine Unternehmer-Zeitschrift aus Detroit, damit sie sich die Sprache und die Denkweise des Business aneignen. Die Bergmannsche Idee, das zu machen, wozu man sich berufen fühlt, kommt für sie erst einmal nur in Betracht, wenn sich damit auch wirklich eine Geschäftsidee verbinden läßt. Die Nutzer des Zentrums, bislang über 100, versuchen sich als eigene Unternehmer zu bewähren; besonders beliebt ist das Geschäft mit der »Kinderaufsicht und -betreuung«. Die Chancen, daß das Zentrum für längere Zeit existieren wird, sind gut, weil es in einer größeren Gemeinde organisatorisch verankert ist. Ob damit aber wirklich Arbeit im Sinne Bergmanns neu geschaffen wird, mag zumindest bezweifelt werden.

Grenzen von New Work

Colin Stark, Mentor des kanadischen »New Work«-Projektes von 1996, sagt über »New Work« und dessen Begründer: »Der Umstand, daß keines von den 'New Work'-Projekten, die ich kenne, bis jetzt zu stabilen, langfristigen, praktischen Ergebnissen geführt hat, ist nicht der Fehler von Bergmann. Es ist vielleicht eher der grundsätzlichen Festgefahrenheit der Gesellschaft, dem Fehlen von Geldmitteln, Zeit, Energie und Organisation in unserer unbeweglichen und fragmentierten Gesellschaft geschuldet, daß es ein Idealismus wie der Bergmanns so schwer hat, in große praktische Projekte zu münden.«

Man muß sich nicht den Bergmann-Kritikern insgesamt anschließen, soweit diese sagen, »New Work« ist von seinem gesamten Ansatz her weltfremder Utopismus, aber der Visionär bleibt doch seinen Kritikern eine Antwort auf die Frage schuldig, wie mit seinem Modell, das, zumindest streckenweise, in der Praxis auf die Verbreiterung von Klein- und Reformunternehmertum hinauszulaufen scheint, den Sachzwängen der Weltmarktökonomie Paroli geboten werden kann. Der stumme Zwang der marktvermittelten Konkurrenz könnte dem »New Work«-Konzept enge Grenzen setzen – eine solche ist das Verbleiben des Ansatzes in Nischen der Marktwirtschaft. Die Erfahrung mit am Markt orientierten Alternativbetrieben zeigt, daß über kurz oder lang die allermeisten Betriebe mit gesellschaftsverändernden Anspruch diejenigen Lohnarbeitsverhältnisse hervorbringen, gegen die sie (und Bergmann) angetreten sind.●

(aus: Frankfurter Rundschau, Dokumentation, Fr., den 24. Juli 1998, leicht gekürzt).

KRITIK AM NEW WORK KONZEPT VON PROF. FRITHJOF BERGMANN

Wie wollen wir wirtschaften ?

In der Juni-Ausgabe der CONTRASTE haben wir – ergänzt durch Berichte von einigen Neue-Arbeit-Gruppen – ein ausführliches Interview mit Frithjof Bergmann abgedruckt. Neben Zustimmung hat das (auch in der Redaktion) Kritikbedürfnis ausgelöst. Hier ein erster Versuch dazu. Wir setzen das in der nächsten Ausgabe mit einem Beitrag von Rainer Kippe aus der Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim fort.

von Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg ● Das Bedürfnis nach Gestaltung von Arbeitsarten neben der in die Krise geratenen Lohnarbeit ist da. Ein Teil der Vorstellungen von Frithjof ist, auf die Dauerkrise mit eigener Aktivität in Gruppen zu reagieren und sich nicht mehr ausschließlich (immer schlechter ...) vom Staat versorgen zu lassen.

In der Praxis verstehen jedoch alle New-Work-Gruppen in Deutschland, Kanada und den USA den Ansatz von Frithjof sehr unterschiedlich. Einzelne versuchen in aller Stille einen Reformunternehmer zu finden, der seinen Betrieb für eine Umstellung auf das New-Work-Modell zur Verfügung stellt. Andere bauen Häuser der Eigenarbeit auf (angeregt durch das *Münchner Haus der Eigenarbeit*) und versuchen daraus einen Verbund von teils sich selbstversorgendenden, teils kulturellen, teils marktproduzierenden Gruppen aufzubauen. Wieder andere streben direkt ein 'Zentrum Neue Arbeit' an (z.B. *Kreativ-Zentrum Wolfen e.V.*). Arbeitslosen-Initiativen versuchen finanzielle Unterstützung zu bekommen für den Aufbau eines Selbsthilfe-Werkstatt-Verbundes. Andere haben begonnen, eine gemeinsame (Bio-)Nahrungsmittel-Versorgung auf dem umliegenden Land zu betreiben und entwickeln dazu gemeinsame städtische Produktionsansätze aus ihrem Tauschring heraus (z.B. die *Bremer Commune*). Auch Beschäftigungsgesellschaften, Schulen und Arbeitsamts-Direktoren interessieren sich für New Work. Einige wenige Gruppen sind geld- und warenkritisch (z.B. die *Sozialistische Selbsthilfe Mülheim* (SSM) in Köln). Andere versuchen, eine Art Ersatz-Geld frei nach Silvio Gesell einzuführen ('Doemak' – Halle). Alle diese Ansätze beziehen sich positiv auf das Bergmann-Modell. Man erkennt leicht, daß da viele Fragen noch nicht geklärt sind. Eine gemeinsame, strömungsübergreifende Diskussion steckt in den Anfängen.

Was will ich wirklich ?

Frithjofs Frage nach dem, was die/der Einzelne 'wirklich, wirklich will' ermöglicht einen offenen, kritischen Selbstbezug auf grundlegende eigene Lebensentscheidungen: Will ich z.B. wirklich diesen Beruf ausüben, in den ich nun schon seit einigen Jahren hineingerutscht bin? Habe ich mir das wirklich selber ausgesucht?

Menschen nehmen sich, durch Konkurrenz, Leistungsdruck, Selbstdarstellungszwänge, Anerkennungsbedürfnis getrieben, oft nicht die Zeit zur Muße, um sich offen zweifelnd zu fragen, was sie wirklich, wirklich (werden) wollen. Sie fragen sich selten, ob sie das, was sie zunächst glauben zu wollen, auch wirklich wollen. D.h. sie stellen sich selten selbstkritisch neben sich und fragen: 'Will ich das wirklich?' Das hohe Maß an Fremdbestimmung in den gegenwärtigen Prägungen der einzelnen Menschen ist angesprochen. ...

Fortsetzung auf Seite 4

EINBLICKE IN DAS »FREIE UNTERNEHMERTUM«

Früh übt sich, was...

»Sie werden sicher erleben, daß Unternehmer sein mehr Freiheit und Selbstbestimmung, mehr Spaß und Geld, aber auch mehr Streß und Risiko bedeutet.« (Broschüre zum Freiwilligen Jahr im Unternehmen)

von Andreas Hechler aus Berlin ● Die ewige Leier von »Es gibt keine Alternativen« über »Leistung muß sein« bis hin zu »Der Mensch ist nunmal schlecht« reicht den BefürworterInnen dessen, was hier euphemistisch »soziale Marktwirtschaft« genannt wird, zur Formierung der Bevölkerung anscheinend nicht. Auf Initiative des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und des Bundesjugendministeriums hin sollen jetzt lauter kleine, gute KapitalistInnen herangezüchtet werden.

»Ohne Kapitalisten ist kein guter Kapitalismus zu machen.« So oder ähnlich müssen sich die wirren Gedanken von Bundesjugendministerin Claudia Nolte durch ihr Gehirn gezwängt haben, als sie auf die Idee kam, das Freiwillige Jahr im Unternehmen (FJU) zu starten. In diesem sollen junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren die Möglichkeit bekommen, »Einblicke in freies Unternehmertum« zu erhalten und eine »neue Kultur der Selbständigkeit« zu begründen. Angelehnt ist das ganze an das bereits bestehende Freiwillige Soziale bzw. Ökologische Jahr (FSJ/FÖJ). Bis zu 1.500 junge Menschen können ab September 1998 ein FJU bei Unternehmen in etwa 30 ausgewählten Industrie-und Handelskammern absolvieren. Es wird wie beim FSJ und FÖJ in dem Jahr fünf Seminare á fünf Tagen geben. Damit die Jugendlichen in diesen ausschließlich neoliberale Dogmen verinnerlichen und nicht auf dumme Gedanken wie etwa »Enteignung von Großkonzernen« oder »Vergesellschaftung der Produktionsmittel« kommen, werden die drei überregionalen Seminare vom Partner Dresdner Bank AG finanziert, die das Gesamtprojekt »auch inhaltlich mitbegleitet«.

Mit »Führungskräften« zusammen soll ein »Verständnis für unternehmerisches Denken und Handeln« entwickelt werden, »Begriffe wie 'Unternehmergeist' und 'unternehmerische Freiheit' werden durch persönliches Erleben mit konkreten Inhalten gefüllt«, so der O-Ton des FJU-Propagandaheftchens. Eine sehr eigenwillige Definition von »Freiheit«, die das massenhafte Sterben und Elend von Milliarden Menschen einerseits und Verschwendung und Überfluß einiger weniger zur Folge hat.

Fast schon lächerlich mutet der Versuch der Bundesjugendministerin Claudia Nolte an, mit Biegen und Brechen das FJU in eine Reihe mit dem FÖJ/FJS und einem Dienst für die Gesellschaft zu stellen: »Auch wer Verantwortung für sich und andere übernimmt und Arbeitsplätze schafft, handelt sozial.« Unabhängig davon, ob mensch für diese Gesellschaft überhaupt etwas tun möchte, hat sich hier bestimmt niemand Lohnabhängigkeit oder das ausbeuterische Verhältnis Arbeitnehmer-Arbeitgeber ausgesucht. Die sich immer weiter verschärfende soziale Krise erfordert noch flexiblere Unternehmen, um den Standort zu retten. Nicht ohne Grund schwärmt Nolte weiter von »Fahrrad-Kurierdiensten«, »Babysitterservicen« oder dem »kleinen Unternehmer mit Führungsqualitäten«.

In die gleiche Kerbe haut Hans Peter Stihl, seines Zeichens Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, als er vollmundig von sich gibt, daß »wirtschaftliche Herausforderungen wie die Globalisierung keine Bedrohung, sondern vor allem eine Chance für jeden einzelnen sind. Unsere Botschaft heißt: Wirtschaft geht alle an!« Richtig, Pappnase. Wirtschaft geht tatsächlich alle an und nicht bloß die Handvoll Aktiengesellschaften und Großkonzerne, die entscheiden, wo investiert wird und wo nicht, wer wieviel Lohn bekommt oder wer jetzt mal hungert und über die Klinge springt.

..was einE KapitalistIn werden will

Aus dem Bundesministerium heißt es, der wirtschaftlichen Jugendbildung komme heute »wachsende Bedeutung zu«, außerdem behaupten angeblich 56% der jungen Menschen, sie würden gerne als Selbständige arbeiten. Damit sich die Jugendlichen gleich an das Prinzip der Ausbeutung gewöhnen, bekommen sie monatlich lediglich 200 bis 300 DM, das Kindergeld für die Eltern fällt weg. Da von diesem Betrag niemand leben kann, sind die zukünftigen TeilnehmerInnen von vornherein auf reiche Eltern angewiesen.

In einer gemeinsamen Presseerklärung des Bundesjugendministeriums, des DIHT und der Dresdner Bank tönt Nolte: »Wir arbeiten an den notwendigen Reformen des Steuer- und Sozialversicherungssystem, um den Standort Deutschland fit zu machen.« Mit Erfolg, wie sich zeigt.●

Andreas Hechler macht zur Zeit ein FÖJ in Berlin

Quellen

● Das freiwillige Jahr im Unternehmen, Selbstdarstellung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, April 1998

● Pressemitteilung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem DIHT und der Dresdner Bank, Bonn, 20. April 1998

ANTI-AKW-AKTIONSTAG IN SAARBRÜCKEN

Nadelöhr für Atomtransporte

Gemeinsam mit Anti-AKW-Gruppen aus Süddeutschland organisiert die AKTION 3.WELT Saar den bundesweiten Aktionstag der Anti-AKW-Bewegung am 12.9.98 in Saarbrücken. Dort wird auch das lothringische Atomkraftwerk Cattenom Thema sein.

von Tobias Rockstroh, Redaktion Saarland ● Der Aktionstag findet zeitgleich in Stade, Greifswald, Gronau und Lingen statt. Die ursprüngliche Idee eines Sternmarsches mit drei Demonstrationszügen durch die Innenstadt von Saarbrücken wurde fallengelassen. Stattdessen wird es einen Demonstrationszug geben, der vor der Ludwigskirche um 13 Uhr beginnt und vor der Saargalerie (Nähe Hauptbahnhof) gegen 16 Uhr endet. Veranstalter des Aktionstages sind die süddeutschen Anti-AKW-Gruppen (Darmstadt, Freiburg, Heidelberg, Trier, Saarland).

Neben einem Verbot aller Atomtransporte fordern die Anti-AKW-Gruppen den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Dazu gehört auch die Stillegung des französischen AKWs in Cattenom/Lothringen. Das Saarland ist zur Zeit das Nadelöhr für Atomtransporte nach Frankreich. Vor der Aussetzung der Castortransporte rollten wöchentlich zwei Atomtransporte über die saarländischen Grenzübergänge Perl/Apach und bei Saarbrücken in die Wiederaufarbeitungsanlagen nach La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien).

Die Verschiebung des Atommülls auf Schienen und die Wiederaufarbeitung dienen nur der Verschleierung des nicht lösbaren Problems einer sicheren Endlagerung. ***»Die Interessen von Atomindustrie und herrschender Politik, Geld und der mögliche Zugriff auf Atomwaffen sind viel zu sehr miteinander verwoben, als daß wir hier auf einen freiwilligen Ausstieg hoffen können«***, heißt es in dem Aufruf. Bei der Wiederaufarbeitung entsteht zudem waffenfähiges Plutonium. Bis heute hat sich die Bundesrepublik ihre politische Option auf die Atombombe offengehalten. Dies zeigt auch der Betrieb des Forschungsreaktors Garching II bei München, in dem der Umgang mit waffenfähigem Uran geprobt wird.

Die Anti-AKW-Gruppen rufen dazu auf, sich am Aktionstag, 12.9., in Saarbrücken zu beteiligen.●

Aktuelle Informationen und Aufrufe sind erhältlich bei:
AKTION 3.WELT Saar, Tel. (0 69 72) 99 30 56
Infoladen Trier, Tel. (06 51) 7 52 57
Koordinationskreis gegen Castor, Tel. (06 81) 63 53 59

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Wie wollen wir wirtschaften ?

... »Wirklich, wirklich« meint einen Prozeß der Selbstver(un-)gewisserung: 'Will ich das, was ich zunächst glaube zu wollen, wirklich? Oder gibt es noch eine selbstbestimmtere Möglichkeit, schließlich Wirklichkeit, für mich hinter meinem bisherigen Horizont?' Die dazu nötige Besinnungspause gibt es in einem 'normalen' Lohnarbeits-Leben in der Regel nur bei verordneter Zwangspause der Erwerbslosigkeit, die selten als Chance begriffen wird.

Angebote

Das Element freiwilliger, basisbestimmter Eigentätigkeit jedes Einzelnen in der 'Neuen Arbeit' halte ich für richtig. Durch die eigene Suche nach befriedigerenden Tätigkeiten jenseits der 'Jobarbeit' eröffnen sich neue Erfahrungsräume und neues Selbstbewußtsein. Die Ausgangsfrage ist: Wie kommen Lohnarbeiter(innen) in dieser anhaltenden Krise der Lohnarbeit dazu, Erfahrungen jenseits dessen zu machen, was sie bisher für möglich hielten? Das geht nur über Angebote, die praktisch an ihrem gegenwärtigen Bewußtsein anknüpfen, die attraktiv sind, Spaß machen. Häuser der Eigenarbeit, Zentren Neuer Arbeit, Tauschringe, gemeinsamer Lebensmitteleinkauf, Geräte-Pool, Wohnprojekte, Selbsterfahrungsgruppen (...) wären solche Einstiege in Erfahrungsräume gemeinschaftlichen Lebens und Arbeitens.

Ein 'Ausstieg' geht nur schrittweise

Richtig finde ich auch den Gedanken, allmählich 'auszusteigen' aus der Lohnarbeit, gemäß den jeweiligen Möglichkeiten und Bedürfnissen, also zunächst einen Teil Lohnarbeit beizubehalten und mit einer teilweisen Selbstversorgung einen Ausstieg überhaupt erst zu eröffnen. Auch der Gedanke, ein verhältnismäßig hohes technologisches Niveau in der zunächst nur punktuellen Selbstversorgung anzustreben, um Zeit für andere kreative Tätigkeiten zu haben, leuchtet ein. Selbstversorgung muß sich heute nicht auf »mittelalterlich« betriebener Landwirtschaft und handwerklicher Einzelanfertigung beschränken.

Insgesamt bleibt festzuhalten , daß wir etwas lernen können von Frithjof Bergmanns pragmatisch-praktischer Herangehensweise, die Menschen zuallererst ermuntert, an konkreten Punkten selbstbestimmteres Leben und Wirtschaften zu beginnen.

Lohnarbeit: nein – Ware und Geld: ja ?

Die Einzelnen sollen nach Frithjof zunächst ihre individuelle Freiheit wahrnehmen, indem sie (kollektive ...) UnternehmerIn werden. Sie sollen als vom Markt Ausgeschiedene in einer Zeit ohnehin voller Märkte sich eine neue Marktlücke suchen. Die Erfahrungen von New Work in den USA zeigen jedoch, daß bisher Selbstversorgung und gemeinschaftliche Bestimmung auf der Strekke blieben und Kreativitätsansätze immer wieder auf Marktkreativität verengt wurden (siehe den Bericht in dieser Ausgabe!).

Es wird von Frithjof strikt abgelehnt, daß die Lohnarbeit zur Ware wird, bzw. es bleibt; aber der sonstige allgemeine Warenmarkt wird als unproblematisch und natürlich betrachtet. Diese Warenproduktion bringt die Lohnarbeit aber immer wieder neu hervor.

Wie soll Warenproduktion in kleinen Gruppen möglich sein, für die auch Kapital nötig ist, ohne daß alle Zwänge des Marktes auf die Beteiligten durchschlagen? Hier liegen gerade in diesem Land vielfältige Erfahrungen u.a. der Alternativbewegung der 70er und 80er Jahre vor, die zeigen, wie innerhalb weniger Jahre in etlichen Betrieben ein Verhältnis von (Alt-)besitzern und Neu-Wieder-Lohnabhängigen entstand. Klar: Wenn Kapital und Markt bleiben, muß sich der zeitweise weggelassene Pol der Lohnarbeit schnell wieder neu herausbilden.

Eine neue Wirtschaftsweise ?

Auch eine sehr produktive (»hochtechnologische...«) Selbstversorgung von kleinen Gruppen macht noch keine neue Wirtschaftsweise aus – nicht mal in Ansätzen.

Die sich selbst versorgenden Gruppen bleiben Private gegeneinander und die Produktion insgesamt Privatproduktion – auch bei Gemeinschaftseigentum der Produktionsmittel der Gruppen. Entscheidend ist, ob die hergestellten Güter und Dienstleistungen weiterhin für einen (vielleicht lokalen ...) Markt hergestellt werden, mit aller Anarchie und sozialer Ungerechtigkeit, die damit verbunden ist. Oder werden zumindest Teile der Produktion auf Tauschring-, Stadtteil- oder Dorfebene gemeinsam beschlossen, von lokalen Gruppen gemeinsam durchgeführt und die Ergebnisse auch lokal verteilt? Die Frage, ob Privat- oder Gemeinschaftsproduktion sein soll, bleibt entscheidend. Hinzu kommt die Frage danach, wer wirklich bestimmt, was und wie produziert wird und wie es verteilt wird. Letzteres nenne ich die Aufgabe der Entwicklung von Basisplanung oder basisdemokratischer Planung.

Eine neue Wirtschaftsweise, die über die Privatproduktion hinausgeht und die alte des Weltwaren-, Geld- und Kapitalmarktes mitsamt der geballten Privatmacht der Konzerne einmal ablösen könnte, ist von Frithjof vielleicht gar nicht beabsichtigt: Waren- und Geldkritik wird als Sache von abstrusen Sekten abgetan, als »ideologisch« , als »utopisch im schlechten Sinn von Utopie«, als »Bausch und Bogen-Denken«, ohne daß deren Inhalte von ihm bisher zur Kenntnis genommen wurden. Frithjof hat gar nicht für sich bestimmt, was eine Ware, was Geld ist.

Geld als der Repräsentant der Warenwelt, ist nicht einfach ein von Menschen zu irgendeinem Zeitpunkt eingeführtes praktisches Austauschmittel. Es hat sich aus dem sich verdichtenden Warentausch heraus (durch die Aktionen aller Beteiligten selbst) als Kristall eines allgemeinen Vergleichsmaßstabs über Jahrhunderte herausgebildet (Salzgeld, Viehgeld, Muschelgeld...). Schließlich erhielt es um ca. 700 vor unserer Zeitrechnung in Kleinasien zum ersten Male münzgeprägte Gestalt. Geld als entfremdeter Ersatz, Bildner und »Zerstörer des Gemeinwesens« wurde gerade in seiner letzteren Funktion von den noch nicht vollständig geld-verbildeten, – geblendeten alten Griechen sehr wohl noch erkannt (vgl. z.B. Rudolf Wolfgang Müller, 'Geld und Geist', 1977, S.25 ff., S.118 ff.).

Wenn Ware und Geld nicht mehr die Produktion und unser Leben regulieren soll, dann müßten es die Menschen selber tun. Das würde jedoch eine wesentlich stärkere aktive Teilnahme an Produktionsentscheidungen und am 'Gemeinwesen' erfordern, als es heute üblich ist. Ein dazu nötiger Prozeß der Aktivierung der Menschen in ihrem lokalen Zusammenhang, auch der selbstkritischen Enthierarchisierung der Gruppen, wird von Frithjof bisher nicht als gemeinsame Aufgabe begriffen.

Letztlich nur ein Teammodell ?

Es ist bestimmt nichts dagegen einzuwenden, wenn kritische Unternehmer mit ihren Möglichkeiten die wirtschaftliche Selbsttätigkeit von Menschen und Gruppen, die sich selbst helfen wollen, fördern. Frithjof setzt jedoch hauptsächlich auf Unternehmer, die einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise der Lohnarbeit mit bahnen sollen. Momentan werden ohnehin in vielen Großbetrieben scheinbar selbstbestimmte Teammodelle eingeführt. Natürlich sind diese Teilzeit- und Team-Modelle effektiver/profitabler für die Unternehmen. Die meisten Ebenen des mittleren Managements werden einfach 'eingespart'. Was bleibt, ist die Rahmenorientierung am maximalen Profit, vielleicht im Rahmen einer »corporate identity«, einer 'Firmenphilosophie'. Das setzt auch die Grenzen der Zeit-Flexibilisierung.

Die Frage ist nicht, ob jemand zunächst Lohnabhängiger oder Unternehmer ist, sondern ob er/sie sich der praktischen und theoretischen Aufgabe stellt, eine demokratischere, umweltfreundlichere Produktion und Lebensweise mit herauszubilden. Dazu kann jemand als UnternehmerIn genauso beitragen; aber nicht innerhalb dieser Funktion, in der er/sie nur marktbezogen sein kann, sondern als verantwortungsbewußter Teil dieser Gesellschaft.

Was bist du wert ?

Nur weniger als ein Drittel der gesellschaftlichen Gesamtarbeit in diesem Land ist Arbeit im wertproduktiv-kapitalistischen Sinne. Ein weiterer Teil (hauptsächlich Dienstleistungen) gilt zwar als 'unproduktiv', tauscht sich aber gegen Geld aus. Nur diese beiden Bereiche gelten bisher bei den meisten Menschen als Arbeit. Alles, was darüber hinaus unentgeltlich geleistet wird, ein gewaltiger Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit (hauptsächlich Frauenarbeit, Hausarbeit, viele Sozial- und Beziehungsarbeit, Kindererziehung, manche Hilfe für Alte, Kranke, Behinderte, Flüchtlinge u.v.a.), gilt als 'nichts wert' und wird von den Herrschenden so unsichtbar wie möglich gemacht oder folgenlos glorifiziert.

Ein Konzept Neue Arbeit sollte diese gesellschaftlich notwendigen Arbeiten in den Mittelpunkt der praktischen Ansätze stellen. Anstatt diese Tätigkeiten auch noch zu entlohnen, könnten wir, wie ansatzweise in manchem Tauschring, anfangen, auch die bisher als Lohnarbeit verrichtete Arbeit nicht mehr nach hochabstrakten Wertmaßstäben, sondern nach den Bedürfnissen der lebendigen Menschen zu bestimmen.●

20 JAHRE INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA – 20 JAHRE SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

Zwischen Revolution und Quark

Das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal wird 20 Jahre alt und ist damit eine der ältesten Organisationen der Solidaritäts-, wie auch der neuen Sozialen Bewegungen insgesamt. Im nachfolgenden Beitrag beschreibt Klaus Heß die Anfänge der Solidaritätsbewegung und rekapituliert die Geschichte des Infobüros.

Als ich 1978 in Bonn an meiner ersten Demo gegen die Somoza-Diktatur und für den Abbruch aller diplomatischen Beziehungen teilnahm, hätte ich jeden für verrückt erklärt, der mir gesagt hätte, daß mich dieses Land noch 20 Jahre später beschäftigen würde. In der Tat ist die Nicaragua-Solidarität die längste und dauerhafteste Solidaritätsbewegung in der Geschichte der Republik, eine, die sich sogar nachdem die Befreiungsbewegung die Macht erlangte verbreiterte, während andere Solidaritätsbewegungen zusammenbrachen. Eine Solidaritätsbewegung, die selbst zwei Wahlniederlagen überlebte.

Dieser Tage vollenden sowohl die Solidaritätsbewegung als auch das Informationsbüro Nicaragua e.V. ihre 20jährige Existenz. Dies gibt Anlaß, den Bewegungsprozeß zu rekapitulieren.

Die Wurzeln

Historisch gesehen lassen sich folgende Gründungsdaten dieser Bewegung festhalten: das erste Treffen der Nicaragua-Soligruppen aus Wuppertal, Hamburg, Göttingen und Berlin im April 1978, die erste Ausgabe der *Nicaragua Nachrichten* im Mai 1978, gemeinsam herausgegeben von den Nicaragua-Solidaritätskomitees der BRD und Westberlin, produziert durch das Büro Nicaragua in Wuppertal, und im August 1978 die formale Vereinsgründung des Informationsbüro Nicaragua. Zusammen mit nicaraguanischen FreundInnen hatten einige WuppertalerInnen überlegt, wie der sich zuspitzende Befreiungskampf der FSLN gegen Somoza und die provisorische Exiljunta unterstützt werden könnten. Neben der allgemeinen Informationsarbeit über das bis dato relativ unbekannte Nicaragua wurde Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, ihre diplomatischen Beziehungen zu Somoza abzubrechen.

Es begann mit Postkartenaktionen, einer Botschaftsbesetzung und einem Hungerstreik. Nach dem schließlich erfolgreichen Aufstand gegen Somoza entstanden mehr als 300 Aktionsgruppen und Komitees mit der Bereitschaft, Aktionen und Politik über gemeinsame Organe wie Bundestreffen, Kampagnen, zentrale Spendenkonten und Projekte, Rundbriefe sowie eines Verlags miteinander zu koordinieren. Als Hauptausrichtung wurde die vormalige Minimalforderung, die Beseitigung der Diktatur, durch das Bestreben, das Volk von Nicaragua zu begleiten und darin zu unterstützen, einen selbstbestimmten Weg gehen zu können, ersetzt.

Um 1980 flaute die Bewegung zwar einerseits quantitativ ab, setzte aber andererseits örtliche und thematische Schwerpunkte wie Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen. Die »Mühen der Ebene« bedeuteten für das Informationsbüro eine vielschichtige Auseinandersetzung mit den Themen der Revolution und ihrer Widersprüche: Humanitäre Hilfe wurde als politisch begründete Unterstützung für den revolutionären Prozeß gesehen. Zwar wurden dem Aufbauprozeß auch durch innernicaraguanische Auseinandersetzungen Grenzen gesetzt, ganz besonders wurde er aber durch die weltweiten Machtverhältnisse behindert, nicht zuletzt auch durch die Strukturen in der BRD. So stand die Nicaraguasolidarität vor der Aufgabe, sowohl Strukturen in der 3. Weit als auch hier zu verändern. Nur wenn eine andere Innen-, Außen- und Entwicklungspolitik erreicht wird, kann die Arbeit – und damit auch die Emanzipation in Nicaragua langfristig Erfolg haben. Deshalb stand die Zusammenarbeit mit anderen basisnahen sozialen Bewegungen, etwa mit der Friedens- und Frauenbewegung, mit den fortschrittlichen Teilen von gesellschaftlichen Gruppen, Kirchen, Parteien und Verbänden auch bei der lokalen Komiteearbeit im Vordergrund.

In den 80er Jahren wurden beide Aufgaben – die Unterstützung des Wiederaufbaus und der Widerstand gegen die drohende US-Intervention – als eng verzahnt und gleichberechtigt angesehen: die Niederlage des Imperialismus war sowohl Ausgangsbedingung als auch Ergebnis eines eigenständigen revolutionären Entwicklungsweges. Praktische Ausdrücke dieser Einschätzung waren 1981-83 eine Antiinterventionskampagne mit einem Auftaktkongreß, an dem 1.700 Leute teilnahmen, das Thematisieren von Kriegsgefahr und Kriegsursachen in Mittelamerika innerhalb der Friedensbewegung, die zentrale Nicaraguademo aller Friedens-und Solidaritätsgruppen sowie Protestaktionen vor US-Einrichtungen.

Später konzentrierten die Komitees ihre Proteste zunehmend auf die Contrafreunde in der BRD, z.B. in der IGFM und in den rechten Stiftungen, die über Ausstellungen, Rundreisen, Geldsammlungen, Publikationen Themen wie Menschenrechte, indianische Autonomie sowie Demokratie in Nicaragua einseitig instrumentalisierten. Für die Solidaritätsgruppen bedeutete dies eine intensive Auseinandersetzung mit der Entwicklung in Nicaragua, um sich eigene von der FSLN unabhängige Positionen zu erarbeiten, um mit diesen der instrumentalisierten Kritik an der nicaraguanischen Revolution entgegen treten zu können. So wurde versucht, in Kenntnis der Widersprüche und Fehler der Sandinisten eine politische »kritische« Solidarität weiter zu entwickeln.

Solidarität sollte sich darüber hinaus immer daran messen lassen, inwieweit sie auch weltweite Ausbeutungsstrukturen anprangerte, etwa in der Kaffeekampagne, wo die Beteiligung der Kaffeekonzerne an der Ausbeutung Mittelamerikas deutlich wurde oder den Protestaktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1985 in Bonn und die IWF-Tagung 1988 in Westberlin. Es blieb immer ein zentrales Problem, wie diese Proteste gegen interventionistische internationale Strukturen in Übereinstimmung mit der materiellen Solidarität zum Wiederaufbau gebracht werden können. So waren Geldsammlungen z.B. für Alphabetisierungs- und Gesundheitskampagnen, für soziale Projekte zur Unterstützung der FSLN und der salvadorianischen FMLN, Materialsammlungen in der Kampagne »Nicaragua muß überleben« wichtige Aktivitäten seit Anbeginn. Doch immer blieb ein Streitpunkt, inwieweit für diese Solidarität Bündnisse mit anderen Organisationen und Parteien unter Vernachlässigung der politischen Differenzen und der eigenen politischen Akzente eingegangen werden sollten.

Das Infobüro in der Bewegung

Bis zu Beginn der 90er Jahre spielte das Informationsbüro Nicaragua eine besondere Rolle in der Solidaritätsbewegung, in der es verschiedene Aufgaben verfolgte:

1. **Dienstleistungsbereich:** Beantwortung von Anfragen, Vermittlung von ReferentInnen, Verbreitung von aktuellen Informationen, Projektbetreuung, zentrale Spendenkonten, Archiv und Betreuung nicaraguanischer Gäste.
2. **Öffentlichkeitsarbeit:** Pressearbeit, regelmäßige Rundschreiben an einen großen Verteiler mit Informationen, Einschätzungen und Materialhinweisen, Herausgabe von Büchern und Broschüren
3. **Koordinationsstelle:** Kommunikation zur Frente und zu anderen nicaraguanischen Organisationen, Rundbriefe an Komitees, Ausrichtung von Bundestreffen, Aktions- und Kampagnenplanung und -durchführung.
4. **Ansprechpartner für politische Bewegungen und Organisationen** (z.B. Friedensbewegung), um Positionen und Qualitäten der Solidaritätsbewegung in diese Organisationen einzubringen und die eigene Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.
5. **Das Büro als autonome Gruppe:** interne kollektive Diskussions- und Entscheidungsstrukturen mit eigenständiger Orientierung.

Die Brigadenkampagne

Die Verbindung der politischen Aktion mit der praktischen Solidarität gelang am besten mit der Brigadenkampagne. Mehrere tausend BrigadistInnen unterstützten mit Ihrem Geld und ihrer Arbeitskraft nicht nur Produktion und Siedlungsbau. Ihre Präsenz im Moment der stärksten Interventionsdrohung durch die USA und an den Orten der Contraoperationen, sowie ihre Zeugenaussagen in unzähligen Veranstaltungen und Presseaktivitäten spielten eine zentrale Rolle in der politischen Auseinandersetzung der BRD der 80er Jahre.

Der politische Erfolg der Bewegung in den 80ern

Der politische Erfolg der Bewegung gründete im wesentlichen auf folgenden Faktoren:

1. der gesellschaftlichen Breite der Aufstandsphase (Kampf gegen einen »Bilderbuchdiktator«, Volksaufstand statt Guerrillafocus, breites Oppositionsbündnis ohne ideologische Fraktionierungen, behutsamer Umgang mit der Opposition nach dem Triumph).
2. der multipolaren Zusammensetzung und basisdemokratischen Struktur, einer starken Rolle kirchlicher Gruppen, einer großen Beteiligung aus der undogmatischen Linken und einer Dominanz jüngerer AktivistInnen, die sich unbelastet von deprimierenden Erfahrungen des Internationalismus zum erstenmal politisierten. Der Ablehnung einer organisatorischen Zusammenarbeit mit Parteien und Großorganisationen.
3. den Grundpositionen der Solidarität, die sich von einer bedingungslosen Anlehnung an die sandinistische Politik im Sinne einer »Freundschaftsgesellschaft« abgrenzte, sich stattdessen mit den Bedingungen des Handelns auseinandersetzte und versuchte, Hintergründe und Konsequenzen von politischen Entscheidungen zu verstehen, wenngleich auch nicht immer zu billigen.

Die Mitglieder der Bewegung

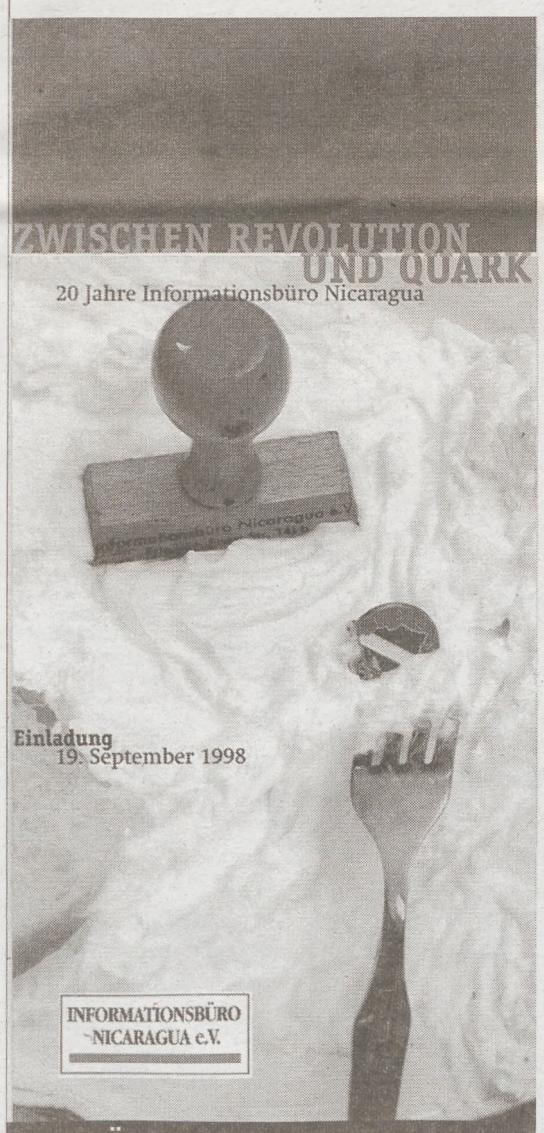
Ein Orientierungspunkt zur Einschätzung dieser Bewegung ist neben der Kontinuität und Breite der gesellschaftlichen Verankerung aber auch die subjektive Befindlichkeit ihrer Mitglieder, also von uns. Damit meine ich z.B. politische Ohnmachtserfahrungen und Entfremdungserlebnisse im eigenen Land. Dadurch geprägt, hatte ich 1981 beim ersten Nicaraguabesuch das subjektive Empfinden des genauen Gegenteils: Alle Menschen schienen zufrieden und aufgeschlossen. Wenn sie nicht sogar – wie die meisten behaupteten – selbst Guerrilleros waren, so waren sie doch alle aktiv am gesellschaftlichen Aufbruch beteiligt, um ihr Land aufzuräumen, ihre Gesellschaft (auch ihre Straßen) auszukehren, Berge zu versetzen. Die Stimmung des sichtbaren kollektiven »vamos haciando la historia« hat viele von uns nachhaltig beeinflußt.

Die Funktionalisierung Nicaraguas als Projektionsfeld für sich erfüllende Ideale und für unerreichbare Ziele im eigenen Land spielte eine große Rolle. Gerade zur Zeit als die Friedensbewegung 1983 scheiterte, erlebte der »Nicaraguatourismus« seinen Boom. Bei einer Beteiligung in Nicaragua brauchte man sich erstmals nicht gegen gesellschaftliche Mechanismen zu stellen, man konnte Gestaltungsmacht ausüben. Man war anerkannt als BrigadistIn, als ProjektunterstützerIn, als »EntwicklungshelferIn«. Nicaragua wurde somit auch zum Betätigungsfeld für die eigene ungelöste Rolle. Dabei werden und wurden oft eigene Entwicklungsvorstellungen auf Nicaragua transportiert. In Erinnerung bleibt mir die Kaffeebrigade, die – selbst alles Städter – neben der Küche einen diversifizierten Gemüsegarten für Nicaraguaner angelegten, was diese interessiert beobachteten. Am nächsten Tag liefen die Kühe darüber. Oder die Häuserbrigade, die nach eigenen Vorstellungen auch noch ein Wasserpumpsystem errichtet hatte, damit die Leute in Pantasma den Weg zum Wasserholen verkürzen konnten. Allerdings gabs keinen regelmäßigen Treibstoff, Ersatzteile sowieso nicht. Oder die gutgemeinten Latrinen neben den Häusern, die leider überhaupt nicht den kulturellen Gewohnheiten der Menschen auf dem Land entsprachen. Solche paternalistische Positionen, die von der Annahme der eigenen überlegenen Kompetenz ausgehen, hofften wir immer mehr ablegen zu können. Für viele endete es allerdings im Rückzug, wenn eigene Vorstellungen nicht realisiert wurden, es erzeugte Hilflosigkeit, wenn Tomatenfelder mit Giftspritzen bearbeitet wurden und die Giftreste gleich im Wasssergraben entsorgt wurden.

Das Infobüro heute

Mit dem Verlust der Regierunsmacht durch die FSLN und den gleichzeitig stattfindenden Umbrüchen in Europa hat sich die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua weitgehend aus dem politischen Geschehen der BRD zurückgezogen oder sich – wie die Städtepartnerschaftsgruppen – auf eine örtliche Ebene verlagert, so daß eine Koordinierungsaufgabe auf ein Minimum geschrumpft ist. Im Verhältnis dazu ist der Grad der Institutionalisierung und Professionalisierung als Solidaritätsbüro gestiegen. Dabei versuchen wir die Erfahrungen der 20jährigen Auseinandersetzungen in neuen Zusammenhängen aufzuarbeiten und in neuen Betätigungsfeldern wie Antirassismus, kommunale Entwicklungspolitik, Perspektiven des Internationalismus, weiterhin aber auch im Themenkomplex Nicaragua und Mittelamerika umzusetzen. Darunter fallen so unterschiedliche Stichworte wie nachhaltige Entwicklung, Globalisierung, Landfrage in Mittelamerika, Kritik des Entwicklungsdenkens, Frauenbewegung, selbstverwaltete Kooperativen, Alternative Produktionsentwicklung, Patriarchatskritik, Subsistenzwirtschaft, Organisationskritik. Migrations- und Flüchtlingspolitik, Chiapas. Auch die Ebenen des politischen Agierens haben sich verschoben: Im Rahmen des BUKO arbeiten wir gemeinsam an länderübergreifenden Arbeitsschwerpunkten. Darüber hinaus stehen wir im Austausch gemeinsamer Themenschwerpunkte mit den Lateinamerikainfostellen in der BRD und im besonderen mit den Mittelamerikainfostellen z.B. zur Landrechtsfrage. In NRW und Wuppertal arbeiten wir vernetzt mit den anderen Eine-Welt-Initiativen und dem Netzwerk Wuppertaler Sozial- und Umweltinitiativen. Einzeln oder gemeinsam sind wir an verschiedenen Buchprojekten beteiligt, welche von Pizzas, Fischen, Tarzans, Marcos, Leguanen und alten Antonios handeln. ●

Dieser Artikel erscheint in überarbeiteter Version in der Jubiläumsbroschüre des Infobüros unter dem Titel »Zwischen Revolution und Quark« und ist gegen Portokosten über das Informationsbüro, Postfach 10 13 20, D-42013 Wuppertal erhältlich.



JUBILÄUMSFETE AM 19.9.98

Das Jubiläum wird unter dem Motto »Zwischen Revolution und Quark« in den Räumlichkeiten des Rojan (Gathe 6, 42107 Wuppertal) gefeiert. Mittags ab 12 Uhr wird es einen Empfang mit Kabarett und kurzen Grußworten geben. Anschließend eine Diskussionsrunde über die Perspektiven internationaler Solidarität. Abends ab 20 Uhr heizt die lateinamerikanische Band »Macondito« ein. Danach wird getanzt bis in die Puppen. Überraschungen runden das Spektakel ab. Alle ehemaligen WegbegleiterInnen, kritische FreundInnen und freundliche KritikerInnen sind herzlichst eingeladen.

Zum Jubiläum ist eine eigene Broschüre erschienen, welche 20 Jahre Solidaritätsbewegung beleuchtet. Sie kann gegen Porto (3 DM in Briefmarken) bestellt werden.
Informationsbüro Nicaragua e.V., Postfach 10 13 20, D-42013 Wuppertal, Tel. (02 02) 30 00 30, Fax 31 43 46, Email: nica@wtal.de

In der Türkei sind über 3500 kurdische Dörfer zerstört, 37000 Menschen sind getötet worden. Die türkische NATO-Armee führt einen Krieg gegen die um Selbstbestimmung kämpfenden KurdInnen - auch mit deutschen Waffen. Vier Millionen KurdInnen sind, ihrer Existenzgrundlagen beraubt, auf der Flucht. Allein in der BRD leben eine halbe Million kurdischer Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Viele sind von Abschiebungen bedroht. Sie müssen als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt werden und ein Aufenthaltsrecht erhalten. Der Kurdistankonflikt muß politisch gelöst werden.

Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge

AKTION 3.WELT Saar, Postfach 1133, 66674 Losheim

Plakate DIN A 2, 2-farbig (0,30 DM/Ex.) gegen Vorkasse zzgl. Porto: (bis 50 Ex. 6,90 DM, ab 50 Ex. 10 DM)
Kto. Nr:15967660, BLZ: 590 100 66 (Postbank Saarbrücken)

KURZ BERICHTET

Weltladen Dachverband

Am 18. April 1998 haben die über hundert TeilnehmerInnen der letzten AG3WL- und rsk-Mitgliederversamlung die seit einigen Jahren bereits praktizierte Vereinigung der beiden Verbände auch juristisch vollzogen und im Rahmen einer umfassenden Satzungsänderung den neuen Weltladen-Dachverband gegründet. Unter dem Motto: »Mitbauen an der Welt von Morgen!« wurde über den Weg der Weltläden in eine profilierte Zukunft diskutiert und die Gründung des Weltladen-Dachverbands gefeiert.

Der neue Dachverband soll gemäß des in Kassel beschlossenen Leitbilds die Weltläden u.a. als »Fachgeschäfte des Fairen Handels« qualifizieren sowie die Weltladenarbeit inhaltlich weiterentwickeln. Besondere Bedeutung wird der »Konvention der Weltläden« als inhaltlicher Grundlage beigemessen.

Weltladen-Dachverband e.V., Postfach 10 02 05, D-64202 Darmstadt, Tel.: (0 61 51) 53 73 32, Fax 95 32 05

EU- und G8-Gipfel in Köln

Im Juni 1999 werden in Köln kurz hintereinander der Euro-Gipfel und das G8-Treffen stattfinden. Die Ereignisse bieten Anlaß, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen emanzipatorische Alternativen zur herrschenden Politik zu entwickeln.

Neben einer europäischen Großdemonstration am 5. Juni 1999 und einer Großdemo zum »Schuldenerlaßjahr 2000« ist u.a. ein Gegengipfel geplant.

Bis das geplante Koordinierungsbüro in Köln seine Arbeit aufnimmt, können sich interessierende Gruppen an folgende Ansprechpartner wenden: Werner Rätz (ila), Tel. (02 28) 21 22 22 und Peter Wahl (WEED), Tel. (02 28) 76 61 30.

Guatemala-Jahrestreffen

Vom 6. bis 9. November 1998 findet in Berlin/Wannsee das nächste Treffen der Guatemala-Solidaritätsbewegten statt.

Die mit dem Friedensschluß im Dezember 1996 verknüpften Hoffnungen auf einen Bruch im traditionellen Machtgefüge des Landes haben sich nicht erfüllt. Dennoch wurden in einigen Bereichen politische Freiräume geschaffen. So hat die Bewegung gegen die Straflosigkeit an Stärke gewonnen, und die Campesino/a-Organisationen kämpfen auf allen Ebenen für eine gerechte Landverteilung. Die Frauenorganisationen versuchen, über verschiedene Zusammenschlüsse neue Einflußmöglichkeiten zu erobern, und die UNRG unternimmt erste Schritte auf dem Gebiet der Parteipolitik.

Für Guatemala-Interessierte und Solidaritätsgruppen bietet das Jahrestreffen die Gelegenheit, sich über diese und andere aktuelle Entwicklungen auszutauschen.

Infos und Anmeldung (bis zum 2. Oktober '98): Informationsstelle Guatemala, Heerstr. 205, D-53111 Bonn, Tel. (02 28) 63 45 52, Fax 63 12 26, E-Mail: Guate@link-lev.dino-co.de

Chiapas!

Am 2./3. Oktober findet in Zürich eine internationale Konferenz für die Menschenrechte, gegen den Hunger und für das Recht auf Leben in Chiapas, Mexiko statt.

Die unmittelbare Drohung eines Bürgerkrieges in Mexiko, die Vernichtung der Dörfer und zapatistischen Zivilgemeinschaften in Chiapas, die permanente Verletzung der Menschenrechte, das Nichterfüllen (von Seiten der mexikanischen Regierung) der Vereinbarung von San Andres, die am 16.2.95 von der Regierung und der EZLN unterzeichnet wurde, die konstante Verletzung des Gesetzes vom 11.3.95 über »Eintracht und Frieden für Chiapas«, die totale Militarisierung von Chiapas und Süd-Mexiko, die entfesselte Gewalt der paramilitärischen Söldnertruppen. Das sind nur einige Beispiele für die Strategie des Krieges mit niedriger Intensität, mit welcher die Regierung von Carlos Salinas de Gortari seit Januar 1994 geführt hat und von der Regierung Ernesto Zedillo Ponce de Leon weitergeführt wird. Diese Strategie wird als »Programm für die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit« bezeichnet, dient aber dazu, die Organisierung der mit der zapatistischen Bewegung sympathisierenden Gemeinden zu stoppen und den zapatistischen Einfluß auf die autonomen Gemeinden zu zerstören.

Ein neues Element im Krieg niedriger Intensität gegen die zapatistische Rebellion ist die Ausweisung ausländischer MenschenrechtsBeobachterInnen. Diese Ausweisungen sollen die vielfältigen Menschenrechtsverletzungen vertuschen, die mit dem Ziel, die zapatistische Rebellion auszumerzen, gegen die Zivilgesellschaft in Chiapas begangen werden.

Das Jahr 1997 endete mit dem Massaker von Acteal sehr blutig. Frauen, Männer und Kinder wurden von den paramilitärischen Truppen ermordet. Aber trotz des vergossenen Blutes lebt die Hoffnung im Kampf der indianischen Brüder der EZLN weiter.

Zentrale Themen der Konferenz von Zürich: ● Der zapatistische Kampf für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit in Würde aus mexikanischer, kontinentaler und globaler Perspektive. ● Die aktuelle Situation der autonomen Gemeinden. ● Zeugnisse der Überlebenden des Actael-Massakers. ● Die aktuelle Menschenrechtssituation in Chiapas. ● Inhalt der Vereinbarung von San Andres.

Information über: Union Mexikana Suiza, Postfach 98 10, CH-8036 Zürich, Fax 0041-1-750 33 04, E-Mail: 100705.11710@compuserve.com

Aus: BUKO Rundbrief, Juli 1998

BUKO:

Neue BUKO-Schwerpunkte gegründet

Arbeitskreis Weltwirtschaft

von Dirk Eckert, Internationalismusreferat des AStAs der Uni Köln ● Seit dem 9. Juli 1998 gibt es den Arbeitskreis Weltwirtschaft im BUKO. Bei dem Treffen in Frankfurt waren unter anderem VertreterInnen vom Kölner Allerweltshaus, vom Ökonomischen Büro München und vom Internationalismusreferat des AStAs der Uni Köln anwesend.

Als erstes berichtete Ralf Berger vom Kölner Allerweltshaus über den Stand der Vorbereitungen zum EU- und G8-Gipfel nächstes Jahr in Köln. Es gibt ein Treffen von ziemlich unterschiedlichen Gruppen, von den Grünen über diverse NGOs bis zur Euromarsch-Initiative. Ob aus dem Treffen mehr wird als ein Rahmen für gegenseitige Absprachen, ist noch offen. Bisher ist in etwa folgendes geplant: Zum EU-Gipfel wird die Euromarsch-Initiative eine Demonstration organisieren. Erwartet werden mehrere zehntausend Menschen, größtenteils aus Frankreich.

Die Nichtregierungsorganisation (NGO) WEED aus Bonn plant einen Gegengipfel. Peter Wahl von WEED, der gerade in Frankfurt über das M.A.I. (s. auch Seite 11) referierte, kam kurz beim Arbeitskreis vorbei. Er erzählte, daß WEED zwar das NGO-Treffen in Köln initiiert habe, sich aber langfristig wieder zurückziehen werde, denn die Organisation des Gegengipfels dürfte schon Arbeit genug sein.

Die anderen zwei Bündnisse, eins aus diversen Kölner Gruppen und das Linksradikale Bündnis, planen eine Demonstration gegen den G8-Gipfel und andere Aktionen.

Der AK überlegte dann das weitere Vorgehen. Schnell waren sich alle einig, daß der AK sich nicht in die konkrete Planung einmischen sollte, da die bisherigen drei Bündnisse – Überregionales Treffen, Kölner Bündnis und Linksradikales Bündnis – ausreichen dürften, um sich auf den Gipfel vorzubereiten. Die eigene Rolle sahen die TeilnehmerInnen in inhaltlicher Arbeit.

Welche Schwerpunkte sollte sich ein Arbeitskreis Weltwirtschaft setzen? Nach kurzer Zeit kristallisierte sich ein erster Anfang heraus: Auf die derzeitige Politik, die sich an der »neoliberalen« Schule kapitalistischer Wirtschaftstheorie orientiert, reagiert die Linke oft mit einem Ruf nach Restaurierung des keynesianischen Staates. Infrage gestellt wird das kapitalistische Wirtschaftssystem indes genauso wenig wie der Staat. Am besten zeigt sich das an der Diskussion um das M.A.I., als einige linke KritikerInnen den Nationalstaat als positiven Gegenpol zur Herrschaft der Transnationalen Konzerne sahen und prompt Beifall von Rechts bekamen.

»In der Diskussion um Neoliberalismus und der Kritik daran ist momentan ein kapitalismuskritisches Vakuum«, befand denn auch Markus Wissen. Auch müsse die Kritik an gegenwärtiger Politik weitergehen, als sie derzeit vor allem von NGOs praktiziert wird, die den Staat als Bezugspunkt für kleine Veränderungen nutzen wollen.

Auch das »Global-Governance«-Konzept weist die gleichen Mängel auf. Der Staat wird dabei zur neutralen Instanz zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, darunter auch der Wirtschaft, gemacht.

Diese und andere Diskussionen will der Arbeitskreis aufgreifen. Auch aktuelle Probleme, vor allem wenn sie auf den Gipfeln in Köln eine Rolle spielen werden, sollen diskutiert werden.

Das nächste Treffen soll vom 6. bis zum 8. November 1998 stattfinden, und zwar wieder in Frankfurt, da alle TeilnehmerInnen sagten, die Stadt sei für alle relativ günstig zu erreichen. An diesem Wochenende sollen alle Texte, für die am 1. September 1998 Einsendeschluß war, diskutiert und die Erstellung einer Broschüre vorbereitet werden. Diese Broschüre soll bis zum Gipfel fertig werden.

Wer Interesse an der Mitarbeit am neuen Arbeitsschwerpunkt hat, melde sich bei Ralf Berger im Allerweltshaus Köln, Körnerstr. 77-79, D-50823 Köln, Tel. (02 21) 510 30 02.

Thema Alternativer Handel

Gibt es sie noch? Menschen, für die der Alternative Handel mehr ist als ein **Fair**marktungsmodell? Die mehr wollen, als über den Verkauf von »Kolonialwaren« einen Einkommens-**TransFair** für die ProduzentInnen zu leisten? Deren Anspruch und Utopie weiter geht, als »Beim Frühstück die Welt ein wenig zu **fair**ändern«? Die ihre praktische Arbeit nicht nur als Symptombekämpfung verstehen, sondern die an die Ursachen, an die Wurzeln der Verhältnisse heranwollen und sich darin verbunden wissen mit anderen Schwerpunkten einer Internationalismusbewegung? Menschen, für die der Alternative Handel auch politisches Handeln bedeutet?

Es gibt sie noch! Und einige von ihnen trafen sich beim BUKO-Ratschlag in Düsseldorf, wo sie den Aufbau dieses neuen Themenschwerpunktes beschlossen und die Hoffnung und Überzeugung äußerten, daß es im breitem Feld der Aktion-Dritte-Welt-Handel und auch in BUKO-Mitgliedsgruppen noch mehr Menschen gibt, die ein Forum vermissen, in dem über Möglichkeiten und Perspektiven des Alternativen Handels diskutiert wird.

Bei einem ersten Treffen am 7. September 1998 sollen das Arbeitsfeld abgesteckt und die nächsten Schritte geplant werden. Außerdem geplant sind ein weiteres Treffen Anfang November 1998 sowie ein Wochenendseminar Anfang 1999. InteressentInnen sind herzlich zur Mitarbeit am neuen Themenschwwerpunkt eingeladen.

Kontaktpersonen für den Themenschwerpunkt Alternativer Handel sind:

Andreas Riekeberg, Hauptstr. 16, D-38471 Rühen, Tel./Fax (0 53 67) 18 43 (ab 21 Uhr) und

Marin Klupsch, c/o Weltladen Bonn, Maxstr. 36, D-53111 Bonn, Tel./Fax (02 28) 69 70 52

Aus: BUKO-Rundbrief, Juli 1998

Für 36 Mark im Jahr kriegen Sie, was Ihnen in der Tagespresse fehlt, einmal im Monat verabreicht:
Volksblatt!
Monatlich 12 Seiten
Abo jährlich 36 Mark
Melchiorstr. 15, 50670 Köln
Tel/Fax 731798

UNKONVENTIONELLES ENTWICKLUNGSPROJEKT IN RUANDA:

Unterstützung für Fahrradprojekt

Florence Rwilivza ist 22, frisch verlobt und will zusammen mit vier anderen jungen Frauen ein Fahrradprojekt im rheinland-pfälzischen Partnerland Ruanda starten.

von Hannes Schindler ● Angefangen hatte es mit einem Container mit 420 Fahrradbausätzen, der nach einer Spendenaktion des *Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs* (ADFC) angekauft und nach Ruanda gebracht wurde. Die Räder werden verteilt auf mehrere Projekte von zuvor überwiegend arbeitslosen Jugendlichen zusammengebaut. Die erhalten damit gleichzeitig eine Ausbildung in Fahrradmontage und -reparatur.

Frauen, die Fahrrad fahren oder gar selbst einen handwerklich-technischen Beruf erlernen, stellen in Ruanda noch eine große Ausnahme dar. Um so erstaunlicher, daß sich in einem der ADFC Partnerprojekte, dem Jugenddorf Musha, 60 km östlich der Hauptstadt Kigali, fünf junge Frauen zusammengetan haben, die die Fahrradmontage nicht mehr allein den Männer überlassen wollen. Florence und ihre Freundinnen arbeiten sich seit zwei Monaten in der Jugendwerkstatt ein, wollen aber baldmöglichst ihren eigenen »ladies bicycle workshop« starten. Ein ehrenamtlicher vom ADFC gesandter Mitarbeiter, der die Fahrradmontage im Jugenddorf Musha über mehrere Monate betreut, ist über die hohe Motivation und die Fortschritte, die die jungen Frauen gemacht haben, beeindruckt: »Als sie erstmals kamen, hatten die meisten noch nie zuvor einen Schraubenzieher oder Schraubenschlüssel in der Hand. Inzwischen sind sie im Felgen einspeichen und zentrieren besser als die Jungs.«

Die ADFC Spendenfahrräder werden gegen eine geringe Eigenbeteiligung an soziale Projekte und besonders bedürftige Familien im Umfeld vergeben. Jeglicher Transport muß ansonsten zu Fuß erledigt werden, das heißt Feuerholz, Wasser von der Quelle, Früchte zum Marktverkauf oft über Kilometer schleppen. Fahrradbesitz bedeutet hierbei eine enorme Arbeitserleichterung. Zum regulären Marktpreis von über 200 Mark bleibt jedoch für die meisten Familien auf dem Land ein Fahrrad unerschwinglich.

Als Nachfolge des Bürgerkriegs von vor vier Jahren leben im Umfeld des Jugenddorfs Musha besonders viele verwitwete Frauen, die ihre Familie allein durchbringen müssen. Wenn ihnen ein Fahrrad zugesprochen wird, können sie damit ihre eigenen oder andere ältere Jugendliche zu Erledigungen schicken. Mehrere Räder wurden an Behinderte vergeben, die nicht selbst radeln können, aber die bisher daheim »festgenagelt«, sich nun von Familienangehörigen auf dem Gepäckträger transportieren lassen. Weitere Räder gingen z. B. an Lehrer, die täglich mehr als eine Stunde zu ihrer Schule und wieder zurück laufen mußten. Viele Räder wurden an Mitarbeiter sozialer Hilfsprojekte verteilt, die ebenfalls einen langen Weg zur Arbeit haben und zudem jetzt das Velo für ihre Erledigungen nutzen können. Zehn Fahrräder »World Vision« wurden als Preise für die Gewinner eines Schülerwettbewerbes zu Thema »Wiederaussöhnung der ethnischen Gruppen« ausgesetzt.

Das ADFC Projekt ist inzwischen in weitem Umkreis bekannt. Aufgrund des enormen Fahrradbedarfs haben mehr als 500 weitere Familien aus der nahen Umgebung sowie eine Reihe von Projekten aus dem ganzen Land Anträge auf Fahrräder gestellt. Die Entscheidungen, wer ein Fahrrad bekommt, werden von einem lokalen Komittee gefällt. Jedes ausgegebene Fahrrad wird in einem Vertrag mit dem Empfänger registriert, wodurch z. B. Weiterverkauf des Spendenfahrrads ausgeschlossen wird. Dadurch, daß das Spendengeld aus Deutschland direkt für die Containerzahlung verwendet wird, ist sichergestellt, daß es nicht für andere Zwecke als Fahrräder verwendet wird. 350 der 420 Fahrräder sind bereits montiert und ausgegeben. Florence und ihr Team hoffen auf einen zweiten Container, zu dessen Bestellung aber noch ca. DM 5.000,– auf dem ADFC Spendenkonto fehlen. Im Rahmen der Partnerschaft Rheinland-Pfalz Ruanda werden die zu montierenden Fahrradteile als Hilfslieferung zollfrei eingeführt. Somit kann pro gespendete DM 140,– die Auslieferung eines neuwertigen, stabilen und für Transporte auf dem Land geeigneten Fahrrads garantiert werden. Was Frau sich in der ersten Ruandischen *Ladies Fahrradwerkstatt* außerdem wünscht: Brief- oder Faxkontakt mit deutschen Radfahrerinnen (Postadresse: B.P. 60, Rwamagana, fax über 00250-72475).●

Spenden: ADFC Konto 240770, Ökobank Frankfurt, BLZ 500 901 00

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Werkhof Darmstadt

Es geht auch anders

Der bisherige Ausbildungsberuf »Schlosser/in« wurde aufgegeben und das neue, modernisierte Berufsbild »IndustriemechanikerIn, Fachrichtung Betriebstechnik« eingeführt. Dies brachte einen Qualifizierungsschub mit sich. Hintergrund waren die gestiegenen arbeitsmarktlichen und betrieblichen Anforderungen (Steuerungstechnik, Elektrotechnik, Umwelttechnik). In dieser Zeit (1987-88) wurden die Aktivitäten des WHD nachdrücklich ausgebaut:

- technische Kooperation mit Betrieben und Projekten in Nicaragua im Rahmen der Solidaritätsbewegung (Gründung der *»Agencia Tecnica de la Solidaridad – ATES«* zusammen mit anderen Gruppen in der BRD) sowie Beginn der Zusammenarbeit mit Organisationen in Mosambik.
- Maschinenrecycling, »angepaßte Technologien« und Solartechnik in Form einer Beschäftigungs-, Qualifizierungs-und Existenzgründungsinitiative *»Technologiewerkstatt«*.
- Einwerbung von Umschulungs- und Ausbildungsmaßnahmen (Elektronik/Metall).

Diese Konsolidierungsphase führte 1990 kurzzeitig zum höchsten MitarbeiterInnenstand beim WHD mit 14 Inlands- und 1 AuslandsmitarbeiterInnen. Jedoch wurde dieser »Zustand« rasch wieder eingeholt durch personelle Veränderungen und betriebliche Auflösungserscheinungen. Hintergrund waren vielfache Schwierigkeiten bei Existenz- und Ausgründungen sowie Generationen-/Verteilungskonflikte mit NeueinsteigerInnen. Durch Unvereinbarkeiten und mangelnde Konfliktbearbeitung in diesem Zusammenhang konnte dann 1992 nur noch das endgültige Scheitern der praktizierten Kooperationsstruktur festgestellt werden. Auch das bis dahin geltende Einheitslohnsystem (jedeR erhielt für gleiche Arbeitszeit das gleiche Entgelt, allerdings unterschiedlich nach betrieblichem Zusammenhang) wurde aufgegeben, ein Teil der ausgegründeten Betriebe aufgelöst. Begleitet wurde diese Entwicklung durch einen deutlichen Rückgang der MitarbeiterInnenzahl beim WHD e.V. auf 4 Inlands- und 1 AuslandsmitarbeiterInnen.

Der verbliebenen Belegschaft war es kurzfristig möglich, den Betrieb so zu konsolidieren, daß Tätigkeitsumfang, MitarbeiterInnenzahl und Bilanzvolumen seither stetig anwachsen. Im einzelnen durch Entscheidungen, wie:

- Einführung einer 2-wöchentlichen »Teamsitzung« zur betrieblichen Konsens- und Entscheidungsfindung;
- Einführung eines differenzierten Lohnsystems in Anlehnung an BAT;
- verstärkter Ausbau der Tätigkeitsbereiche »berufliche Bildung« und »Eine-Welt-Arbeit«;
- verstärkte Rationalisierung der Arbeit durch Ausweitung des Einsatzes Neuer Technologien, vor allem im Bürobereich.
- Weiterqualifizierungen »on the job«, vor allem in den Bereichen PC-Technik, Steuerungstechnik, Solartechnik.

1992 bis '98 wurden und werden große EU-Auslandsvorhaben (mit einem Umfang von jeweils mehr als 1 Mio. DM) begonnen, abgewickelt, oder abgeschlossen mit Schwerpunkt in den Bereichen:

* produktionsorientierte berufliche Bildung;
* Arbeitnehmer/innenbetriebe im Bereich Gerbereiwesen und Pappeproduktion;
* sozialer Wohnungsbau;
* ökologisch orientierte Gemeinwesenentwicklung;
* Wasserversorgung/ Abwasserentsorgung;
* Förderung von Kooperativen und kleinindustriellen Betrieben;
* ökologische Landwirtschaft;
* partizipative Radios in Nicaragua, Mocambique, Eritrea.

Jährlich führt der WHD ca. 20 Kleinvorhaben (bis 50.000 DM), sowie Vorhaben bis 1 Mio. DM, in Lateinamerika und Afrika durch. Dabei wird eine große Zahl von Kooperationspartnern, wie z.B.

* *Weltfriedensdienst e.V., Berlin*
* *Dritte Welt Haus Bielefeld*
* *Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaft (AFQ) GmbH, Chemnitz*
* *Ökumenisches Büro München*
* Organisationen in England, Holland, Belgien
* *Monimbó e.V., Dietzenbach*
* *Schäfereigenossenschaft Finkhof e.G./Bildungswerk*
* *PROLANA* – Naturbettwarenhersteller
* *Grupo Sofonias/Schweiz*
* *Deutscher Entwicklungsdienst (DED)*

einbezogen. Viele weitere Einzelpersonen unterstützen die Projekte in Nicaragua, Mocambique, Ecuador, Uruguay, Cuba, Senegal, Benin, Burkina Faso, Ghana, Zaire, Zimbabwe und die Kooperationen mit den Partnerorganisationen in den einzelnen Ländern im Sinne einer »Unterstützung zur Selbstorganisation«. Die Vorhaben werden durch eine entsprechende entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bewußtseinsarbeit sinnvoll ergänzt und mit der Tätigkeit in Darmstadt verbunden. Zeitweise erfolgt diese Arbeit auch unter Einbeziehung von sogenannten Inlandsstellen des Deutschen Entwicklungsdienstes auf welchen zurückgekehrte EntwicklungshelferInnen ihre Erfahrungen einbringen können.

Solaranlage Krankhaus Friedrichsheim/Frankfurt a.M.: Solarausbildung mit Werkhof-Azubis in Kooperation mit dem selbstverwalteten Betrieb Wagner & Co, Coelbe

Foto: Wolfgang Jakob, Werkhof e.V.

Im Juli 1998 existieren im Werkhof in Darmstadt:

- 3 Erstausbildungsgänge »Industriemechanik« mit insgesamt 19 Azubis. Bis heute konnte für 71% der bisher 85 geförderten Ausbildungsplätze ein FacharbeiterInnenbrief erreicht werden. Ab 01.09.98 ist ein weiterer Ausbildungsgang mit 12 Plätzen vorgesehen. (Bedauerlicherweise wird der Selbstverwaltungsstruktur von Seiten der Azubis seit Jahren praktisch keine Bedeutung beigemessen.)
- eine Schlosserei für Auftragsarbeiten
- die neugegründete *»Werkstatt Globales Lernen«*
- sowie die mittlerweile 2 1/2-jährige Mitarbeit beim nichtkommerziellen *Radio Darmstadt*

Fortsetzung Seite 8

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE INFORMATIONS-, BILDUNGS- UND LOBBYARBEIT

Meinungs-Bildung ?

Seit Gründung des Werkhofes besteht der Anspruch, am gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozeß mitzuwirken. Unsere Arbeit zielt auf eine Bewußtseinsänderung im Norden. Die entscheidenden Impulse zu einer Veränderung hin zu einer »gerechteren und ökologischeren Welt« müssen von den industrialisierten Ländern ausgehen. Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sind die Hebel, die wir versuchen hierfür zu nutzen. Das Ansetzen des Hebels von diesen beiden Seiten macht Sinn, da unsere »Zielgruppen« sehr verschieden sind. Sie reichen von der Politikerin und dem Politiker, Expertin und Experten der Entwicklungsarbeit, über entwicklungspolitisch interessierte, oder nichtinteressierte Privatpersonen bis hin zu Schülerinnen und Schülern.

Um für möglichst alle Zielgruppen und deren unterschiedlichen Interessen den richtigen Ton zu treffen, verwenden wir ein breites Spektrum von sich ergänzenden Medien. Ein Standbein dieser Arbeit ist die vierteljährlich erscheinende *Werkhof-Rundumschau*, in der wir Neues aus der Projektarbeit im In- und Ausland berichten. Ergänzend dazu versuchen wir mit Presseartikeln in der Tages- wie Fachpresse auf unsere Arbeit aufmerksam zu machen. Dabei stehen Informationen über die unterschiedlichen Entwicklungsprojekte und deren spezifischen Zielsetzungen im Vordergrund. Politikerinnen und Politiker beziehen wir dabei durch gezielte Informationen, Kampagnenarbeit (z.B. Anti-Minenkampagne) und öffentliche Diskussionsveranstaltungen ein.

Neben den Printmedien spielt, allerdings nur auf lokaler Ebene, seit ca. drei Jahren die Mitarbeit bei dem nichtkommerziellen *Radio Darmstadt »RADAR«* eine wichtige Rolle. In der Redaktion »Treffpunkt Eine Welt« werden entwicklungspolitische, antirassistische und interkulturelle Beiträge erarbeitet und gesendet. Der Werkhof gestaltet hier monatliche eine 45minütige Sendung sowie die »Nachrichten aus der Einen Welt«.

Das zweite Standbein – und dieses entwickelt sich zur Zeit sehr rasant – ist die entwicklungspolitische Bildungsarbeit an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Hier reicht das Spektrum von der Technischen Universität Darmstadt über die Volkshochschule und die Berufsschule bis zum Kindergarten. Unser Bestreben ist es, insbesondere die Jugend zu erreichen und für deren Bewußtseins- und Meinungsbildung einen Beitrag zu leisten. Dabei ist die – nach unserer Meinung – ungerechte Weltwirtschaftsordnung ebenso Thema wie beispielsweise der Einsatz von regenerativen Energien in Nicaragua.

Technical School of Asmara/Eritrea: Vom Werkhof e.V. unterstützte Ausbildung

Foto: Wolfgang Jakob, Werkhof e.V.

Unsere vielfältigen Kontakte zu Projekten in Afrika und Lateinamerika und die eigenen Erfahrungen aus Auslandsaufenthalten ergeben ein umfangreiches Potential an authentischen Informationen. Diese werden u.a. durch im Werkhof beschäftigte ehemalige Entwicklungshelfer bei Schulveranstaltungen, Seminaren, Projekttagen oder öffentlichen Informationsveranstaltungen weitergegeben.

Die Mitwirkung bei der Darmstädter Werkstatt »Globales Lernen« ist Ausdruck unseres Bemühens, auch im Bereich der Bildungsarbeit mit anderen Organisationen zu kooperieren. Die Werkstatt »Globales Lernen« soll in Zukunft als Bindeglied zwischen Schulen und Organisationen dienen, die im Umwelt und »Eine Welt«-Bereich aktiv sind. Im Vordergrund der Arbeit steht der Versuch, den Schülern die Komplexität der globalen Zusammenhänge möglichst sinnlich zu verdeutlichen und die eigenen Einwirkungsmöglichkeiten klarzumachen. Über die Werkstatt wird den Schulen Unterrichtsmaterial angeboten und es werden kompetente Fachleute zur Unterstützung von Projekttagen und Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt.

Im gleichen Kontext steht die Beteiligung des Werkhof e.V. am lokalen Agenda 21 Prozeß. Wir sehen die Agenda 21 als Chance, die Anliegen der sogenannten Entwicklungsländer in die lokale Diskussion einzubringen. Hierbei ist das Thema »Gerechter Welthandel« und die Verknüpfung zum Werkhof Projekt »Schafe im Kaffee« nur ein Beispiel für lokalen Aktionsmöglichkeiten.●

MOSAMBIK:

Werkhof Darmstadt

Den Mund zu voll genommen?

Über Probleme bei der Durchführung eines entwicklungspolitischen Großprojektes durch eine kleine NRO. Am Beispiel des beruflichen Bildungszentrums »Escola de Artes e Oficios Dzidzai Bassa« in Chimoio/Mosambik beschreiben die beiden Autoren Ernst Hilmer und Ali Hensel das Engagement des Werkhof e.V. im beruflichen Bildungswesen.

Escola Dzidza: Bassa '97 – berufliche Bildung in Chimoio/Mocambique

Foto: Werkhof e.V.

Eines – und das mag für mancheN LeserIn überraschend klingen – war für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Werkhofs schon vor Projektbeginn klar: das zu errichtende Berufsbildungszentrum würde man aus eigenen finanziellen Ressourcen nicht über die Projektphase hinaus sichern können. Die Durchführung trauten wir uns natürlich zu, ansonsten hätten wir die die Finger von dem Projekt gelassen.

Unsere Herangehensweise an das Projekt war von Beginn an, einerseits von dem Wissen um die finanzielle »Beschränktheit«, andererseits von dem Willen bestimmt, eine kreative Lösung für dieses Problem zu finden. Der Widerspruch zwischen hohem Anspruch und begrenzten Mitteln war oft nur durch eine unkonventionelle und eine sehr flexible Herangehensweise an die Probleme aufzulösen. Bei allen Entscheidungen, die oft sehr schnell getroffen werden mußten, stand die Durchsetzung der Projektziele ebenso im Mittelpunkt wie das Bestreben, sich nicht durch eine Selbstüberforderung zu strangulieren und damit an dem zu großen Brocken zu ersticken. Trotz der unbestreitbaren Gefahr, den Mund zu voll zu nehmen, wurde das Projekt im Jahr 1992 quasi im Vertrauen auf die Durchsetzungsfähigkeit einer guten und wichtigen entwicklungspolitischen Idee begonnen.

Klar war also im Jahr 1992 nur, daß man aus (entwicklungs)politisch-weltanschaulichen Gründen den in Mosambik formulierten Wunsch zum Aufbau eines Berufsbildungszentrums in der Provinz Manica unterstützen wollte.

Auch ein zweiter wesentlicher Punkt war abgeklärt, die Europäische Union würde das Projekt mitfinanzieren und damit den Löwenanteil der benötigten Finanzsumme (mittlerweile wurden in die Schule über 4 Mio. DM investiert) aufbringen. In einem Doppelantrag, der die mögliche Höchstförderung von 1 Mio. ECU (1 ECU ca. 1,96 DM), also fast 2 Mio. DM vorsah, war der finanzielle Rahmen des Projektes abgesteckt.

Durch eine Vorstudie in Mosambik war der Bedarf an beruflicher Bildung in der Provinz Chimoio untersucht und nachgewiesen. Die Befragung sämtlicher Klein- bis Industriebetriebe der Region Chimoio, stellte Qualifizierungsbedarf in drei Berufsfeldern (Schlosser, Schreiner, Maurer) fest. Die von Werkhof-Mitarbeitern durchgeführte Untersuchung diente auch zur Definition der (Aus)Bildungsziele und zur Klärung der erforderlichen personellen und räumlichen Kapazität der Berufsschule.

Die zunächst offene Frage der Absicherung der notwendigen Werkhof-Finanzierungsanteile war im Werkhof das Thema von vielen Gesprächsrunden und Teamsitzungen, in denen aber nie grundsätzliche Zweifel an der Finanzierbarkeit aufkamen, falls, so der einzige Einwand, die Grundvoraussetzungen des Projektes stimmig waren. Einige der Grundvoraussetzungen waren, daß die Berufsschule in Mosambik am wirklichen Bedarf ausgerichtet, die Mitwirkung der lokalen wie regionalen Behörden gesichert und von der Schule eine positive Ausstrahlung zur Entwicklung der regionalen (Klein)Industrie ausgehen müsse. Daneben sollten die Selbsthilfestrukturen der regionalen Kleinindustrie durch die Förderung eines bereits bestehenden Vereines weiterentwickelt werden. Dieser Verein sollte gleichzeitig Träger des zukünftigen Berufsbildungszentrums sein. Sollten diese Faktoren weitgehend gesichert sein, dann würden, so die Werkhof-Philosophie, weitere Geldgeber zu gewinnen sein. Gleichzeitig könnte damit auch die Kooperation mit anderen Institutionen und Vereinen ein eigenständiges Ziel innerhalb der Projektarbeit werden.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 7

RADAR in der Redaktion »Treffpunkt Eine Welt«. In Darmstadt selbst sind 9 MitarbeiterInnen (3 Frauen, 6 Männer) beschäftigt, im Ausland (Nicaragua/Mocambique) sind es 4 Mitarbeiter. Das Umsatzvolumen des WHD betrug zuletzt (1997) ca. 6 Mio. DM. Der WHD ist Mitglied in verschiedenen Netzwerken (u.a. VsBH/Netz Hessen, HeKo – Koordinationsgruppe hessischer Nicaraguainitiativen, VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorgansiationen e.V., KKM – Koordinierungskreis Mosambik e.V., AGGL – Arbeitsgemeinschaft Globales Lernen e.V.).

Zusammenfassend läßt sich nach 15 Jahren Selbstverwaltungspraxis im Werkhof e.V. festhalten, daß diese Kooperationsform aufgrund

- ständiger innovativer Neuorientierungs- und Modernisierungsprozesse
- kontinuierlicher Weiterbildung und Qualifizierung
- Offenheit gegenüber neuen Kooperationen
- flexibler, klarer und gleichberechtigter innerbetrieblicher Arbeits- und Mitbestimmungsstrukturen
- einer hohen Identifikation mit den »Dienstleistungsprodukten«
- »Neutralisierung« des Betriebsvermögens im gem. e.V.

nicht nur möglich ist, sondern auch – bei aller Konfliktbereitschaft – einen recht hohen Grad an Zufriedenheit, Engagement und Motivation bei den MitarbeiterInnen hervorruft. Sie läßt sich außerdem mit deren familiärer Situation (die Mehrzahl hat Kinder) vereinbaren und hat sich in dieser Form durchaus als existenzfähig gegenüber einer relativ starken (oft politisch protegierten) regionalen Konkurrenz gezeigt.

Jedoch tritt auch innerhalb der Belegschaft eine deutliche Differenzierung hinsichtlich des persönlichen Engagements zutage. Je nach den individuellen Beschäftigungsperspektiven und dem Willen zur Übernahme einer projektbezogenen Verantwortungsbereitschaft ergeben sich unterschiedlich verstandene Beschäftigungssituationen: Mehr als »Angestellte/r« oder doch mehr als »tragender Teil« des ganzen. Denn, auch das WHD-Team kann sich nicht dem gesellschaftlich relevanten »Produktionsdruck« entziehen – trotz mancher Steuerungsmöglichkeiten – und muß ständig in konkurrenzfähiger und erfolgsorientierter Weise Vorhaben und deren (öffentliche und private) Finanzierungen einwerben und abwickeln. Ein nicht unwesentlicher Teil der Arbeit verbleibt dabei trotz allem im unbezahlten, »ehrenamtlichen« Bereich.

Der 1983 begonnene Versuch bleibt auch heute noch (oder wieder) spannend. Vor dem Hintergrund der sich weiter verschärfenden welt-gesellschaftlichen Situation mit einer anhaltend hohen Zahl an Erwerbslosen und Betriebsschließungen bei gleichzeitiger immenser Profitsteigerung zugunsten von wenigen, lohnt sich das Engagement für die selbstorganisierten Arbeitsstrukturen. So hatte eine jüngst im Werkhof stattgefundene Diskussionsveranstaltung gezeigt, daß dieses Thema nicht zur längst entsorgt geglaubten gesellschaftlichen Utopie zählt. Nach Einschätzung des anwesenden IG-Metall-Vertreters hat in den letzten Jahren die Bereitschaft zur Betriebsübernahme (bei drohender Betriebsstillegung) bei den Arbeitnehmer/innen eine enorme Steigerungsrate erfahren. Dies belegen verschiedene Beispiele in der hiesigen Region.●

Wolfgang Jakob, nach Diskussion und Ergänzungen durch das WHD-Team

Projektdaten und Fakten

Berufliches Bildungszentrum Escola de Artes e Oficios Dzidzai Bassa in Chimoio/Mosambik

Baustelle des vom Werkhof e.V. unterstützten Berufsschulzentrum »Dzidzai Bassa« in Chimoio/Mocambique (1996) Foto: Wolfgang Jakob, Werkhof e.V

Konzeption:
produktionsorientiere 3-jährige Berufsschule mit Fähigkeit zur teilweisen Selbstfinanzierung

Projektpartner in Mosambik:
Erziehungsministerium Mosambik
Stadtverwaltung Chimoio

Schulgelände:
17 Hektar Gelände mit schuleigener Farm

Schuleigene Produktionssektoren:
Schreinerei, Schlosserei, Fahrrad- und Rollstuhlwerkstatt, Produktion von Maschendraht, Produktion von Dachziegeln und Hohlblocksteinen, Baukolonne

Zahl der Beschäftigten:
Während der Bauphase z.T. über 200 Beschäftigte, zur Zeit ca. 40 Beschäftigte incl. Lehrkräften

Ausl. Kooperanten:
z.Zt. 1 WHD-Mitarbeiter als Berater des Produktionsleiters
1 Entwicklungshelfer des Weltfriedensdienstes als Bauausbilder

Zahl der Auszubildenden:
jährlich 42 Auszubildende in drei Ausbildungsberufen
Gesamtkapazität 126 Ausbildungsplätze davon 1/3 für Frauen

Ausbildungsberufe:
Schlosser, Schreiner, Bauhandwerker

Dauer der Ausbildung:
3 Jahre incl. einjährigem Betriebspraktika und Schulabschluß Klasse 7 allgemeinbildende Schule
Beginn des 1. Ausbildungsganges Feb. 1997

Projektbeginn:
1993

Gepl. Projektende:
1999

Gesamtfinanzvolumen der Maßnahme/ Stand Juni 1998:
ca. 5 Mio DM, davon ca. 2 Mio DM von der Europäischen Union, ca. 1,1 Mio DM Werkhof -Beiträge (incl. Maschinenspenden und ehrenamtlicher Arbeit), ca. 0,6 Mio DM Andere Geber (Weltfriedensdienst, div. Kommunen u.a.), ca. 1,3 Mio DM lokaler Anteil (Wert Grundstücke, Eigenleistung beim Bau der Gebäude)

NICARAGUA:

Werkhof Darmstadt

»Schafe im Kaffee«

Ein Öko-Projekt des Werkhof e.V. in Nicaragua verbindet die Förderung der Selbstverwaltungsstrukturen von Kaffee-Kooperativen mit dem Umweltschutz.

Was macht das Schaf in der Kaffeeplantage?

Am Vulkan Mombacho in Nicaragua wird mit Unterstützung des Werkhof Bio-Kaffee nach einem ungewöhnlichen Konzept angebaut. Die Plantagen werden nicht von Hand oder durch Chemikalien, sondern von weidenden Schafen gepflegt. Mit diesem von der Schäfereigenossenschaft Finkhof im Allgäu entwickelten Konzept kann die für den enormen Kaffeekonsum auf dem Weltmarkt erforderliche Mechanisierung des Anbaus auf ökologisch vertretbare Weise erfolgen.

Die Schafe fressen das Unkraut zwischen den Pflanzen und produzieren zusätzlich Fleisch für die Bauern. Gleichzeitig ermöglicht der Dung, den die Schafe liefern, den Verzicht auf mineralische Düngemittel. Erst die Kombination dieser Vorteile aus der Schafhaltung macht es den Bauern möglich, auf organischen Kaffeeanbau umzustellen.

Mit dem Verzicht auf chemische Spritzmittel werden die bei konventionellem Anbau z.T. schweren Vergiftungen der PlantagenarbeiterInnen vermieden. Gleichzeitig bleiben die Schattenbäume in den Kaffeeplantagen erhalten, und so bieten die Pflanzungen Überlebens- und Rückzugsmöglichkeiten für eine Vielzahl von einheimischen Tierarten. Zu ihnen gehört auch der Tucan, einer der seltensten und schönsten Vögel Nicaraguas.

Schafe für die Beweidung der Kaffeeplantage des Kooperativendachverbandes ECONICA, Nicaragua — Foto: Werner Schlienz, ATES-Werkhof e.V.

Das Konzept des Projektes ist so wirkungsvoll wie bewährt:

Eine Genossenschaft erhält eine bestimmte Anzahl von Muttertieren und Zuchtböcken, um innerhalb von 3 Jahren eine eigene Herde aufzubauen. Nach dieser Zeit gibt sie die gleiche Anzahl von Tieren an das Projekt zurück, die dann einer anderen Genossenschaft zur Verfügung gestellt werden. Mit Hilfe dieser »Tierbank« konnten bereits 9 Kooperativen eine eigene Schafherde aufbauen. Es ist geplant, das Projekt auf 6 weitere Genossenschaften auszudehnen. Zusätzlich erhalten die Genossenschafts-Bauern kostenlos Beratung und tierärztliche Dienste, Fortbildungskurse und Kredite für den Bau von Koppeln und Unterständen oder zur Ansaat von Futterpflanzen bzw. für Diversifikationsbemühungen.

Die Projektpartner und Förderziele

Der Werkhof fördert den Anbau dieses Bio-Kaffees durch materielle Unterstützung des Dachverbandes der Kaffee-Kooperativen ECONICA. Die von uns, unserem Projektpartner, der Schäfereigenossenschaft Finkhof und der Europäischen Union zur Verfügung gestellten Mittel von ca. 1,2 Mio. DM werden für die Ausbildung von Schäfern, zur Genossenschaftsberatung, Einrichtung eines Kreditfonds, Ausweitung der Schafzucht und zur Verbesserung der Anbaumethoden eingesetzt.

Zusätzlich wird gezielt eine Erweiterung der Produktpalette bei den Anbauern gefördert. Zusammen mit der Schafzucht wird so das Einkommen in den Kooperativen gesteigert und die Ernährungssituation ihrer Familien verbessert. Bisher kam das Projekt etwa 170 SaisonarbeiterInnen zugute, und 34 neue Arbeitsplätze konnten geschaffen werden.

Förderung des ökologisch wirtschaftenden Kooperativenwesens

Von zentraler Bedeutung in dem Projekt ist die Beratung, Qualifizierung und Förderung der Kooperativen, ihrer Vermarktungs-, Organisations- und betriebswirtschaftlichen Strukturen. Das Projekt soll zügig auf weitere Kooperativen ausgedehnt werden. Um dies finanzieren zu können arbeiten wir daran, den Vertrieb des Bio-Kaffees im Raum Darmstadt auszuweiten und Spendenmittel einzuwerben.●

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Mit Einbeziehung der *AFQ GmbH* (Arbeitsförderungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH), einer sogenannten *MEGA-ABM* in Chemnitz, wurde der materielle Grundstein für die Ausstattung der Werkstätten der Berufsschule in Mosambik geschaffen. Zeitweise mehr als 200 Beschäftigte arbeiteten in Chemnitz Gebrauchtmaschinen aus Betriebszusammenbrüchen in der ehemaligen DDR auf und stellten diese dann für Entwicklungsprojekte zur Verfügung. Dank dieser seit 1993 andauernden Zusammenarbeit konnten fast sämtliche Maschinen und Werkzeuge für die Berufsschule kostenlos beschafft werden.

Über persönliche Firmenkontakte von ehrenamtlichen Werkhof-Mitarbeitern im Raum Neumarkt/Oberpfalz wurde die gesamte Elektroeinrichtung, angefangen vom Transformator bis hin zu den erforderlichen Erdkabeln, gespendet. Unter der fachkundigen Anleitung von mehreren ehrenamtlichen Mitarbeitern aus Neumarkt wurde das Material in Mosambik eingebaut und angeschlossen. Um diese und andere für das Projekt im wahrsten Sinne des Wortes wertvollen Kontakte zu knüpfen waren eine Menge Zeit und Aufwand in Öffentlichkeitsarbeit investiert worden.

Mit gleicher Intensität suchten die Werkhof-MitarbeiterInnen nach Geldgebern unter deutschen Kommunen und nach Kooperationspartnern bei anderen entwicklungspolitisch tätigen Organisationen. Während die Einwerbung von kommunalen Mitteln trotz vieler Bemühungen die Größenordnung von 100.000 DM nicht überstieg, war die Suche nach Kooperationspartnern wesentlich erfolgreicher. Highlight der Kooperationsbemühungen wurde die Zusammenarbeit mit dem *Weltfriedensdienst e.V.* in Berlin, der schließlich die Entsendung der im Projekt beschäftigten Entwicklungshelfer übernahm.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die vielen Kontakte und Hilfestellungen, die schließlich zur Einrichtung der Fahrrad-und Rollstuhlwerkstatt des Projektes geführt haben. Neben einer Vielzahl an Sachspenden haben hier mehrere ehrenamtliche Helfer in Chimoio Aufbauarbeit geleistet und ihre Erfahrungen an die einheimischen Mitarbeiter weitergegeben. Auch die Fahrrad- und Rollstuhlwerkstatt war ein Beispiel dafür, daß sich mit dem Projektfortschritt auch die Projektpolitik änderte. Während zu Anfang auf die kostenlose Ressource Gebrauchtfahrrad gesetzt wurde, stellte sich bald heraus, daß indische Fahrräder die sinnvollere Alternative für die Verhältnisse vor Ort waren. Also wandelte sich die Transferleistung »Gebrauchtrad aus Spenden in Deutschland« in die Transferleistung »Anschubfinanzierung« für einen Container mit robusten, an die Verhältnisse im Land besser angepaßten indischen Fahrrädern.

Parallel zu den Bestrebungen in Deutschland, möglichst viele Geldgeber und ehrenamtliche Helfer für das Projektziel »Schulaufbau« zu mobilisiern, wurde in Mosambik die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gesucht. Aus dem Bestreben, nach einem fast 30jährigen Krieg, einen Beitrag zur Befriedung des Landes zu leisten, ergaben sich Kooperationen mit anderen Organisationen, die einen ähnlichen Ansatz verfolgten.

So finanzierten die *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH*, die *Otto-Benecke-Stiftung* sowie die *International Labour Organisation (ILO)* mehrere Qualifizierungskurse für demobilsierte Soldaten und aus Zimbabwe zurückgekehrte Bürgerkriegsflüchtlinge bzw. Werkzeugkisten für die KursteilnehmerInnen. Durch diese von außen finanzierten Kurse konnten zwei Ziele zu gleicher Zeit erreicht werden: Zum einen wurde bereits in der Aufbauphase des Projektes qualifizierte Ausbildung betrieben, und zum anderen war durch den Einsatz der Kursteilnehmer der Bau der Schule in »eigener« Regie möglich. Eine Vergabe der Bauarbeiten an ein Unternehmen, bei anderen Entwicklungsprojekten die Regel, konnte damit vermieden und der Bauetat entscheidend entlastet werden. Die Folgen dieser finanziellen Entlastung waren dennoch nicht ausschließlich positiv, da sich mit der Entscheidung, die Bauten in eigener Regie zu erstellen, ein erheblicher Mehraufwand an administrativen und planerischen Aufgaben im Projekt ergab. Unter der Mehrbelastung mußte eines der anderen Ziele, die Entwicklung einer tragfähigen und nachhaltigen Organisation der Kleinunternehmer in Manica, zunächst zurückgestellt werden.

Das Zurückfahren des letztgenannten Projektzieles hatte aber auch mit der Erkenntnis zu tun, daß sich bestimmte Prozesse nur bedingt von außen vorantreiben lassen. Die latent vorhandenen Probleme, Widersprüche und Konkurrenzsituationen zwischen den einzelnen Mitgliedern des lokalen Partners in Mosambik sowie die Undurchblickbarkeit der lokalen Beziehungsgeflechte und Abhängigkeiten erschwerten dieses Vorhaben. Letztlich führte die Unzuverlässigkeit und schließlich auch die Korruptheit einiger Mitglieder des lokalen Partners über Umwege zur Absicherung der Nachhaltigkeit des Projektes.

Vor die Wahl gestellt, die Berufsschule als ausländischer Träger quasi treuhänderisch führen zu müssen, oder aber die Schule einem letztlich mit mafiösen Strukturen arbeitenden Partner zu übertragen, entschied sich der Werkhof für einen dritten Weg: die Übernahme der Berufsschule durch das nationale Erziehungsministerium. In langwierigen Verhandlungen konnte erreicht werden, was eigentlich schon zu Anfang als Idee auf dem Tisch gelegen hatte, aber mangels finanzieller Ressourcen (1) des Staates Mosambik und mangels politischen Willens zunächst nicht durchsetzbar war. Mit diesem Schritt ist zumindest formal die Nachhaltigkeit abgesichert, da der Staat Mosambik für die Lehrergehälter aufkommen muß (und will). Mittel- und auch langfristig wird die Schule aber noch viele (auch finanzielle) Hilfestellungen benötigen, selbst dann, wenn das Konzept der Eigenproduktion (2) an der Schule erfolgreich bleibt.

Heute gefragt, ob wir's nochmal täten, würde sicherlich niemand mehr die vielen »schlaflosen Nächte« in Kauf nehmen wollen, die das Projekt im Laufe der Jahre bereitet hat. Und das, obwohl das Ergebnis vorzeigbar ist und auch – man kann's ja ruhig mal schreiben – etwas stolz macht. Trotzdem, die Organisation eines Schulaufbaues sozusagen auf der »grünen Wiese« und dessen inhaltliche wie materielle Begleitung erreichte oft die Grenzen unserer Belastbarkeit, und wir hatten mehr als einmal das Gefühl »den Mund zu voll« genommen zu haben.●

(1) Unter dem Druck von IWF und Weltbank mußte Mosambik die finanziellen Mittel für Bildung drastisch zusammenstreichen.

(2) In den Werkstätten der Schule wird für den lokalen Markt produziert. Zusätzlich werden in den Werkstätten Praktikumsplätze für die Ausbildung zur Verfügung gestellt. Aus den Überschüssen der Werkstätten sollen Teile der laufenden Kosten abgedeckt werden.

Umwelttag '98 in Darmstadt: Werkhof-Infostand — Foto: Ali Hensel, Werkhof e.V.

Werkhof e.V. – kurz und bündig

Kontakt:
WERKHOF DARMSTADT, Verein zur Förderung der Selbsthilfe, gem.e.V.
Rundeturmstr. 16
D-64283 Darmstadt
☎(0 61 51) 2 66 64, Fax 2 02 85
im Internet: http://ourworld.compuserve.com/homepages/WHD

Büro Nicaragua:
ATES – Werkhof (Agencia Tecnica de la Solidaridad)
Gallera de la Reforma 1 1/2 al este, Apartado 100
Masaya/Nicaragua
☎/Fax 00505-522-2931,
e-mail: ates@ates.sdnnic.org.ni

Büro Mocambique:
Chinfura, Bairro 1
Chimoio/Mocambique
☎/Fax 00258-51-23097

Gründungsjahr: 1983

Beschäftigte: 12 Mitarbeiter/innen

Tätigkeitsgebiete:
- außerbetriebliche berufliche Bildung von arbeitslosen Jugendlichen (Industriemechaniker/in, Fachrichtung Betriebstechnik)
- Beratung, Betreuung und Abwicklung von Entwicklungsvorhaben in Lateinamerika und Afrika
- Planung und Ausführung von Schlosseraufträgen
- Maschinenrecycling
- Entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
- Beratung von Nonprofitorganisationen (finanziell-technische Vorhabensberatung, Existenzgründungsberatung)

Bilanzvolumen: ca. 6 Mio DM (1997)

Bankverbindung:
- Volksbank Darmstadt, BLZ 508 900 00
  Inlandsprojekte: Kto. Nr. 85 11 08
  Auslansprojekte: Kto. Nr. 85 11 16
- Postbank Frankfurt, Kto.Nr. 117315-602, BLZ 500 100 60
- Ökobank FFM, Kto.Nr. 15502.0, BLZ 500 901 50

TAUSCHRINGE – EIN MODELL FÜR DIE ZUKUNFT?

Zwischen Nachbarschaftshilfe und selbstbestimmter neuer Wirtschaftsweise

Mitte Juli veranstaltete der Bremer Tauschring »TauschWatt« eine Projektwerkstatt. Nachfolgend veröffentlichen wir den Text eines Referates, das von Sabine Böning und Christiane Wasserscheid ausgearbeitet wurde.

»TauschWatt« besteht seit Februar 1996 und zählt bisher ca. 500 Mitglieder. Angefangen als »n. e. V« sind wir seit Januar 1998 ein eingetragener Verein. Zunächst möchten wir über Erfahrungen berichten, die wir in knapp 2 1/2 Jahren gesammelt haben. Danach erörtern wir die Schwierigkeiten, die uns begegnen und berichten, welche Lösungsmöglichkeiten wir sehen.

Kompetenzen erwerben

Im Tauschring können soziale und fachliche Kompetenzen erworben werden.

Soziale Kompetenzen:

- Diskutieren, Kompromisse schließen, die eigene Meinung vertreten: z. B. in Versammlungen, in Arbeitsgruppen (Büro, Radio, Öffentlichkeitsarbeit, Marktttage, Stadtteiltreffen, Arbeitslosengruppen),
- Absprachen treffen, Verhandlungen führen z. B. beim Tauschen: werden die An- und Abfahrtszeiten für den Babysitter, die Fahrradplattenflickerin, den Entrümpler usw. zeitlich mit berechnet? Welchen Umfang soll eine Arbeit haben, wie soll das Ergebnis aussehen (Qualitätsstandard), was tun bei Nichtgefallen?
- Verbindlichkeit, Zuverlässigkeit: z. B. die Im-Urlaub-Blumengießerin kommt auch wirklich alle 2 Tage und schließt die Wohnung auch wieder ab.

Fachliche Kompetenzen (im Geben und Nehmen):

Im Geben:

- sich üben im erlernten Beruf: gerade für Berufsanfänger/innen z. B. Köche, Lehrerinnen, Therapeuten, Handwerkerinnen bietet ein Tauschring die Gelegenheit, sich auszuprobieren. Man muß sich immer nur für einen Tausch festlegen und kann danach sein Angebot modifizieren.
- neue Stärken kennenlernen und entwickeln: Auch das sog. Hobby kann im Tauschring ausgelebt werden, z. B. kann die gelernte Heilpädagogin in Sachen Gärtnern beraten, der Zimmerer bietet selbstgefangenen Fisch an.
- Ihre Lebens- und Berufserfahrung können gerade ältere (in Rente gegangene) Menschen weitergeben.

Im Nehmen:

- Gerade erwerbslose Menschen können sich weiter qualifizieren (Beratung etc.)
- Arbeitnehmer/innen, die lange im Beruf gearbeitet haben, können eine berufliche Veränderung wagen, z. B. die seit 25 Jahren tätige Sozialpädagogin, die sich als Restaurantbetreiberin ein neues Standbein schaffen möchte
- Existenzgründung ist möglich, weil hier ganz individuelle Beratung, Ausfeilung und Umsetzung der Idee stattfinden kann: Ein mobiler Zweiradmechaniker kann seine Tätigkeit zunächst im Tauschring anbieten, um Erfahrungen zu sammeln. Hier findet er auch Hilfe, wie man einen Flyer gestaltet, welche Ausrüstung man braucht, kann sich z. B. in Sachen Finanzen beraten lassen.

Ein Tauschring schafft die nötige Infrastruktur, um über Zeitung und verschiedene Gruppen (Arbeitsgruppen oder Theatergruppe, Arbeitslosengruppe, Stadtteilgruppen etc.) Menschen und Ideen zusammenzubringen. Ein Tauschring kann als ein positiver Schonraum gesehen werden: Es darf ausprobiert werden, verworfen werden, bevor man sich mit einer Idee und deren Durchführung auf den sog. Ersten Arbeitsmarkt begibt.

Ein wichtiger Nebeneffekt kann für ein Tauschringmitglied sein, Anerkennung für seine geleistete Arbeit zu bekommen. Das stärkt das Selbstvertrauen in die eigenen Stärken, v. a. weil es speziell bei TauschWatt heißt: Wir tauschen, was wir gut und gerne machen. Hier spielt der Faktor Lust, anders als häufig in der »Arbeitswelt«, eine Rolle. Ein weiterer Effekt ist, daß man sich loslösen kann aus z. B. familiären Abhängigkeiten z. B. nur wenn die Oma die Kinder hütet, streicht der Schwiegersohn ihre Heizung.

Im folgenden zeigen wir Probleme und Chancen auf, die wir bei TauschWatt beobachten. Anfangs waren wir wenig Menschen, so um die 50. Das Gemeinschaftsgefühl war positiv, jede/r kannte Jede/n. Allerdings waren auch die Fähigkeiten, also Angebote sehr begrenzt. Also wuchs die Zahl der Tauschringmitglieder. Daraus ergaben sich folgende Phänomene:

- Die Anonymität wuchs: Die Hemmschwelle war größer, eine/n Tauschpartner/in, von dem/der nur die Telefonnummer aus der Marktzeitung bekannt war, anzurufen.
- Eine andere Hemmschwelle, nämlich das System auszunutzen, wurde offensichtlich geringer, da man »nur einer anonymen Masse« schadet. Bei uns ist es möglich, bis zu 50 Stunden Leistungen entgegenzunehmen, bevor man selbst »geben« muß.
- Durch das Werben für den Tauschring haben wir auch viele Menschen mit einer ausgeprägten Konsumhaltung angelockt: Sie haben ein Gesuch (Wer wartet mein Motorrad) und ein Angebot (»gebe Nachhilfe in Finnisch«). So wird eher kein Tausch zustandekommen.
- Eigenverantwortlichkeit ist häufig zuwenig vorhanden. Ein selbstverwalteter Tauschring lebt von der Initiative der einzelnen Mitglieder. Sie sind aufgerufen, Entscheidungen mitzutragen und z. B. Stadtteiltreffen und Feste mitzuorganisieren.
- Will man mit Freude und Überzeugung tauschen, muß man sich gedanklich aus dem Geldsystem lösen (keine Umrechnung von Zeit in Geld und umgekehrt) und Kopf- und Handarbeit als gleichwertig ansehen.

Wichtig, um anstehende Probleme zu lösen, ist das Zusammenkommen der Mitglieder in den verschiedenen o. g. Gruppen. Hier können neue Ideen entstehen, Mißverständnisse geklärt und Umgangsformen gelernt werden.

Wenn...

- der Spaß im Vordergrund steht
- man Lust hat, nette und interessante Menschen kennenzulernen
- die eigenen Stärken »gut und gerne« ausgelebt werden
- man sich persönlich weiterentwickelt

...dann sind wir auf dem Weg weg von der leistungsorientierten Gesellschaft, in der Arbeitslosigkeit scheinbar ein Einzelproblem (vieler vieler Einzelner!) ist. Dann kann der Tauschring eine Ergänzung oder in Zukunft (in Zusammenhang mit anderen z. B. Eigenarbeitsprojekten) eine Alternative zur für die meisten Menschen bestehenden Arbeitswelt sein.●

VON DEN PROBLEMEN IM UMGANG MIT BEHÖRDEN

Im Tauschring aktiv – Arbeitslosenhilfe gekürzt?

Vor kurzem erreichte die Redaktion ein Brief aus Ostdeutschland. Richard (der Name wurde zum Schutz des Betroffenen geändert) ist seit vier Jahren in einem Tauschring aktiv und setzt sich auch für dessen Belange ein. Zum Beispiel nimmt er für den Tauschring an Veranstaltungen teil, macht Werbung für seinen Tauschring und hält auch Vorträge zu diesem Thema. Wie Richard in seinem Brief schildert, kann er dafür als Gegenleistung seine Miete und seine Verpflegung in Talenten bezahlen. Dazu ist wichtig zu wissen, daß diese Öffentlichkeitsarbeit für den Tauschring ohne die Einkommensmöglichkeit in Talenten für Richard nicht denkbar gewesen wäre. Doch nun hat er Schwierigkeiten bekommen mit dem Arbeitsamt, das seine Arbeitslosenhilfe der vergangenen Jahre auf die Talenteinkünfte anrechnet und teilweise zurückfordert.

Dies ist sicher kein Einzelfall, denn viele Tauschring-Initiatoren berichten darüber, daß Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nur wenig Interesse zeigen, in einem Tauschring teilzunehmen, wohl aus Angst davor, daß ihnen die Unterstützung gekürzt wird.

Selbst acht Jahre nach der Wiedervereinigung und dem Fall des Eisernen Vorhangs im Osten hat sich immer noch nicht das Bewußtsein durchgesetzt, daß kommunistische Planwirtschaft und kapitalistische Monopolwirtschaft, wie wir sie im Westen hier haben, nur zwei Seiten einer Medaille sind. Die Menschen in den östlichen Ländern haben zwar Freiheit bekommen, doch diese steht für viele nur auf dem Papier. Oft handelt es sich nur um Freizügigkeit für einige wenige – die Stärksten und Mächtigen zumeist. Solange Freiheit nicht mit sozialer Sicherheit für alle Menschen verbunden ist, bleibt sie im Grunde genommen nur Makulatur.

Selbst in unserem viel gerühmten Grundgesetz fehlt ein wesentliches menschliches Grundrecht: das Recht auf existentielle Freiheit. Damit ist gemeint, daß jeder Mensch ein Recht auf Selbstversorgung aus eigener Kraft für sich und seine Angehörigen haben sollte. Jeder Staat sollte es als seine moralische Pflicht ansehen, dieses wichtigste aller menschlichen Grundrechte zu achten und seine Gesetze und Verordnungen danach ausrichten, damit dieses Grundrecht verwirklicht werden kann. Dazu gehört zum Beispiel ein Bodenrecht, das jedem Menschen einen gleichberechtigten Anteil an der Nutzung des Bodens und seiner Ressourcen garantiert. Dazu gehört aber auch ein Geldsystem, das jedem Menschen den freien Zugang zur Arbeitsteilung ermöglicht und den Mißbrauch des Tauschmittels Geld zu anderen Zwecken als denen des Tauschens ausschließt.

Doch nach diesem kurzen Exkurs in Grundrechtsfragen hier nun der Brief von Richard:

Ich bin Richard und habe etwas zu berichten. Schlechte Nachrichten. Ich wohne hier in einem angebauten Schuppen auf dem Gelände eines Vereines für 200 Talente im Monat und esse für 150 Talente Essenpauschale im Monat hier mit. Meine Gegenleistung ist Gartenarbeit und die mache ich zirka eine Stunde täglich, also sieben Stunden in der Woche.

Das kommt nicht so ganz genau hin, aber ich helfe auch bei anderen Sachen, die den Verein betreffen, und in der Summe stimmt das dann schon. Wir schreiben nichts mehr auf, ich beteilige mich, wo ich kann und kriege etwas dafür, wir sind uns also einig, ohne genau hinzuschauen.

Ich nahm auch an zwei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) teil und habe in den vier Jahren, die ich hier lebe, insgesamt zwei Jahre lang so zirka 900 Mark pro Monat verdient. Das ist seit Oktober 1996 vorbei. Bis Oktober 1997 bekam ich Arbeitslosengeld und danach Arbeitslosenhilfe.

Die ganze Geschichte war immer so ein gemeinsames Lügen, das heißt, die Frau vom Amt wußte, daß ich hier beim Verein untergekommen bin, einen Platz gefunden habe, der mich ausfüllt und den ich ebenso optimal ausfülle, und daß ich auch nebenbei Talente verdiene und sie hat mir damit einen Schutz gewährt, der mir von Rechtswegen nicht zugestanden hätte – hat mitgespielt.

Ich kenne das vom Osten, alle lügen kollektiv, alle spielen mit, alle tun so als ob, bis dann der Laden irgendwann zusammenbricht. So gehen die Deutschen – traditionaell, kann man fast sagen – halt mit ihren Problemen um: Verdrängung geht vor Lösung. Die alten und doch immer wieder neuen Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Daß wir es heute immer noch so handhaben, zeigt einmal mehr, daß wir kaum etwas aus der Geschichte gelernt haben. Aus dem ersten und zweiten Weltkrieg nicht, aus der Hitlerära nicht, aus der Wende scheinbar noch viel weniger.

Mir war das Verfahren auch irgendwo recht. Ich konnte damit einigermaßen in Frieden leben, hatte meine Ruhe und hatte mein Geld. Immerhin war ich gerade aus dem Gröbsten raus und war froh und dankbar, endlich mal eine Weile streßfrei leben zu können.

Damit ist es nun vorbei. Irgendwann wurde mir das alles zu blöd. Vor allem habe ich nicht verstanden, warum es nicht möglich war, mit dem Arbeitsamt zu reden. Die sind und waren also wirklich dazu da, das Elend, den Mangel zu verwalten, und zu keinem Gespräch bereit. Nicht über den Tauschring, nicht über Sinnfragen, nicht über sich und nicht über mich.

Dann habe ich mich »geoutet«, das heißt, ich habe etlichen Stellen hier, in Bonn und in Nürnberg erzählt, wie ich lebe und wie ich versuche, die beiden Sachen in Einklang zu bringen, also die ABM doch irgendwie weiterzuführen, die Arbeit für den Tauschring weiterzumachen, einigermaßen gut zu leben und finanziell über die Runden zu kommen. Das habe ich alles weiter erzählt.

Daraufhin ging die Post ab. Anstatt meine Schreiben als Anlaß zu nehmen, mit mir zu reden und darüber nachzudenken, wie man dieses eher private Experiment für andere nutzbar machen könnte, war schnell das Arbeitsamt vor Ort rückinformiert und ich hatte hier eine Kontrollkommission im Hause, die sich meine gesamten Listen hat geben lassen, die Listen über meine Talente-Einkünfte. Bei zirka 350 bis zu 700 Talenten pro Monat in den zurückliegenden Jahren kam einiges zusammen.

Nun habe ich eine Zahlungsaufforderuung über zirka 2.000 DM erhalten, die ich bis Ende Juni 1998 begleichen muß. Inzwischen ist eine Ratenzahlung vereinbart.

Wichtig zu bemerken wäre noch: Alles ist korrekt gelaufen. Ich will also nicht dazu beitragen, alte Feidbilder zu kultivieren, sondern zum Ausdruck bringen, daß wir in Verhältnissen leben, die auch bei gutem Willen kaum Gerechtigkeit zulassen. Die Leute von der Kontrollkommission haben wahrscheinlich einen riesigen Anpfiff erhalten von den übergeordneten Stellen, waren vielleicht sogar sauer auf mich, weil ich sie ja mit benachteiligt habe (Dienst nicht korrekt erfüllt), und sie haben ihre Pflicht getan, tun müssen. So richtig fies waren sie noch nicht einmal: Sie haben zum Beispiel darüber hinweggehört, daß ich für einige meiner Vorträge, die ich bundesweit gehalten habe, Honorare erhalten habe, die ich wieder in meine Tauschring-Arbeit investiert habe: Telefonkosten, Briefmarken, Fahrtkosten zu anderen Veranstaltungen, für die ich nichts bekommen habe. Alles Geld, das mir auch abgezogen werden müßte. Soweit es geht, habe ich auch die Belege alle aufgehoben.

Im Prinzip kommt das Verfahren der von Folter gleich. Erst wird nicht mehr gezahlt oder interessante Projekte werden einfach nicht ausreichend finanziert oder man muß sich mit 1.000 Fördertöpfen auskennen um das zu machen, das heißt es wird Druck gemacht. Wenn man dann dieser Demütigung und Form von Gewalt zu entgehen sucht und sich selber helfen will und mit Eigeninitiative ein Projekt, was man mitaufgebaut hat, weiterleben lassen will, dann wird eben ganz nach Gesetz dazwischen geschlagen. Alte Werte taugen nichts, neue sind verboten.

Gesetze sind unmenschlich. Das konnte ich wieder erfahren. Klar könnte ich mir irgendwo einen Job suchen und Geld verdienen und später das Projekt hier weitermachen. Nur dann habe ich wiederum die Spaltung. Dann passe ich mich wieder an, mache mit im System, akzeptiere stillschweigend, daß es für die Arbeiten, die mir Spaß machen und die ich für sinnvoll halte, eben kein Geld gibt, daß ich die Selbstausbeutung, die aller Orten gang und gebe ist, weiterhin als Gnade betrachten darf, mehr noch, daß ich auch daran noch gehindert werde.

Trotz des Arbeitsbedarfes, den ich sehe und dem ich mich widmen will, muß oder müßte ich mich anderen Sachen zuwenden, die mich anöden und die mich krank machen, dem Marktbedarf nach Leere ohne Sinn und Inhalt entsprechend. All das interessiert bei den Behörden nicht und wird selbst auf Anfrage hartnäckig ignoriert. Gewalt aus Hilflosigkeit. **Dabei liegt es auf der Hand, daß man den Menschen in Zukunft wird Geld schenken müssen, damit sie all die automatisch hergestellten Sachen, zu deren Produktion sie überflüssig geworden sind, überhaupt noch werden kaufen können.**

Wir brauchen andere Arbeitsformen. Wir müssen irgendwie von den Autos runter und von vielen andern Drogen auch. Doch so wie mir in DDR-Zeiten direkt und mittels Angsteinjagen von der Stasi verboten wurde, mich mit Pfarrern zu treffen (das ist wirklich wahr!!), wird mir heute indirekt verboten, so zu leben, wie ich will. Schöne Freiheit! Wehe dem, der sie auch auszufüllen vermag. In Deutschland wohlgemerkt, andere Länder sind ja da schon viel weiter.

Hinzu kommt für mich noch ein weiteres Problem: Da ich hier mit meiner Art zu leben nicht alleine bin, sondern das alles in und mit Unterstützung eines Vereins betreibe, gefährde ich auch das Bestehen dieses Vereins. Wie ich vorwurfsvoll vernommen habe, könnten uns jetzt unter Umständen wegen Mißbrauchsverdachts keine ABM-Stellen mehr bewilligt werden.

So ist die absurde Situation die, daß ich mit der Öffentlichmachung dieses Sachverhaltes hier auch meine Kollegen und das Weiterbestehen eines einmaligen Projektes gefährde, in das zehn Leute zehn Jahre lang einen großen Teil ihrer Kraft investiert haben, da in den Behörden vor Ort eine Mehrheit von Leuten sitzt, die sich offenbar nicht gestatten dürfen, jenseits alter Dogmen zwischen Marktanbetung und Globalisierungsangst vorhandene Alternativen des wirtschaftlichen Miteinanders zur Kenntnis zu nehmen oder gar darüber nachzudenken.

Soziale Projekte als zumeist nicht gewinnorientierte Betriebe stehen vor dem Dilemma, mit nötigen, umfangreicheren wirtschaftlichen Eigenaktivitäten ihre Gemeinnützigkeit und damit ihre Förderungswürdigkeit aufs Spiel zu setzen. Daß stärkere wirtschaftliche Eigenständigkeit dagegen in vielen Fällen auch im Interesse der Gemeinschaft im engeren wie im weiteren Sinne wäre, darf offenbar nur im Geheimen gedacht werden. So, denke ich, kann es einfach nicht weitergehen.

Meine Idee, diesem Zustand zu entkommen wäre folgende: Alle Tauschkreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz, bieten Arbeit in Talenten an, gegen Talente, die dann bei anderen Tauschkreismitgliedern in DM umgetauscht werden können, Tauschkreismitglieder, die viel Geld, aber keine Zeit haben sich an dem Tausch zu beteiligen zum Beispiel. Das gäbe Menschen wie mir die Möglichkeit, den Tausch zu fördern und dem »Jobben« zu entgehen und würde für andere ähnlich Betroffene eine Möglichkeit der Versicherung darstellen, bis das Problem auf politischer Ebene gelöst ist.●

Richard

Wer dem Betroffenen dieses Briefes schreiben möchte, richte bitte sein Schreiben mit dem Stichwort »Richard« an die Redaktion.

EU UND USA EINIGEN SICH AUF EIN »KLEINES MAI«

Mayday – die Zweite

Das von einigen schon totgesagte Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) ist am 18. Mai 1998 nach einer Metamorphose in neuer Hülle wieder auferstanden.

von Melanie Quandt ● Kaum waren die OECD-Verhandlungen im April – auch aufgrund massiver Proteste von NGOs – für sechs Monate auf Eis gelegt worden, kungelten EU-Kommission und USA im Rahmen ihrer Verhandlungen über die US-Sanktionsgesetze gegen Cuba, Iran und Libyen in aller Stille eine bilaterale Übereinkunft über Investitionsschutz aus, die bereits vor Inkrafttreten des MAI gelten soll. Wesentliche Teile dieser Übereinkunft sollen nach dem erkärten Willen der USA und der EU in das MAI übernommen werden – darunter die problematischen Bestimmungen zu »illegaler« Enteignung und Entschädigung aus dem Helms-Burton-Gesetz gegen Cuba. Auch für den Fall, daß das MAI nicht zustande kommt, haben die Unterhändler vorgesorgt: Die »Investitionsdisziplinen« sollen später in ein sogenanntes »Free standing agreement« umgewandelt werden, das – wie der große Bruder MAI – auch Drittstaaten offenstehen soll. Bei Parlamenten und Regierungen sollten jetzt weltweit die Alarmglocken Sturm läuten, denn das gerade von EU und USA immerzu beschworene multilaterale Handelssystem wird durch solche Nebenabsprachen, die erst zwischen zwei Triadenmächten ausbaldowert und dann auf den Rest der Welt ausgeweitet werden sollen, zur Farce.

EU-Handelskommissar Sir Leon Brittan ist weit auf seinem neoliberalen Pfad vorangeprescht und hat im Namen der EU Verpflichtungen unterschrieben, ohne ein entsprechendes Verhandlungsmandat dafür zu besitzen. Dafür erntete er zwar Kritik vom belgischen Außemminister Erik Derycke, doch mußte der Minister vor dem Außenwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments eingestehen, daß eine Ratifizierung der Übereinkunft durch die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten mit nichten vorgesehen ist. Jetzt muß nur noch der US-Kongreß zustimmen. Tritt diese Übereinkunft in Kraft, werden Gesetze wie Helms-Burton in Zukunft überflüssig, da ihre politischen Forderungen bereits erfüllt wären.

Was steht in dieser Investitionsübereinkunft? Die Enteignungs- und Entschädigungsprinzipien des MAI, die von NGOs massiv kritisiert worden sind, weil sie es Firmen erlauben würden, beispielsweise wegen neuer Umweltauflagen auf »entgangene Profite« zu klagen, werden in der bilateralen Übereinkunft bekräftigt. »Sofortige, adäquate und effektive Entschädigung« soll dann bezahlt werden, wenn eine Enteignung als »illegal« angesehen werden kann. Das ist alledings dann Definitionssache. Als Abschreckungsmaßnahme für Firmen, die partout dennoch auf Cuba investieren wollen, soll ein Register für diejenigen »schwarzen Schafe« eingeführt werden, die sich im Zusammenhang mit enteigneten US-Besitztümern betätigen. Dieses Register kann dann wunderbar als Druckmittel – präventiv – eingesetzt werden, weil die Berechtigung der Anschuldigung gegen ein Unternehmen für die Aufnahme in die »schwarze Liste« nicht nachgewiesen werden muß. Diejenigen Firmen, die auf der Liste landen, sollen zur Strafe von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden, keinerlei staatliche Subventionen, steuerliche Vergünstigungen oder andere Anreize erhalten und ihre Interessen dürfen weder von der Botschaft ihres Landes noch von anderen Behörden vertreten werden. Außerdem wollen EU und USA die internationalen Finanzinstitutionen dazu drängen, in ihren Programmen auf die »Schaffung eines günstigen Investitionsklimas« hinzuwirken.

Bis zu diesem 18. Mai hatte sich die EU-Kommission halbherzig gegen die Zumutung der unilateralen Sanktionspraxis der USA gewehrt, wie sie in den Gesetzen wie dem »Helms-Burton« oder dem »Iran-Libya Sanctions Act« zum Ausdruck kommt und diese als Einmischung verurteilt. Das europäische Parlament kritisierte in mehreren Resolutionen sowohl die extraterritoriale Gesetzgebung der USA als auch das MAI. Sogar ein Schiedsverfahren bei der Welthandelsorganisation strengten die Europäer in Sachen »Helms-Burton« gegen die USA an – das allerdings zugunsten von bilateralen Kompromißverhandlungen ausgesetzt wurde. Durch die Übereinkunft vom 18. Mai ist die Aussage Sir Leons, die EU werde »niemals dieses Damoklesschwert« über ihre Außenhandelspolitik akzeptieren, Lügen gestraft worden.

Stuart Eizenstat, US-Unterstaatssekretär für Handelsfragen, war natürlich hochzufrieden: »Die Übereinkunft schafft zum ersten Mal multilaterale Regeln zwischen den größten kapitalexprtierenden Staaten zur Verhinderung von Investitionen in illegal enteigneten Besitztümern. Die Europäer haben eingestanden, daß Castros Enteignungen von US-Eigentum »dem internatinalen Recht zu widersprechen scheinen«. Diese Schlußfolgerung stellt das erste kollektive Eingeständnis dieser Art von Seiten der Europäer seit der Cubanischen Revolution dar.«

Übrigens ist die Gewährung einer Ausnahmegenehmigung (Waiver) von der Anwendung des »Helms-Burton-Gesetzes« auf europäische Unternehmen an das »Wohlverhalten« der EU-Regierungen gebunden und kann jederzeit widerrufen werden. Abgesehen davon ist das wage Waiver-Versprechen der US-Regierung für die Kapitel III und IV des »Helms-Burton-Gesetzes« bis jetzt noch nicht einmal mit dem US-Kongreß abgestimmt (Kap. III gibt Us-Bürgern das Recht, ausländische Firmen zu verklagen, die mit ihren enteigneten Besitztümern Geschäfte machen, Kap. IV sorgt dafür, daß die leitenden Angestellten solcher Firmen von Geschäften in den USA ausgeschlossen werden). Ganz nebenbei hat die EU – nolens volens? – die politische Grundaussage des »Helms-Burton-Gesetzes« akzeptiert. Die wenig diskutierten Bestimmungen der Kapitel I und II sagen nämlich ausdrücklich aus, daß Fidel Castro und sein Bruder Raul als »Hindernisse der US-Interessen« aus dem Weg geräumt werden sollen – zugunsten einer neuen Regierung, die den US-Interessen gegenüber ein offenes Ohr haben sollte.

Wie schon bei den MAI-Verhandlungen in Paris ist die Öffentlichkeit nicht ausreichend über diesen faulen Kompromiß informiert – geschweige denn konsultiert – worden. Außerdem: Hatten sich die 29 OECD-Mitgliedsstaaten nicht eigentlich verpflichtet, während der sechs Monate Verhandlungspause keine Geheimverhandlungen über Investitionen zu führen? Parlamente und Zivilgesellschaft der EU-Mitgliedsstaaten sollten diesen neuen Versuch, das MAI quasi durch die Hintertür und an den demokratischen Kontrollinstanzen vorbei einzuführen, nicht ohne Protest hinnehmen.●

INFORMATIONEN

Komitee Widerstand gegen das M.A.I
c/o Prof. Dr. Maria Mies
Blumenstr. 9, D-50670 Köln
☎(02 21) 13 52 49, Fax 139 17 37

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung
Bertha-von-Suttner-Platz 13
D-53111 Bonn
☎(02 28) 76 61 30, Fax 69 64 70
http://www.weedbonn.org

M.A.I.-Plenum Berlin
http://www.hu-berlin.de/studies/referat/MAI

PGA – People's Global Action
http://www.agp.org

Kanadische M.A.I.-Bürgerinititiave
http://maiflora.org

Friends of the Earth
http://www.foe.org

UNEP – United Nations Environment Program
http://unep.org

OECD
http://oecd.org

Der Münchner Kommunikationsberater Siegfried Schiemann hat ein Straßentheaterstück zum Thema konzipiert. Der Text ist auch brauchbar für ein Video oder integrierbar in ein Kabarettstück. Die Drehbuchfassung vom »M.A.I.-Info-Theater '98« ist zu beziehen über Sigi Schiemann, Franziskanerstr. 16/1302, D-81669 München, Tel. (0 89) 448 32 79, Fax 17 35 43

Anzeige

Neuerscheinung!
Agenda. Expo. Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz
Geld regiert den Umweltschutz! Das Buch zeigt den Filz zwischen Staat, Wirtschaft und Umweltverbänden, den Einfluß rechter und esoterischer Kreise sowie Mängel in Strukturen und Strategien der Umweltbewegung.
Autor: Jörg Bergstedt ISBN: 3-88939-615-5 39,80 DM IKO-Verlag

Bestelladresse: Büchertisch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.
Nähere Infos einschl. ReferentInnenliste gegen 1,10 DM in Briefmarken.

Weitere Bücher erhältlich:
Nachhaltige Weltbilder
Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte. 189 S., 7 DM.

Ö-Punkte 1/98
Aktuelle Ausgabe des Umwelt-Infodienstes mit Schwerpunkt zur Agenda 21. 64 S., 5 DM.

Graue Seiten
Kommentiere Umweltadressenliste. 56 S., 4 DM.

Aktionsmappe Umwelt
Tips für Basis-Umweltgruppen. A4-Ordner mit 280 S., 20 DM.

M.A.I. MACHT'S MÖGLICH:

»Die Würde des Profits ist unantastbar!«

Seit 1995 verhandeln die OECD-Staaten (der Club der 29 reichsten Industrienationen) unter strengster Geheimhaltung das »Multilaterale Abkommen über Investitionen« (M.A.I.). Daß die Geheimverhandlungen Ende 1997 ans Licht kamen, ist vor allem dem Kanadier Tony Clarke zu verdanken.

Das Abkommen soll Investoren weltweit Sicherheit vor »Enteignung« und »Diskriminierung« gegenüber einheimischen Produzenten bieten. Das M.A.I. verpflichtet die unterzeichnenden Staaten dazu, ihre heimischen Märkte jedem Investitionswilligen zu öffnen und jegliche Investitionshemmnisse (z.B. Arbeits- und Umweltschutzgesetze, Förderung einheimischer Betriebe, Tarifverträge, Streiks u.s.w.) in allen Bereichen (Kultur, Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen) abzubauen bzw. zu unterbinden.

Investoren werden durch das Abkommen juristisch Nationalstaaten gleichgestellt. Die Investoren können die Vertragsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn diese ihrer Verpflichtung, Investitionshemmnisse abzubauen bzw. zu unterbinden nicht nachkommen und die Investoren dadurch Gewinneinbußen zu befürchten haben.

Aktuelles Beispiel:

Im Rahmen des NAFTA-Vertrages wurde der kanadische Staat vom US-Konzern Ethyl Corporation auf Schadensersatz in Höhe von 250 Mio. $ verklagt, weil dieser ein Verbot zur Beimischung einer toxischen Substanz in Benzin erlassen hatte.

Ist das Abkommen einmal unterzeichnet, so gilt es mindestens 20 Jahre lang, auch wenn ein Staat vorher aussteigen möchte.

Die Bundesregierung verspricht sich von dem Abkommen die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Aber was werden das für Arbeitsplätze sein?

Akutelles Beispiel:

Im Emscher-Lippe-Gebiet wird derzeit eine Sonderwirtschaftszone mit dem schönen Namen »New Park« zur Anwerbung ausländischer Investoren errichtet. Diese Sonderwirtschaftszone hat exkommunalen Status, d.h. die sich ansiedelnden Unternehmen sind von der Gewerbe- und Grundsteuer sowie von den kommunalen Gebühren für Ver- und Entsorgungsleistungen befreit. Für »New Park« wird ein neuer Tarifvertrag ausgehandelt, der die Einführung »flexibler Arbeitsgestaltung« und »variabler Lohnformen« ermöglichen soll.

Die Bundesregierung forciert maßgeblich den Abschluß des M.A.I. und informiert den Bundestag, der das Abkommen ratifizieren soll und die Öffentlichkeit kaum. O-Ton Dr. Zimmer aus dem Bundeswirtschaftsministerium: »Es ist legitim, den normalen Bürger nicht zu fragen, unter welchen Rahmenbedingungen ein Unternehmen im Ausland investieren kann.«

Die Unterzeichnung des Abkommens schränkt die demokratischen, politischen Gestaltungsrechte und -möglichkeiten der BürgerInnen und Parlamente auf kommunaler, Landes- und Bundesebene massiv ein und macht Volksabstimmungen, wie beispielsweise in Bayern nahezu unmöglich.●

Flugblatt von: Mitfrau Feministische Partei DIE FRAUEN

DAS M.A.I.:

Globalisierung wird gemacht

EinsteigerInnen-Seminar zur Entwicklungspolitik, Neoliberalismus und Welthandel am 3./4.10.98 in Bielefeld

JungdemokratInnen/Junge Linke ● Das M.A.I. (Multilateral Agreement Investments) wurde jahrelang hinter verschlossenen Türen von den führenden Industriestaaten verhandelt. Es beinhaltet u.a., daß transnationale Konzerne Mitgliedsländer verklagen können, wenn sie durch steuer-, arbeits- oder umweltschutzrechtliche Bestimmungen ihre mit Hoffnung auf Gewinn getätigten Investitionen gefährdet sehen. Umgekehrt haben Staaten jedoch nicht das Recht, die transnationalen Konzerne zu verklagen, wenn ihnen große Schäden entsstehen (wenn zum Beispiel durch Brandrodung »versehentlich« riesige Waldflächen vernichtet werden).

Nationalstaaten sollen überhaupt keinen Einfluß darauf haben, wer unter welchen Bedingungen investiert. Damit können die Konzerne die letzte Instanz ausschalten, die zur Zeit noch in gewissem Umfang eine demokratisch legitimierte Kontrolle der Konzernstrategien versuchen kann.

Trotz der verheerenden Folgen für die Souveränität von Staaten gegenüber der Wirtschaft und der weiteren Einschränkung von Grund- und Freiheitsrechten (die sind schließlich von den transnationalen Konzernen nicht einklagbar), gab es bisher fast keine öffentliche Debatte. In diesem Seminar soll es daher zunächst darum gehen, was das M.A.I. überhaupt genau ist, wer darüber verhandelt, und wer überhaupt auf solche bescheuerten Ideen kommt. Wir wollen uns aber auch damit beschäftigen, welche Konsequenzen das M.A.I. für Entwicklungsländer hat, und über welche Mechanismen und Institutionen sie jetzt schon in Abhängigkeit von den Industriestaaten gehalten werden.

Aber das Seminar wäre selbstverständlich kein JungdemokratInnenseminar, wenn wir uns nicht angucken würden, was es an Gegenbewegungen, -strategien und -konzepten gibt und wie sinnvoll die sind.●

Weitere Informationen und Anmeldung über: Ludwig Quidde Forum, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal, Tel. (02 02) 45 50 54.

Anzeige

Politische Ökologie

Politische Ökologie
Nr. 55

Gratwanderung
Zwischen Autarkie und Globalisierung: Die Alpen als Vorreiter für regionales Wirtschaften

Über Nachhaltiges Wirtschaften wurde schon viel Grundsätzliches diskutiert. Konzepte und Absichtserklärungen liegen vor, aber nur wenige konkrete und überzeugende Beispiele. Wäre da nicht eine Region, in der früher und zahlreicher als andernorts eine Vielfalt von Initiativen entstanden ist: die Alpen.
Unser durch Skibrille oder Sonnengläser getrübter Blick hat diese Region lange in eine touristische Sonderrolle gedrängt. Dabei stehen die Alpen - wenn auch zum Teil verschärft und damit sichtbarer – vor denselben Problemen und Herausforderungen wie andere Regionen in Europa und Deutschland. Und sie besitzen einen Erfahrungsschatz, den zu bergen sich für viele außeralpine Initiativen mehr als lohnen würde. Begeben Sie sich auf die Schatzsuche.

ausführliche Inhaltsangaben aller Ausgaben finden Sie auch auf unserer Internetseite:
http://www.umwelt.de/magazin/poe

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0;
Fax: 089/544 184-99
http: //www.umwelt.de/magazin/poe
YCO

ERGEBNISSE EINER EXPERTISE

Existenzsicherung von Sozialhilfeempfängern durch Genossenschaftsgründungen mit Hilfe eines Kombi-Lohnansatzes

Eignet sich die genossenschaftliche Rechtsform, um Sozialhilfeempfängern zu helfen, als Gruppe eine gemeinsame wirtschaftliche Existenz aufzubauen? Das Ergebnis einer Expertise, die dies im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW untersucht, wird nachfolgend zusammenfassend dargestellt.

von Burghard Flieger, Red. Genossenschaft ● Die Genossenschaft als Rechtsform stellt im rein juristischen Vergleich für die unternehmerische Selbsthilfe einer größeren Zahl gleichberechtigter Sozialhilfeempfänger bei Betrachtung der üblichen Kriterien den geeignetsten Rahmen zur Verfügung. Keine Unternehmensform weist so wenige Unternehmenszusammenbrüche bzw. Konkurse auf wie die Genossenschaft. Erklären läßt sich dies damit, daß die Genossenschaft eine behütete Rechtsform ist: Jedes genossenschaftliche Unternehmen muß Mitglied eines Revisionsverbandes sein, der eine Gründungsprüfung und in regelmäßigem ein- oder zweijährigen Abstand weitere Prüfungen durchführt. Wichtigstes Ziel ist, eine Gefährdung der Belange der Mitglieder, der Kunden und Gläubiger zu vermeiden. Die Prüfung dient als Ausgleich für das nicht vorgeschriebene feste Eigenkapital und die Laienökonomie. Insofern können auch Mitglieder, die aus zeitlichen oder aufgrund fehlender wirtschaftlicher Kenntnisse selbst nicht in der Lage sind, die Aktivitäten der Geschäftsführung zu überprüfen, sicher sein, daß mit ihren Einlagen verantwortlich umgegangen wird. Ergänzt wird dieser Vorteil durch eine demokratische Entscheidungsstruktur, Haftungsbegrenzung und die gesetzlich verankerte Aufgabe, die Mitglieder zu fördern.

Gemeinsam mehr erreichen

Der historische Rückblick und die Betrachtung verschiedener ausländischer Beispiele verdeutlicht, daß durch Genossenschaften viel für die wirtschaftliche Besserstellung ökonomisch und sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen erreicht wurde. Der dahinterstehende Grundgedanke und die Erfahrungen damit sind immer wieder ähnlich: Vereinzelt sind die betreffenden Personen überfordert, ihre Lage zu verbessern. Organisieren sie sich, realisieren sie wirtschaftliche Erfolge, die ihnen kaum einer zugetraut hätte. In diesem Zusammenhang sei auf die Metapher vom Stab und vom Bündel verwiesen: Ein Stab läßt sich leicht brechen, ein Bündel an Stäben erweist sich als sehr stabil.

Das Interesse von Genossenschaftsmitgliedern, insbesondere von Produktivgenossenschaften, an regional gebundenen Arbeitsplätzen ist erheblich langfristiger als das von Investoren. Insofern eignen sich Kooperativen mehr als alle anderen Unternehmensformen für die Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte und regionaler Beschäftigungsprogramme.

Hilfe zur Selbsthilfe erforderlich

Bei einem Teil bisheriger Genossenschaftsgründungen, deren überwiegende Zahl der Mitglieder sozial Benachteiligte sind, ging die Initiative jedoch von Promotoren aus. Diese waren sozial engagierte Personen aus dem städtischen und ländlichen Mittelstand. Zusätzlich wurden solche Gründungen von außen mit Geldern stabilisiert. Formulierungen wie »Hilfe zur Selbsthilfe« oder »gestützte Selbsthilfe« veranschaulichen dies. Außerdem gilt es zu bedenken, daß nicht jede soziale Gruppe in gleicher Weise in der Lage ist, das Instrument der Genossenschaften erfolgreich zu nutzen. Diese Erfahrungen werden mit dem Begriff der Genossenschaftsfähigkeit umschrieben.

Bei Genossenschaftsgründungen mittels Kombi-Lohn durch Sozialhilfeempfänger kann von Existenzsicherungsgenossenschaften gesprochen werden. Bei der Zielgruppe eines solchen Ansatzes liegt bisher wenig Information darüber vor, ob sie über die angedeutete Genossenschaftsfähigkeit – Erwerbsbetrieb und monetäres Mindesteinkommen – verfügt. Außerdem zeigen Beispiele verschiedener Arten qualifizierter Dienstleistungsgenossenschaften, daß weitere Faktoren hinzukommen müssen, damit eine ausreichend hohe Organisationsfähigkeit besteht. Dies können unter anderem gemeinsame berufliche Interessen oder ähnliche soziale Interaktionsmuster der Mitglieder sein.

Chancen nur bei Eigenmotivation

Eine Identifikation von Sozialhilfeempfängern mit ihrer Rolle besteht in den meisten Fällen vermutlich nicht. Ihre starke Differenzierung schließt jedoch eine genossenschaftliche Organisationsfähigkeit nicht grundsätzlich aus. Ausschlaggebend wird sein, ob es unter den arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern einen nennenswerten Anteil von Personen mit der Motivation gibt, sich durch eigene Arbeit, gleichgültig welcher Art, auf Dauer von staatlichen Transferleistungen unabhängig zu machen. Diese oder eine vergleichbare Motivation ist erforderlich, um mit anderen eine Existenzgründung zu wagen und dafür geeignete Strukturen zu entwickeln.

Auch wenn der Vorteil des Kombi-Lohns einen besonderen Anreiz bietet, dürfte das Entstehen von Existenzsicherungsgenossenschaften ausschließlich durch Selbsthilfe eher die Ausnahme bleiben. Zusätzliche Hilfe zur Selbsthilfe wird für eine stärkere Verbreitung der Genossenschaftsidee bei dieser Zielgruppe notwendig sein. Zudem ist nicht nur eine regionale, sondern möglichst eine kommunale Verortung erforderlich, wie die skizzierten Erfahrungen der Ortsgenossenschaften zeigen. Dies ergibt sich auch aus dem vorgesehenen Tätigkeitsfeld: Dienstleistungen mit geringem Anforderungsprofil.

Produktiv- oder fördergenossenschaftliche Struktur?

Zu unterscheiden sind Förder- und Produktivgenossenschaften. Fördergenossenschaften unterstützen ihre Mitgliedswirtschaften oder Haushalte unter Wahrung, Erhaltung oder gar Stärkung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit. Sie übernehmen für diese eine Hilfsfunktion. In Abgrenzung dazu sind Produktivgenossenschaften Vollgenossenschaften zur Verwertung der Arbeitskraft ihrer Mitglieder. Diese betreiben kein selbständiges Gewerbe neben der Genossenschaft. Das heißt, die Mitglieder bauen auf einer Produktivgenossenschaft ihre gesamte wirtschaftliche Existenz auf. Die Träger der Genossenschaft sind gleichzeitig ihre eigenen Arbeitnehmer.

Produktivgenossenschaften bieten den Vorzug, daß Mitglieder, die in der Genossenschaft arbeiten, bedingt durch Arbeits- und Sozialrecht, den Status des Arbeitnehmers erhalten. Sie sind grundsätzlich sozialversicherungspflichtig, werden in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen und unterliegen dem Arbeitsrecht mit seinen Schutzbestimmungen (Kündigungsschutz, Arbeitszeitbegrenzung, Urlaubsansprüche, Mutterschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall).

Verwertung der Arbeitskraft als Einstieg

Eine Art Zwitterfunktion zwischen beiden Genossenschaftsarten nehmen die Arbeitsgenossenschaften ein. Faktisch ist die Arbeitsgenossenschaft eine Fördergenossenschaft, in der die Mitglieder keinen eigenen Betrieb haben, sondern ihre Arbeitskraft als Selbständige über den gemeinsamen Betrieb verwerten.

Ziel eines Kombi-Lohnmodells in der Form der Genossenschaft ist die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze. Werden diese über die Arbeitsgenossenschaft organisiert, bekommt diese faktisch produktivgenossenschaftlichen Charakter, indem es letztlich um die Verwertung der Arbeitskraft und die Sicherung der gesamten wirtschaftlichen Existenz geht. Wird die produktivgenossenschaftliche Form gewählt, verhält es sich für einen Teil der Mitglieder auch umgekehrt: Einige werden die Arbeit auch im Falle eines Vollzeitarbeitsvertrags nur als Übergangsstadium für die Beschäftigung in anderen Unternehmen sehen. Für sie persönlich hat dann die Genossenschaft hilfswirtschaftliche Funktion trotz real anderer Ausgestaltung. Insofern sollte der Diskussion Förder-oder Produktivgenossenschaft kein zu hoher Stellenwert gegeben werden.

In zeitlicher Perspektive dürfte die Verknüpfung beider Genossenschaftsformen, der Förder- und der Produktivgenossenschaft, die richtige Vorgehensweise sein. Zu Beginn, beispielsweise auf zwei bis drei Jahre begrenzt, können die Mitglieder als Selbständige flexibel nach Arbeitsanfall für die Genossenschaft arbeiten, bezahlt nach den geleisteten Stunden. Nach Ablauf dieser Zeit soll ein eigenständiges, sich ohne Transferzahlungen tragendes Tätigkeitsfeld für jedes Genossenschaftsmitglied vorhanden sein. Ist dies nicht gelungen, fällt für das betreffende Mitglied die Möglichkeit weg, ein Kombi-Einkommen zu beziehen. Als Mitunternehmer kann es über seine Einflußmöglichkeiten kontrollieren, was für die Entwicklung seines Dauerarbeitsplatzes getan wurde.

Begrenzung des Förderzeitraums

Ähnliches gilt mit längeren Laufzeiten für die Genossenschaft als Ganzes. Orientierungsrahmen kann die Dauer von fünf Jahren sein, die neu gegründete Unternehmen im Durchschnitt benötigen, um wirtschaftlich stabil zu werden. Eine Existenzsicherungsgenossenschaft darf dann grundsätzlich nicht länger als fünf Jahre Mitglieder (auch keine Nichtmitglieder) beschäftigen, die gleichzeitig Transferleistungen beziehen. Zumindest sollte nach Ablauf dieser Zeit, eine Obergrenze für die Anzahl der Kombi-Lohnempfänger festgelegt sein, beispielsweise auf 20% der Beschäftigten.

Das bedeutet, eine Existenzsicherungsgenossenschaft startet als Arbeits- bzw. Fördergenossenschaften mit dem Ziel, sich zur Produktivgenossenschaft zu entwickeln. Gelingt ihr dies nicht, verliert sie als Unternehmen das »Privileg«, überwiegend Sozialhilfeempfänger mit den besonderen Möglichkeiten des Kombi-Lohns zu beschäftigen. Ob eine solche Kopplung personenbezogener und unternehmensbezogener Kriterien für die Zuwendungen des Kombi-Lohns praktikabel ist, gilt es noch genauer zu überprüfen.

Häufiger Mitgliederwechsel gefährdet die Stabilität

Eine Existenzsicherungsgenossenschaft kann durch ihr Tätigkeitsfeld – Dienstleistungen ohne Qualifikationsanforderungen – auf Dauer keine interessanten Arbeitsmöglichkeiten und guten Verdienstchancen bieten. Mitglieder, die über entsprechende Ambitionen und Fähigkeiten

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

verfügen, werden die Genossenschaft mittelfristig wieder verlassen. Das sind gerade diejenigen, auf deren Mitarbeit das Unternehmen angewiesen ist, um eine gute Marktposition zu erreichen. Eine solche Durchlauffunktion kann für den einzelnen sinnvoll sein. Für die Stabilisierung der Genossenschaft ergeben sich aber, wenn nur die bleiben, die anderweitig keine Chancen am Arbeitsmarkt haben, begrenzte Perspektiven.

Skizzierte Beispiele wie die Bauproduktivgenossenschaften oder der Genossenschaftsverbund von Mondragón (Baskenland) veranschaulichen, daß beachtliche Leistungen durch Genossenschaften aus eigener Kraft möglich sind. Diese Erfahrungen lassen sich aber auf Existenzsicherungsgenossenschaften nicht einfach übertragen. Dort besteht die Notwendigkeit, von außen angestoßene institutionelle Lösungen zu finden für die Aufgaben: Motivieren, Finanzieren, Qualifizieren und Stabilisieren. Nur wenn hierfür Angebote existieren, läßt sich eine größere Verbreitung von Existenzsicherungsgenossenschaften erreichen.

Zusammenarbeit mit Promotorengruppen

Zum Motivieren ist ein sozialer Kontext erforderlich, der in vielen Fällen auf eine gemeinsame Weltanschauung oder akzeptierte Promotoren zurückgreift. Inwieweit ein solcher organisationsfähiger Kontext bei Sozialhilfeempfängern besteht, läßt sich schwer einschätzen. Denkbar ist es, dies im Zusammenhang mit den verschiedensten Organisationen der genannten Zielgruppe zu überprüfen, beispielsweise der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, der Arbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut oder ähnlichen Initiativen. Eventuell könnten auch Wohlfahrtsorganisationen aufgrund der Zuspitzung auf Sozialhilfeempfänger eine Rolle bei der Motivation zur Gruppen-existenzgründung übernehmen.

Die Organisationsfähigkeit dieser Gruppen und Institutionen wird nicht die Tragfähigkeit anderer Genossenschaftsbewegungen erreichen. Insofern sind zusätzlich gezielte Anreize erforderlich, soll auf Genossenschaften als arbeitsmarktpolitisches Instrument zurückgegriffen werden. Ist die Gründung erst einmal erfolgt, erhöht das Gruppenprinzip die Wahrscheinlichkeit einer größeren Beschäftigungswirkung als bei der Gründung von Einzelexistenzen sowie die Chance auf weniger Mitnahmeeffekte und Subventionsumleitungen als bei Anreizen an herkömmliche Unternehmen.

Neben dem Motivieren wäre eine Form der Finanzierung durch die Einbindung von Transferzahlungen bereits angelegt. Für die kurzfristige Nutzung von Arbeitskraft könnte dies ausreichen. Um langfristige Arbeitsplätze aufzubauen, ist aber Eigenkapital für die Unternehmensentwicklung und -stabilisierung erforderlich. Dies läßt sich eventuell über das Einwerben genossenschaftlicher Fördermitglieder gewinnen.

Sozialisation durch Gruppenprozesse

Die Sozialisation in der Gruppe nimmt bei Genossenschaften einen hohen Stellenwert ein. Bei der Zielgruppe Sozialhilfeempfänger dürfte aber zur Qualifizierung zusätzlich der Einsatz der für Langzeitarbeitslose üblichen arbeitsmarktpolitischen Instrumente erforderlich sein. Selbstbewußtsein, Arbeitsdisziplin, Einbindung in die Gruppe, Durchblick für die genossenschaftlichen Organisations- und Entscheidungsstrukturen, eventuell auch Anlernerfordernisse für die konkreten Dienstleistungstätigkeiten müssen zusätzlich vermittelt werden.

Zur Stabilisierung sollte der Absatzsicherung eine erheblich größere Bedeutung beigemessen werden, als dies bei den bisherigen Diskussionen über eine »Dienstleistungslücke« geschieht. Für Existenzsicherungsgenossenschaften könnte eine Sekundärgenossenschaft zur Auftragsakquisition das richtige organisatorische Instrument darstellen. Sie steht nach dem Anschub unter der Selbstorganisation und Kontrolle der Primärgenossenschaften. Ihre Hauptaufgabe ist es, die einfach strukturierten Primärgenossenschaften mit Aufträgen zu versorgen. Die Sekundärgenossenschaft selbst müßte sich ein eigenständiges Profil am Markt aufbauen, das Merkmale wie »Termintreue« und »Qualität« bei der Auftragsabwicklung über die Primärgenossenschaften umfaßt.

Instrument der Arbeitsmarktpolitik

Die britischen und italienischen Kooperativen sind Beispiele für eine staatlich gestützte Selbsthilfe. Bewußt als Arbeitsmarktinstrument genutzt, steht diesen Genossenschaften ein breites Spektrum an Förderansätzen zur Verfügung. Sie sind an spezielle Auflagen geknüpft, die über die Organisation der Genossenschaft und ihre besondere Ausformung erfüllt werden. Hierzu existieren in Großbritannien spezielle Mustersatzungen, die nachträglich eine rechtliche Kodifizierung erfahren haben. Solche Mustersatzungen, die Bindungen für den Erhalt von Förderungen vorgeben, können auch für Existenzsicherungsgenossenschaften eine geeignete Vorgehensweise sein.

Drei ineinandergreifende konkrete Schritte helfen, die Gründung von Genossenschaften unter Einsatz des Kombi-Einkommens anzustoßen:

1. Entwicklung relativ homogener, zusammenpassender Existenzgründungsgruppen als überschaubare Teilgruppen von Sozialhilfeempfängern vor Ort.
2. Ausarbeitung von Geschäftsideen im Dienstleistungsbereich, die sich ohne besondere Qualifikation umsetzen lassen.
3. Institutionalisierung professioneller Promotoren für die gezielte Entwicklung von Genossenschaften in einer Region.

Ablehnung durch traditionelle Genossenschaftsverbände

Bisher lehnen die traditionellen deutschen Genossenschaftsverbände eine eigenständige Rolle von Genossenschaften bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ab. Sie vertreten in Deutschland vor allem Interessen des Mittelstandes. Anschubfinanzierungen speziell für Arbeitnehmerkooperativen werden von ihnen abgelehnt.

Den bundesweiten Genossenschaftsverbänden einschließlich der regionalen Prüfverbände des DGRV kommt aber für das reflektierte Konzept eine wichtige Funktion zu. Neugründungen müssen von ihnen über die Gründungsprüfung als wirtschaftlich solide eingestuft werden, wollen diese als eingetragene Genossenschaften firmieren. Dienstleistungsgenossenschaften mit Sozialhilfeempfängern als Träger sind deshalb in ihrer Realisierung gefährdet, da gegenüber einem solchen Konzept mit hoher Wahrscheinlichkeit Vorbehalte bestehen.

Vorab sollte deshalb ein Klärungsgespräch mit den zuständigen rheinischen (Köln) und westfälischen (Münster) Regionalverbänden geführt werden. Umgehen läßt sich diese Problematik eventuell durch eine Absprache mit zwei in Ostdeutschland arbeitenden überregionalen Prüfverbänden. Sie gehören nicht dem Freien Ausschuß der deutschen Genossenschaftsverbände an und können deshalb nicht auf eine entsprechende Ablehnung verpflichtet werden. ●

Die Expertise kann für 25,– DM plus 4,40 DM Porto bestellt werden bei: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, 79102 Freiburg, Fax: (07 61) 70 90 23

FUNDIS, REALOS, ÖKOPAXE – Wer sind eigentlich die Grünen?

ROTATION, FRAUENQUOTE, SOLIFONDS – Was machen die Grünen anders?

ATOMKRAFT, BUNDESWEHR, ÖKOSTEUER – Was wollen die Grünen erreichen?

MULTIKULTUR, HOMORECHTE, VOLKSBEGEHREN – Wieviel Bewegung brauchen die Grünen?

STREITGESPRÄCHE, DEBATTEN, ANALYSEN, INTERVIEWS, PORTRAITS, DOKUMENTE und das Beste aus der taz.

Das taz-Journal „DIE GRÜNE GEFAHR" gibt's jetzt am Kiosk und im Buchhandel. 104 Seiten zum Preis von 9 DM. Oder vorab bestellen beim taz-Leserservice. Verrechnungsscheck über 12 DM (9 DM plus 3 DM Porto) an den taz-Leserservice, PF 61 02 29, 10923 Berlin schicken. Kennwort „DIE GRÜNE GEFAHR" und Absender nicht vergessen.

die tageszeitung

Umweltschutz und neue Medien

Unter dem Titel »Umweltschutz und neue Medien« hat der Bundesverband der GRÜNEN LIGA innerhalb seiner Informationsreihe eine neue Broschüre herausgebracht. Wer z.B. wissen will, was das World Wide Web ist, was man unter E-Mail versteht, wer Gopher und Veronica sind, wer ftp eventuell für eine Partei hält, aber nochmal prüfen will, ob das Kurzwort nicht doch eher etwas mit neuen Medien zu tun hat, der wird in der Broschüre fündig werden. Neben diesen Begriffserläuterungen enthält das Heft den Erfahrungsbericht der GRÜNEN LIGA zum Einsatz von neuen Medien innerhalb des Umweltverbandes. Das Heft soll für Verbände und interessierte Einzelpersonen eine Entscheidungs- und praktische Einstiegshilfe zum Einsatz neuer Medien bei der (Umwelt-)Arbeit sein. Der umfangreiche Serviceteil enthält detaillierte technische Einstiegshilfen, aber auch Hinweise auf interessante Umwelt- Internetangebote, E-Mail-Adressen von Umweltverbänden, einen Vergleich einiger Angebote von Providern und Online-Diensten u.v.a.m.

Das 68seitige, ansprechend gestaltete und bebilderte DIN-A4-Heft kann zum Preis von 6,50 DM + Porto bei der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA, Friedrichstraße 165, D-10117 Berlin, Tel: (0 30) 204 47 45; Fax: 204 44 68; E-Mail: gl.bgst@ipn-b.comlink.apc.org, bestellt werden.●

dp

Aus: Rundbrief der Grünen Liga e.V., Nr. 6/98

Bremer EVG und radikale Regionalisierung

Christoph Gesang untersucht in *Alternativprojekte zwischen Herrschaftskritik und Nachhaltigkeit* ein ökonomisch-politisches Projekt im Spannungsfeld zweier konträrer gesellschaftspolitischer Debatten. Dieses Projekt ist die Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft (EVG) Bremen, eine der ältesten und größten EVGs in der Bundesrepublik. In ihr sind über 500 städtische VerbraucherInnen und circa 60 landwirtschaftliche ökologische ErzeugerInnen zusammengeschlossen. Die Debatten sind die um die nachhaltige Modernisierung des kapitalistischen Patriarchats, und die radikalen Konzepte der ökofeministischen Susbistenz und der »Abwicklung des Nordens« als Zurückdrängung seiner Herrschaftsmittel und Zugriffsrechte.

Am Anfang seines Buches erzählt Gesang die Entwicklung der Bremer EVG als eines Modells alternativer Stadt-Land-Beziehung und der Stützung bäuerlicher Lebensformen nach. Dem stellt er den Diskurs der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus im Zuge der Nachhaltigkeit gegenüber. Er referiert die Grundannahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses und kritisiert sie gründlich. Im letzten Drittel des Buches analysiert Gesang verschiedene Konzepte von Regionalpolitik und Regionalisierung auch im Hinblick auf das Selbstverständnis und die Praxis der EVG. Abschließend plädiert er – etwas diffus und voluntaristisch – für eine Offenheit der EVG gegenüber radikaleren Ansätzen einer »Gegenmacht von unten«.

Neben einer interessanten Diskussion der blinden Flekken des Konzeptes »nachhaltiger Regionalentwicklung« bietet die Arbeit eine sehr gute zusammenfassende Kritik der Nachhaltigkeit. Durch den Bezug von Gesang auf die Subsistenztheorie (der Gesang anhängt) und die postmodern-antikapitalistische ‚Abwicklung des Nordens' werden auch diese Standpunkte mit ihren der Nachhaltigkeit größtenteils konträr gegenüberstehenden Sichtweisen sehr deutlich. Die wissenschaftliche Vergangenheit des Buches in Form einer Diplomarbeit ist leider noch zu stark zu spüren. Das Buch ist auch für die LeserInnen ein Reiz, die sich ausführlich mit den drei genannten Diskursen befaßt haben. Es ist ein Beitrag zur angesichts der überall euphorisch gefeierten »Wiederentdeckung des Regionalen« dringend notwendigen Auseinandersetzung um jene Regionalisierungsansätze, die sich nicht ökologisch-modernisierend verstehen, sich nicht in die *Glocalisierung* einordnen, sondern vor allem auf Autonomie beharren wollen. Gesang nennt den von ihm umrissenen Vorschlag »subsistenzorientierte herrschaftskritische Regionalisierung«. Sein Text hat ein Übergewicht in der Theorie und in der zu starken Übernahme von Gedanken und Thesen anderer AutorInnen in Zitaten. Dies könnte nur durch aus Praxis gewonnene Erfahrung sozialer Bewegungen und ihrer (internationalen) Vernetzung geändert werden. Diese Praxis gibt es aber leider kaum. Sie zu schaffen und zu ermöglichen, dazu ist das Buch von Gesang ein guter und wichtiger Beitrag.●

Bernd Hüttner

Christoph Gesang: Alternativprojekte zwischen Nachhaltigkeit und Herrschaftskritik. Die Bremer EVG und der Diskurs um die Region. 132 S., 22 DM, Bremen 1998. Verlag Yetipress, Justus-Liebig-Str. 25, D-28357 Bremen. E-mail: yetipress@compuserve.com

Agrarpolitik und regionale Entwicklung

Die AG Ländliche Entwicklung an der Universität Kassel ist schon öfter durch ihre agrar- und regionalpolitischen Positionen positiv aufgefallen. Ihr Ansatz einer Stärkung der noch halbwegs chemie- und kapitalextensiv wirtschaftenden bäuerlichen Landwirtschaft hebt sich von einer Orientierung am ökologischen Landbau als alleinigem Leitbild wohltuend ab. Durch diese Programmatik geraten agrarkulturelle und vor allem soziale Faktoren und Strukturen stärker in den Blick. So ist es auch in der neusten Veröffentlichung der AG.

Im Auftrag des (grünen) Ministeriums für Umwelt, Raumplanung und Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen untersuchte die AG die Situation und agrarstrukturelle Perspektiven in zwei Landkreisen in NRW. Dies ist ein stadtnaher Landkreis (Kreis Unna) und ein Kreis im ländlichen Raum mit einem hohen Anteil landwirtschaftlicher Nutzung (Kreis Höxter). Unter dem Motto »Regionale Lösungen für regionale Probleme« wird die unterschiedliche naturräumliche und agrarstrukturelle Situation berücksichtigt. In der Studie, die in Teilen wohl auch auf andere Regionen übertragbar ist, wird die polarisierte Situation (in) der Landwirtschaft deutlich. Ihr gesellschaftliches Ansehen ist gering, Flächen werden vor allem in Stadtnähe einer anderen Verwendung zugeführt, die Familien sind mit Arbeit überlastet und die Einkommenssituation und damit die Zukunftschancen entwikkeln sich immer weiter auseinander. Letzteres bedeutet konkret, daß in den zwei untersuchten Landkreisen jeweils die, vom Einkommen her betrachtet, untere Hälfte aller Betriebe im nächsten Jahrzehnt wahrscheinlich aufhören wird und muß. Gleichzeitig gibt es das weltmarktorientierte, auf Expansion setzende obere Viertel aller Betriebe. Die AG setzt bei ihren Vorschlägen auf eine Stärkung der genannten »unteren« Hälfte der Bauernhöfe, da diese »bäuerliche Landwirtschaft« betreiben. Diese hat die größten Potentiale für sozialökologische Alternativen in der Agrarproduktion.

Die Studie macht »regionale Vorschläge zur Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft« (Einleitung), definiert eine »nachhaltige Landwirtschaft«, will Naturschutz durch Landnutzung statt durch Schutzgebiete und versucht vor allem die regionale Vermarktung als betriebswirtschaftlichen Ansatz zu forcieren. Nennenswert ist wie gesagt die starke Betonung sozialer Aspekte in der Studie: Arbeitsbelastung und daraus resultierende gesundheitliche Probleme der LandwirtInnen oder Imageprobleme. Die sozialen Probleme werden auch geschlechtsspezifisch diskutiert, sind doch Frauen diejenigen, die unter neuen Erwerbszweigen arbeitswirtschaftlich am meisten leiden müssen, wie auch oftmals diejenigen, die überhaupt die Potentiale für ihre Realisierung innehaben. Das letzte Kapitel schlägt dann sogar eine Offensive in Sachen Beschäftigungspolitik für eine regionale und umweltfreundliche Landwirtschaft vor.

Die Studie, der ein längerer Untersuchungsprozeß mit Veranstaltungen und Interviews vor Ort zugrundeliegt, ist ein wichtiges Dokument über konkrete politische Gestaltungsmöglichkeiten der Landes- und Kreisebene in Richtung einer regionalen und umweltfreundlicheren Landwirtschaft. Trotz aller Stärken dieser Studie: Auch eine Politik in ihrem Sinne (die ja erst noch der Realisierung bedarf), würde den weltmarktorientierten Teil der Landwirtschaft wenig beeinträchtigen. Dieser erhält jedoch derzeit die meisten Staatsgelder, setzt die meisten chemischen Hilfsmittel ein und hat in Politik und Verwaltung eine starke Lobby.●

Bernd Hüttner

Andrea Fink-Keßler u.a.: Regionale Lösungen für regionale Probleme; Kassel 1998, ISBN 3-89117-107-2, 196 Seiten, 20 DM. Bezug: Buchhandel oder direkt Tel. 0561/804 2306

Die gobalisierte Frau

Bilanzen und Visionen zur Globalisierung aus Frauensicht

Durch die sich verstärkt verbreitende neoliberale Marktwirtschaft ausgelöste Entwicklungen führen dazu, daß Staaten immer mehr von ihrem Machtmonopol vor Ort verlieren, internationale Wirtschaftsunternehmen und Finanzinstitutionen dafür zunehmend an Einfluß gewinnen. Gleichzeitig verändern sich weltweit ökonomische, soziale, politische Verhältnisse, entsteht ein Wertewandel. Die Geschehnisse der Weltgesellschaft sind mehr denn je miteinander verwoben. Interaktionen zwischen Kultur, Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft globalisieren sich.

Diese Stichworte beschreiben eine aus den Fugen geratene Welt, skizzieren den Hintergrund für die in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft diskutierte Globalisierung. Was bislang in dieser Debatte vernachlässigt wird, ist die Frage, ob die hier benannten gesellschaftlichen Veränderungen auf das Leben von Frauen ohne Einfluß bleiben. Sind Globalisierungsprozesse wirklich geschlechtsneutral? Jetzt sind zwei Bücher erschienen, die den Einfluß der Globalisierung unter dem Aspekt untersuchen, ob und wie sich die dadurch ausgelösten innergesellschaftlichen Verschiebungen auf Frauen auswirken.

Christa Wichterich spürt in ihrem Buch der Frage, ob und wie sich das Leben von Frauen durch die Globalisierung verändert, in Reportagen und Analysen nach. In einem lebendigen Mosaik von Länderbeispielen beschreibt sie die Wirkung des sozioökonomischen Wandels auf weibliche Lebensentwürfe. Sie beeinflußt Arbeitsalltag, Ernährungsgewohnheiten, Lebensgewohnheiten der Frauen in Süd und Nord. Auch sorgen die durch den Neoliberalismus verursachten Verschiebungen für die Angleichung verschiedener Kulturen und Ländern. Für einige von ihnen bieten sich dabei neue Chancen. Die Umbrüche stellen traditionelle Rollenzuweisungen in Frage, wenn sie die geschlechtsspezifische Arbeitsverteilung nicht unbedingt aufheben. Die Mehrheit gehört eher zu den Verliererinnen, denn gleichzeitig werden soziale Sicherheiten ausgehebelt. Zugleich verändern sich Sozialsysteme, geht in den Sozialstrukturen die Gemeinschaft verloren. Frauen reagieren auf die durch einen solchen Wertewandel hervorgerufene Verunsicherung mit der Konstruktion einer Identität im Widerspruch zur Dominanzkultur. Sie sind aber auch gesellschaftsverändernde Kraft. In diesem kleinen Band werden vor allem die Folgen der Globalisierung aufgezeigt, es eignet sich daher auch gerade für Neueinsteigerinnen.

In der von Ruth Klingebiel und Shalini Randeria herausgegebenen Aufsatzsammlung untersuchen verschiedene Autorinnen aus Nord und Süd in differenzierten Reflexionen, Fallstudien und konzeptionellen Überlegungen, wie sich die globalen Interaktionen zwischen Kultur, Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Frauenpolitik auswirken. Sie zeigen sich dadurch entwikkelnde neue Handlungsperspektiven auf, machen aber ebenso die darin enthaltene Herausforderungen deutlich. Ihre Beiträge spiegeln die Verknüpfung von Theorie und Praxis der internationalen Frauenbewegung wider. Sie diskutieren die Rolle der internationalen Frauenbewegung als Akteurinnen in einer globalisierten Welt, zeigen die Widersprüche und Ambivalenzen bei den transnationalen Diskursbündnissen und bei Gestaltungsmöglichkeiten der internationalen Frauenbewegung auf und beschäftigen sich mit deren Kontroversen im Bereich der Bevölkerungspolitik. Sie geben aber auch einen Überblick über die ungleiche Teilhabe der Geschlechter auf nationaler wie internationalen Ebene, kritisieren den ökofeministischen Diskurs und fassen die feministische Kritik an der Politik der Strukturanpassung zusammen. Die Vielfalt der Beiträge kann hier nur skizziert werden, erzeugt aber auch Neugier, das Buch zu lesen, vor allem bei LeserInnen, die sich mit der Globalisierung schon länger beschäftigen.●

Susanne Reichinger

Christa Wichterich: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Rowohlt Verlag 1998, 14,90 DM Ruth Klingebiel/Shalini Randeria (Hrsg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz 1998, 300 S., 24,80 DM

Einstürzende Sozialstaaten

Ist der Wohlfahrtsstaat am Ende? Nicht nur aus Kreisen der Wirtschaft wird sein Wandel gefordert. Ein Umbau, bei dem es nur um Kostenreduzierung geht und dabei der Wirtschaft ermöglichen soll, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Vom Umbau reden auch Politiker, angesichts der massiven Verluste bei den Steuereinnahmen könne es so nicht weitergehen. Dabei haben sie schon massiv in das sozialstaatliche Leistungssystem eingegriffen. Krankenversicherungsleistungen sind teurer geworden und wer Arbeitslosen- oder Sozialhilfe bezieht, sieht sich scharfen Kontrollen ausgesetzt. Sozial- und Jugendprojekten wurden die Mittel massiv gekürzt oder sie mußten ihre Arbeit ganz einstellen (CONTRASTE hat eine Kündigungswelle von Projekten, denen die Mittel gekürzt wurden, gerade mühsam durchgestanden).

Die in Wiesbaden erscheinende Zeitschrift SOZIAL EXTRA, die ihren Leserstamm unter Sozialarbeitern, Sozialpädagogen wie auch sozialpolitisch Interessierten hat, begleitet diesen Umwandlungsprozeß seit Jahren mit kritisch-analytischen Beiträgen. Einige von ihnen hat SOZIAL EXTRA nun in dem Buch »Einstürzende Sozialstaaten – Argumente gegen den Sozialabbau« zusammengestellt.

Mehrere AutorInnen schildern, wie massiv in das sozialstaatliche Leistungssystem bereits eingegriffen wurde. Wer (bereits reduzierte) Leistungen wie z.B. Arbeitslosen- oder Sozialhilfe bezieht, sieht sich verschärften Kontrollen ausgesetzt. Christa Sonnenfeld vom Frankfurter Arbeitslosenzentrum FALZ beschreibt den Abbau von Bürgerrechten der BezieherInnen sozialer Leistungen ausführlich.

Als Therapeutikum, um Ausgaben zu senken, empfehlen Experten marktwirtschaftliche Methoden. Der Marburger Erziehungswissenschaftler Benno Hafeneger, die Bremer Sozialarbeitswissenschaftler Rudolph Bauer und Eckard Hansen und der Hamburger Straßensozialarbeiter Wolfgang Harm warnen in ihren Beiträgen vor einer Sozialarbeit, die sich nur noch Marktgesetzen unterwirft. Es sei ein Irrglaube, die Arbeit mit Menschen genau messen zu können.

Andere Autoren, wie z.B. der Freiburger Politikwissenschaftler Konrad Maier, sehen in der Krise des Sozialstats auch eine Herausforderung. Sie glauben, daß die Chancen für eine neue Solidarität gut stehen. Und sie fragen: Muß der Sozialstaat tatsächlich nicht neu beginnen? Bietet hierzu die europäische Integration nicht auch eine Chance?●

dp

Rudolph Bauer u.a.: Einstürzende Sozialstaaten – Argumente gegen den Sozialabbau. SOZIAL EXTRA Buch 1. sozialeXtra-Verlag, Wiesbaden 1998. ISBN 3-9806342-0-5. DM 16,80 / sFr 16,80 / öS 129,–

Schwarz-Roter KALENDA '99

»Mit 17 hat man noch Träume« war einmal ein bekannter volkstümlicher Schlager. Der 17. KALENDA wird natürlich auch ein Schlager und die Träume sind uns lange noch nicht ausgegangen.

1982 im Geiste Erich Mühsams gegründet, ist der KALENDA über alle Moden, Konjunkturen und Talsohlen hinweg ein verläßliches Medium für unverfälschtes anarchistisches Denken und beste libertäre Gesinnung geblieben. Auch 1999, im Jahr des sich im Countdownfieber befindlichen Abendlandes, geht uns die freiheitliche Sonne nicht unter und wir werden wieder Projekte, Menschen und Ideen vorstellen und vorstellbar machen, Geschichte interessant präsentieren, knackige Grafik, Cartoons und Sprüche liefern und wichtige Daten/Ereignisse nicht in Vergessenheit geraten lassen. Als Dorn im Arsch der Herrschaften – the same procedure as every year – we proudly present @gain 40 Seiten radikaler Adressen vom FAInsten – natürlich auch online: ein WWW, ein weltweites Netz, hatten wir schon immer! Und dies nicht nur virtuell.

Themen 99:
Anarchismus in Finnland, 50/10 Jahre: Der Lange Marsch zum Tien A Men, 1939: WKII, Projekte, @gitation u.a.m..●

288 Seiten, Paperback/Fadenbindung, Serviceteil mit Monatsübersicht, Mens. Kalenda, Ferien, Postgebühren u.a.m..

Nur keine Umstände: 15 DM cash/ec an den SCHWARZROTBUCH VERLAG, R@lf Landmesser, Rathenower Str. 23, D-10559 Berlin oder Postbank München, Kto.Nr. 50848801, BLZ 70010080. Adresse nicht vergessen! Lieferung druckfrisch & portofrei: frei Haus! Gruppen- und WiederverkäuferInnenrabatt: ab 5 Stück je 11 DM, ab 20 Stück nur 10 DM alles incl.! Ab 250 Stück 7,50 DM = 50% revolutionärer Massen-Rabattz !!! Da lacht das schwarzrote Herz! Dann @ber plus Posto/ Vers@ckung. Alles nur per Vorauskasse!
BUCHHANDEL neu: Vertrieb VAH Jager,
ISBN 3-932078-09-8.

Neuer Rundbrief

»Perspektiven radikaler Umweltschutzarbeit«

In Zeiten zunehmender Annäherung zwischen den Mächtigen der Gesellschaft und ihren KritikerInnen, z.B. sozialen oder Umweltgruppen, bleibt für radikale Positionen wenig Raum. Sie fristen ein Nischendasein. So ist es auch im Umweltschutz. Während die großen Verbände und etablierten Einrichtungen an den runden Tischen der Mächtigen Platz nehmen, immer mehr in Gremienarbeit eingebunden werden und für den Verzicht auf öffentliche Proteste und »Druck von der Strasse« mit hohen Geldbeträgen aus Staatskasse und Firmenspenden belohnt werden, versuchen sich unabhängig arbeitende Gruppen vor allem im Anti-Atom-Bereich sowie, zahlenmässig schwächer, in der Anti-Gentechnik-Arbeit, in Hüttendörfern gegen Autobahnen, weiteren Widerstandsgruppen und einigen unabhängigen Aktionszentren als letzte Bastionen konsequenter Umweltschutzforderungen.

Um zwischen diesen unabhängigen Teilen der Umweltbewegung eine bessere Vernetzung und eine zielgerichtete Diskussion um Aktionsstrategien und politische Ziele zu erreichen, soll ein Prozess gestartet werden, in dem neue Perspektiven und Methoden erarbeitet werden. Dabei geht es nicht nur um den Umweltschutz, sondern auch um radikale Ansätze alternativer Lebensprojekte und Utopien für eine andere, gleichberechtigte und umweltgerechte Gesellschaft. Im Einzelnen sind geplant: Größere Diskussionstreffen zum Gesamtaustausch, einzelne Seminare z.B. zu politischen Zielen des Widerstandes oder zu Sinn und Unsinn von Steuerreformen, ein regemässiger Rundbrief und am Ende des Jahres ein Buch, in dem die erarbeiteten Konzepte und Entwürfe veröffentlicht werden.

Ein Infopaket mit der jetzt erschienenen Startausgabe des Perspektivenrundbriefes, der Einladung zum nächsten Treffen usw. ist gegen 6 DM in Briefmarken zu bestellen bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen (Stichpunkt »Perspektivenpaket«).●

Jörg Bergstedt

Anzeige

PROJEKTIDEEN FÜR DIE PRAXIS

160 Seiten, Unna 1997
ISBN 3-931949-04-4, 36 DM

Peter Apel, Reinhard Pach

KINDER PLANEN MIT

Neue Wege zur kinderfreundlichen Stadt

Ein Praxishandbuch für StadtplanerInnen und PädagogInnen sowie für alle, die gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen die verlorenen Spielräume in der Stadt zurückerobern und sich dabei aufs Abenteuer der Planungsbeteiligung einlassen wollen.

LKD-Verlag
Luisenstr. 22, 59425 Unna
Tel. 0 23 03 - 6 56 18 / 6 93 24
Fax 0 23 03 - 6 50 57
E-Mail BJKE_LKD@compuserve.com

JOBS

Bauhandwerker/Meister aus Bereich Rohbau/Holzbau als Fachanleiter für Qualifizierungsmaßnahme / Ausbildungsprojekt im Hunsrück gesucht. Gute Allgemeinkenntnisse im Hochbau und über ökologische Bautechniken erwünscht, Beginn ca. Nov. 98.
Verein ÖGEK e.V.
☎(0 65 44) 93 10

JOBSUCHE

Wandernder **Naturgartengestalter** mit Ideen sucht neue Herausforderungen in der ökologischen Landschaftsgestaltung. Renaturierungs-, Selbstversorgungs-, Kulturlandschafts- und Sanfte Tourismusprojekte sind willkommen.
Uwe A. Schidder, Postfach 14 01 32, D-70071 Stuttgart
☎(01 77) 521 53 27

PROJEKTE

Kommune Stedorf bei Verden sucht für 11 Wochen im Winter eine Frau, die bei uns lebt und im Betrieb arbeitet (25-30 Std./Woche). Eventuell auch für länger. Führerschein erforderlich.
☎(0 42 34) 9 40 36 (AB: 9 40 34)

Jetzt ist's soweit: Unsere ökologische Dorfgemeinschaft wird geboren. Alle Neugierigen sind herzlich eingeladen zu einem Kennenlernwochenende mit Fidibus.
☎(09 11) 33 02 58
(0 70 32) 8 20 79

Wir haben schon mal angefangen, unsere Utopie vom gemeinsamen Leben & Arbeiten zu verwirklichen. Politisches Wohnprojekt (4F, 4M, 2K) in Berlin sucht MitbewohnerInnen. Ab sofort!
☎(0 30) 29 00 29 34

ZU VERSCHENKEN

Reprokamera »Ravenna S1010« (bis A3), Kontaktkopiergerät (Klimsch) und IBM-Composer.
☎(0 62 21) 18 34 02

KATALOGE

1968 – Deutscher Herbst. Antiquariatskataloge: »1968 – Vorläufer, Phantasien, Folgen« sowie »Karl Kraus u. die Fackel« jetzt anfordern – kostenlos:
Antiquariat Karla, Karolingerstr. 14, D-40223 Düsseldorf.

anti atom aktuell

- ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
- gibt Einschätzungen und Meinungen der Anti-AKW-Bewegung wieder
- erscheint am liebsten monatlich
- 12 Ausgaben im Abo für 60 DM

Heft Nr. 94 "Wiederaufarbeitung"

Kostenloses Probeexemplar:
anti atom aktuell
Helgenstockstr. 15
35394 Gießen

aaa-Vertrieb@amazonas.comlink.apc.org
http://www.oneworldweb.de/aaa/home.html

Harry Rosina
Jean Améry — P-R-A-U-S-T oder: Der Letalfaktor

Über Leben und Werk von Jean Améry

Entschlossen gegen Antisemitismus, Rassismus und Gewalt anzukämpfen — politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Integration von Ausländern festigen — wäre unter anderem eine würdige und sinnvolle Art, Menschen wie Jean Améry, gerecht zu werden und sich seiner zu erinnern.

60 Seiten / 10,--DM

Edition Anares/ Espero
3-905052-64-4
Bezug:
Uwe Timm
Wulmstorfer Moor 34 b
21629 Neu Wulmstorf

ESPERO-SONDERNUMMERN
Markus Henning
Max Stirners Egoismus
40 S./ 5,00 DM / Originalausgabe
Alfredo Bonanno
Max Stirner und der Anarchismus
30 S. / 6,00 DM / Originalausgabe
p.m.
Der arbeitsfreie Mittwoch/
für eine planetare Alternative
30 S. / 5,00 DM
Was ist eigentlich Faschismus
61 S. / 10,00 DM / Originalausgabe
Harry Rosina
Jean Améry- P-R-A-U-S-T oder der Letalfaktor / 30.S./ 5,00 DM
Klaus Schmitt
Entspannen Sie sich, Frau Ditfurth
64 S. / 7,00 DM
Espero & Edition Achtacht 3
ESPERO
Forum für libertäre Gesellschafts-u. Wirtschaftsordnung
5. Jhrg. Nr.0 - 14, viermal jährlich
4,50 DM Einzelpreis, 20,00 DM ABO
Probehefte 1,50 DM Briefmarken
Bestellungen, Zuschriften c/o
Uwe Timm, Wulmstorfer Moor 34b
21629 Neu Wulmstorf
Jochen Knoblauch, Knobelsdorffstr.8, 14059 Berlin
E-mail : Utespero@aol.com und Knobi@t-online.de

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
5,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 20,00 Mark

Heft 3/1998
Schwerpunkt:

Die Demontage des Arbeitsrechts

- Überbau: Arbeitsrecht in der EU
- Abbau: Flächentarifvertrag
- Altbau: Recht auf Arbeit
- Rohbau: Politisches Mandat

Weitere Themen:

- Demokratie: BürgerInnenentscheide
- Gleichberechtigug: Frauenpolitik in der EU

Forum Recht Abonnement:
Forum Recht Vertrieb
c/o Katharina Ahrendts
Christburger Str. 18
10405 Berlin

Nichts will ich wissen von guten Bedingungen! nur noch:

Freiheit aller gefangenen GenossInnen – jetzt!

Zehn Gedichte und zehn Zeichnungen aus dem Gefängnis
Von Rainer Dittrich

für 11,50 DM zu bestellen bei:
Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 7 51 41

DIE ROTE HILFE

Erich Mühsam
Der Humbug der Wahlen

ISBN 3-88220-157-6

56 Seiten / 6,--DM

Klaus Guhl Verlag
Knobelsdorffstr. 8
14059 Berlin

Schwarzer Faden
Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.64 (2/98) enthält u.a.:

★
Kein Mensch ist illegal
von Gerhard Klas
☆
Von Fluchthelfern und Wegelagerern
von Albrecht Kieser
★
Flughafen Rhein/Main
von Michael Wilk
★
Der Gipfel der Globalisierung (MAI)
von Maria Mies
✧
Militarismus und Männlichkeit
von Andreas Speck
☆

Weiter: Michael Schiffmann: Gesetze der Gier; Wolfgang Haug: Kongress zur Sozialen Ökologie in Lissabon 1998; Julia Kümmel: Interview mit Nga Awa (Maori); Bernd Drücke: SF-Geschichte; Jörg Bergstedt: Nachhaltige Seilschaften; Reinhard Müller: Nachruf auf Ferdinand Groß; Roland Kaufhold: Rez. zu Eta Federn; Michael Schiffmann: Rez. Terror der Ökonomie; Peter Nowak: Rez. Autonome; Gerhard Kern: Antirassistisches Geschichtsbuch; Hans-Ulrich Dillmann: Rez. zu Alvarez' Roman; Jürgen Mümken; Rez. zu Durchreise im revolutionären Mexiko; Kurzmeldungen, LeserInnendiskussion etc.

Neu im Trotzdem-Verlag
Peter-Paul Zahl: Don Juan oder der Retter der Frauen, Textbuch zum Theaterstück, 18.-
Alex. Berkman: ABC des Anarchismus, 14.-
Paul Lafargue: Recht auf Faulheit, 10.-
Herby Sachs: Zwischen Würde, Land und Freiheit, Fotos und Texte zu Kultur und Widerstand der Maya heute, Ausstellungsbegleitheft, 8.-

✒ ABONNIERT!
(4 Nrn a. 68 S.): 30.-; Einzelpreis: 8.-
SF-Sondernummer *Feminismus* 8.-
Wiederverkauf ab 2 Ex.: 30% Rabatt
Neues Verlagsprogramm anfordern!
SF★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273

DER VERLAG MIT DEN BESONDEREN SEITEN ...

Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein u.a.

Leitfaden zur Regional-entwicklung NEU!

Ein Buch für
- **Bäuerinnen und Bauern** die ihre Qualitätsprodukte zu angemessenen Preisen regional vermarkten wollen
- **Verbraucher/innen** die regionale Wirtschaftsabläufe aktiv mitgestalten wollen
- **Tier- und Umweltschützer/innen** die ihre Ideale auch in regionalen Wirtschaftsformen lebendig werden lassen wollen
- **alle** die mehr über die Zusammenhänge, Möglichkeiten und Probleme der regionalen Vermarktung wissen wollen

Ein leicht verständlicher Fundus an Erfahrungen und eine Ideenbörse zugleich: Entstehungsgeschichte, Ziele, Aufbau, Marketingansatz, Besonderheiten, Erfolge und Mißerfolge verschiedener Projekte. Ergänzt durch Beiträge zu Kooperation, Marketing, Beratung und Förderung.

448 Seiten · 32,80 DM · Nov. 97
ISBN 3-930413-11-6

Über jede Buchhandlung zu bestellen oder direkt beim Verlag:

ABL Bauernblatt Verlags-GmbH
Marienfelder Straße 14
33378 Rheda-Wiedenbrück
Tel. (05242) 48185 · Fax 47838

VERLAG

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

»Die wagen was, diese Noch-Linkeren-als-wir« (taz): Jungle World ist »links und frech« (Die Zeit), aber auch »jeune et drôle« (Courrier International, Paris), hat »blattmacherische Stringenz und konzeptuelle Eleganz« (Diedrich Diederichsen, Spex). Eben ein »Trip für Leute, die kein Wochenende brauchen« (Zitty, Berlin). Alles in allem also »hip links und antideutsch« (Unique, Wien).

Jungle World

Die linke Wochenzeitung. Jetzt immer mittwochs.

Probe-Abo

☐ Ja, ich will Jungle World 8 Wochen für 20 Mark testen.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Einen Zwanzigmarkschein oder einen Scheck habe ich beigelegt.

Name
Vorname
Straße, Nr.
PLZ, Ort

Jungle World · Fax 030 / 618 20 55
Lausitzer Str. 10 · 10999 Berlin

contraste

Internationaler Kongress

Münster, 19.-21.11. 1998

- Forum 1: Ökonomie
  F.J. Hinkelammert (Costa Rica)
  R. Agacino(Chile)
- Forum 2: Politik und Herrschaft
  J. Agnoli (BRD)
  T. Moulian (Chile)
- Forum 3: internationalistischer Feminismus
  G.Notz (BRD)
  E. Gutiérrez (BRD)
  I. Carcamo (Chile)
- Forum 4: Ökologie
  M. Mies (BRD)
  M. Claude (Chile)
- Forum 5: kulturelle Identitäten
  A.Demirovic (BRD)
  J. Bengoa (Chile)
- Forum 6: Befreiungstheologie
  K. Füssel (BRD)
  P. Richard (Costa Rica)
- Kulturprogramm:
  Peña mit Angel Parra
  Konzert mit CRESSENTO

Infos u. Anmeldungen bei: Kongressbüro c/o Institut für Theologie u. Politik • 48153 Münster • Graelstr. 9 • Tel.: 0251/524728 Fax: 524788 • Kosten: 120/80 DM zzg. Übernachtung. Der Kongreß wird vom Solidaritätsfond der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt.

Neoliberalismus weltweit: 25 Jahre "Modell" Chile

Es ist die Bergwelt, die den Zwerg quält!

Weitere Wahrheiten für DM 3,- am Kiosk oder im Abo (DM 15,-/Jahr)

WAS LEFFT das nächste Jahrhundert

worte statt taten. aus erlangen.

Probeexemplar anfordern bei WAS LEFFT e.V.
Postfach 3543, 91023 Erlangen, Fax: 09131/205020
e-mail: was-lefft @ link-n.cl.sub.de

Besucht unsere Redaktionssitzungen, sonntags ab 21.00 Uhr, Erlangen, Feldstraße 22

ABO-Schnippel des
★☆ Zeitung aus Potsdam ☆★

vier Ausgaben zu 15,- DM
(in Briefmarken oder bar - nur in voraus - wir halten aber keinen davon ab, mehr zu geben)

Adresse
Infowagen
Mitschurinstr. 1c
14469 Potsdam

bedingungslose -
unabhängige -
radikale -
antifaschistische -
trickreiche -
internationale -
nötige -
objektive -
Berichterstattung

Vor- und Nachname: .....
Straße : .....
PLZ, Ort : .....

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: R.BUCH@partisan.net; 18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: A.KUESTERMANN@link-n.cl.sub.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; 50679 Köln,. Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, E-Mail: H.WEINHAUSEN@link-k.gun.de; 60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Blumenstr. 12, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: P.STREIFF@link-n.cl.sub.de; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: K.REGENAUER@link-n.cl.sub.de, Internet: http://members.aol.com/KRegen/redaktion.html

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: P.RUEDEN@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de
oder CONTRASTE@t-online.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten – anders entscheiden
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten
- gemeinsame Ökonomie, d.h. jede Person gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren Bedürfnissen heraus
- Entscheidungsfindung im Konsens, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt
- nachhaltige Wirtschaftsweise

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl-)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 19.-23.10.98
Information & Anmeldung:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V., Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

HERBSTKONFERENZ

Der Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB) veranstaltet am 9./10.10.98 seine Herbstkonferenz in der Jugendherberge Heidelberg. Thema der Konferenz, bei der zahlreiche Gruppen und Weltläden aus ganz Baden-Württemberg und dem Rhein-Neckar-Raum erwartet werden, ist die »Lokale Agenda 21«.
In vielen Städten werden bereits Ansätze diskutiert, wie vor Ort ökologisches und sozial verantwortliches Handeln und Wirtschaften entwickelt und durchgesetzt werden kann. Ein wichtiger Aspekt ist hierzu die zunehmende Globalisierung und die daraus steigende Verantwortung der reichen Industrieländer gegenüber der Verarmung vieler Länder im Süden. Können hierzu Weltläden und Aktionsgruppen innerhalb des Prozesses der lokalen Agenda Gegenmodelle wie fairer Handel und partnerschaftliches Wirtschaften durchsetzen und grundlegende Strukturveränderungen erzielen oder unterstützt der Prozeß der lokalen Agenda herrschende Verhältnisse und erweitert sie lediglich mit einer ökosozialen Komponente?
Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit diesem Thema möchte die DEAB-Konferenz anregen, die gleichzeitig wieder bad.-württ. Weltladenkonferenz sein wird. Neben spannenden Beiträgen und Diskussionen werden Wahlen zum DEAB-Organisationskomitee durchgeführt und über Neuaufnahmen von Gruppen entschieden. Der DEAB, der mittlerweile aus über 60 Mitgliedsgruppen besteht, hofft auf ein zahlreiches Erscheinen von Weltläden und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen. Weitere Infos und Anmeldung im DEAB-Büro, Blumenstr. 15, D-70182 Stuttgart
☎(07 11) 24 32 35

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Public Relations
Unser Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit unseren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Unsere Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die unsere Pressearbeit in Zeitungen, Radio und Fernsehen aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf? Welche Anlässe erfordern eine Pressekonferenz? Wir zeigen, wie Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Journalisten funktionieren.
Termin: 24.-25.10.98
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Humboldtstr. 117, D-90459 Nürnberg
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06

THEATERWERKSTATT

Theaterarbeit nach Augusto Boal
»Von den Bildern im Kopf zum Handeln in der Praxis« ist der Titel einer Theaterwerkstatt vom 25.9. bis 27.9.98 in der Jugendakademie Bornheim-Walberberg (Nähe Bonn). Vorgestellt und praktisch ausprobiert werden Grundelemente des »Forumtheaters« und des »Theater der Unterdrückten« nach den Ideen des brasilianischen Theaterpädagogen Augusto Boal. Sein Grundsatz: »Keine akrobatischen Leistungen sind angestrebt, sondern das Ausschöpfen all dessen, was in uns angelegt ist, denn nicht nur der Schaupieler, jeder kann Theater machen.«
Ziel der Werkstatt ist es, Anregungen und Ideen zum Einsatz von Theaterarbeit in Initiativen und Projekten zu vermitteln. Einladende sind die Stiftung MITARBEIT, die Paulo-Freire-Gesellschaft und die Jugendakademie Bornheim-Walberberg. Der Teilnahmebeitrag inkl. Übernachtung und Verpflegung beträgt 100 DM (Nichtverdienende 50 DM). Nähere Informationen bei Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 604 24 22, Fax 604 24 14.

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Schwierige Moderationssituationen
Dieser zweitägige Kurs ist für Frauen, die grundlegende Kenntnisse im Moderieren besitzen, sich inzwischen ausprobiert haben und ihre Erfahrungen reflektieren und ausbauen wollen.
Termin: 30.9.-1.10.98

Akquisitionstraining für Frauen
Eine gelungene Akquisition setzt voraus, daß Sie Ihr Angebot und ihre Zielgruppe(n) konkretisieren, den Markt und die Konkurrenz analysieren, Ihren Preisrahmen festlegen und die Art ihrer Präsentation auf diese Faktoren abstimmen. Daraus leitet sich der Weg zu Ihren KundInnen ab.
Termin: 5.-7.10.98
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

FRAUENCOMPUTERSCHULE

Internet für Einsteigerinnen
Aus der Bürokommunikation sind sie nicht mehr wegzudenken: die elektronische Post (E-Mail) und der Anschluß ans Internet, das »Netz der Netze«. Was bedeuten »World Wide Web«, was »ftp«, »chat« und »news«? Wer nutzt E-Mail, und wozu brauche ich eine E-Mail-Adresse? Wie ist das Internet entstanden, und wohin geht die Reise? Am PC probieren wir das »Netsurfing« aus.
Tagesseminare jeweils von 10-17 Uhr, FCS-München. Termine: 11.9./ 25.9./ 3.10./ 9.10./ 3.11./ 21.11./ 9.12.
Information & Anmeldung:
Frauen-Computer-Schule, Volkartstr. 23, D-80634 München
☎(0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25
E-Mail: fsc-m@link-m.de
Internet: http://www.frauen-computer-schulen.de

KULTUR

Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement
Neue Wege der Kulturpartnerschaft oder Rationalisierungspotential?
Fachtagung am 8.10.98, Stadthalle Osnabrück.
Weitere Informationen: Institut für Kulturpolitik, Weberstr. 59a, D-53113 Bonn
☎(02 28) 20 16 70, Fax 201 67 33
E-Mail: kulturpol@aol.com

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche/ -gründung
Termin: 9.-10.10.98 (Lebensgarten bei Hannover)
Info: Karl-Heinz Meyer, Goethestr. 21, D-79650 Schopfheim
☎/Fax (0 76 22) 6 53 02

AGÖF

4. Fachkongreß:
Der diesjährige Fachkongreß der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) zum Thema »Gebäudestandard 2000: Energie & Raumluftqualität findet am 25./26.9.98 an der Nürnberger Georg-Simon-Ohm Fachhochschule statt.
Information & Anmeldung:
AGÖF-Kongreßbüro, c/o AnBUS e.V., Rudolf-Breitscheid-Str. 49, D-90762 Fürth
☎(09 11) 749 90 39, Fax 77 07 64
E-Mail: anbus@t-online.de

INTERNET

An diesem Wochenende, das vom Ludwig Quidde Forum in Zusammenarbeit mit den JungdemokratInnen/Junge Linke veranstaltet wird, wird erörtert, ob die vielbetrauerte Nichtkontrollierbarkeit des Inernets subversive Aktivitäten zu unterstützen wirklich imstande ist. Ob linke Projekte sich sinnvoll im WorldWideWeb verwirklichen lassen. Ob das Internet wirklich (schon) so massenkompatibel oder in Wirklichkeit elitäres Gehabe ist. Was es auf sich hat mit dem Netz der Netze als Gehirnwindung der neuen demokratischen Gesellschaft. Was das blöde Ding denn nun mit der »Globalisierung« zu tun hat und wie sich ein Mausklick anhört, auf den hin angeblich Milliardenbeträge in Sekundenschnelle um den Globus geschickt werden. Ob das rechtsradikale Spektrum sich schon viel besser dortherinnen breitgemacht hat und was wir an wirklich nützlichen Informationen aus dem Netz ziehen können.
Information & Anmeldung:
Ludwig Quidde Forum, Kieler Str. 29c, D-42107 Wuppertal
Fax (02 02) 45 11 23
E-Mail: lqf@aol.com

WILA BONN

Fachseminare: Projektentwicklung im ökologischen und sozialen Bereich
Diese vier Fachseminare des Wissenschaftsladens Bonn richten sich an Arbeitssuchende und BerufseinsteigerInnen als auch an Interessierte aus Verwaltungen, Verbänden, Projektinitiativen sowie an Beratungs- und Planungsbüros.

Vom Abfall- und Energiemanagement zum Öko-Audit in Krankenhäusern
Abfall- und Energiemanagement in Krankenhäusern, Kliniken und Alten- und Pflegeheimen ist ein wachsendes Tätigkeitsfeld, das sich einerseits schon stark professionalisiert hat, aber andererseits noch große Entwicklungspotentiale, nicht zuletzt durch die Ausweitung des Öko-Audits auf den Dienstleistungssektor, bietet. Vor diesem Hintergrund wird sich das Seminar mit drei Fragekreisen bschäftigen: wie sehen PraktikerInnen die bisherigen Erfahrungen und Erfolge des Abfall- und Energiemanagements in Krankenhäusern, welche Perspektiven bieten Pilotprojekte zur Umsetzung des Öko-Audits in Krankenhäusern und welche Wege zur weiteren Qualifizierung und Beschäftigung in diesem Bereich sind möglich.
Termin: 22.9. bis 23.9.98 in Bonn

Projektförderung durch Stiftungen im Umweltbereich
Da öffentliche Fördertöpfe eingeschränkt werden und Gelder der Sponsoren begrenzt sind, rückt die Projektförderung durch Stiftungen immer stärker ins Blickfeld. Dieses eintägige Informationsseminar wird einen Einblick in die Arbeitsweise von Stiftungen geben, die Vielfalt der Umweltstiftungen aufzeigen, die Förderpraxis ausgewählter Stiftungen konkret darstellen und den Kontakt mit VertreterInnen einzelner Stiftungen ermöglichen.
Termin: 29.9.98, in Bonn

Sozialökologische Projektentwicklung
Dieses Seminar greift das Thema sozialökologische Projektentwicklung vor dem Hintergrund der Bemühungen auf, für sich und andere Arbeit zu erschließen und neue Arbeitsformen zu entwickeln. Dazu stellen Wissenschaftsläden, gemeinnützige Beratungsinstitute und Servicegesellschaften ihre eigene »Projektentwicklung« und Arbeitsweise vor. Die Konkretisierung erfolgt anhand ausgewählter Einzelprojekte, z.B. Beschäftigungsförderung von SozialhilfeempfängerInnen, Eigenarbeit/Selbstversorgung und Übergang vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt. Der Erfahrungsaustausch soll auch neue Kooperations- und Projektmöglichkeiten einschließen.
Termin: 21. bis 23.10.98 in Bonn

Alternative Gewerbe- und Projektzentren sowie Konzepte »Neuer Arbeit«
Dieses Seminar informiert über Gewerbe- und Umweltzentren aus dem Spektrum der alternativen, lokalen und sozialen Ökonomie, vom »Ökohaus« in Frankfurt über die »Weiberwirtschaft« in Berlin bis zur Kasernenumnutzung in Karlsruhe. Vor diesem Hintergrund werden die Erfahrungen mit alternativen Arbeitsformen und Selbstverwaltungsbetrieben aufgegriffen und den Konzepten von »Neuer Arbeit« gegenüber gestellt. Insbesondere wird die Frage diskutiert, welche Kombinationen von Erwerbs-, Eigen- und Gemeinschaftsarbeit tragfähig sind; ob das derzeit viel diskutierte Modell des »New Work« nach F. Bergman (d.h. reduzierte Jobarbeit plus High-Tech-Selbstversorgung plus krative Tätigkeiten) in Deutschland praktische Erfolgsaussichten hat bzw. schon Erfolge nachweisen kann.
Termin: 11. bis 13.10.98 in Bonn
Weitere Informationen:
Wissenschaftlsaden Bonn e.V., Buschstr. 85, D-53113 Bonn
☎(02 28) 20 16 10
E-Mail: wilabonn@t-online.de

ÖSTERREICH

3. Österreichische Armutskonferenz
Die Zukunft der Arbeit ist heute die gesellschaftspolitische Schlüsselfrage in Europa. Die Krise des überkommenen Systems der Erwerbsarbeit un der damit gekoppelten sozialen Sicherung ist nicht bloß vorübergehend, sondern tiefgreifend, betrifft den Kern der Industriegesellschaft. Die OECD-Länder stehen damit vor einer entscheidenden Weichenstellung: entweder in Richtung einer Verschärfung der sozialen Spaltung in eine Mehrheit von Zufriedenen und den Rest einer »überschüssigen« Bevölkerung, die der inneren Sicherheit und der Armenfürsorge überantwortet werden, mit allen Risiken für den sozialen Zusammenhalt. Oder in Richtung eines neuen Gesellschaftsvertrags – zwischen den Generationen, zwischen Männern und Frauen, Arbeitenden und Arbeitslosen, z.B. in Form einer Umverteilung des geschrumpften Volumens der Erwerbsarbeit; einer sozialen Grundsicherung, die nicht länger an Erwerbsarbeit, vielmehr an den BürgerInnenstatus als solchen gekoppelt ist.
Die Fachkonferenz versucht, Elemente eines solchen Reformprojekts zu konkretisieren. Leitende Perspektive dabei ist für uns als »Netzwerk gegen Armut und Ausgrenzung«: Wie kann der gesellschaftliche Ausschluß von immer mehr Menschen verhindert werden? Damit fordern wir eine Politik ein, die sich nicht auf Management zugunsten der »Standortsicherung« reduziert, sondern eine innovative, sozial verträgliche Antwort gibt auf das »Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft«.
Termin: 21./22.10.98, Salzburg

Information:
Michaela Moser, c/o Katholische Sozialakademie Österreichs, Schottenring 35/DG, A-1010 Wien
☎0043-(1) 310 51 59, Fax 310 68 28
E-Mail: michaela.moser@blackbox.at

FILMFESTIVAL

15. Internationales Filmfestival Ökomedia '98 – Mensch, Natur und Umwelt
Das Filmprogramm beinhaltet:

- die neuesten internationalen Film- und Videoproduktionen (Wettbewerb mit diversen Geldpreisen) zu den Themenbereichen Mensch, Natur und Umwelt
- eine Filmreihe zum Thema »Küsten und Meere«
- ein Kinder- und Jugendfilmprogramm zum Thema »Abenteuer Küsten und Meere«

Das Rahmenprogramm beinhaltet:

- eine Ausstellung des südafrikanischen Fotografen Paul Weinberg: »Die Fischer von Kosi Bay«
- ein Fortbildungsseminar von ARD/ZDF zum Thema »Naturbilder in der Werbung«
- eine Journalistenseminar des BUND zum Thema »Ökologische Steuerreform«
- Diskussionen und Begegnungen mit Gästen aus aller Welt

Termin: 11.-15.11.98, Freiburg
Information:
Ökomedia-Institut, Habsburgerstr. 9a, D-79104 Freiburg
☎(07 61) 5 20 24, Fax 55 57 24

REGIONALENTWICKLUNG

EUREGIA – Regionalentwicklung in Europa
Die Fachausstellung und der Kongreß »EUREGIA«, die vom 28. bis 31.10.98 erstmals eigenständig parallel zur Europäischen Messe »denkmal '98« in Leipzig stattfinden, haben ein großes Echo gefunden. Bis Ende Juli waren bereits über 80 Planungsbüros, Regionalentwicklungsvereine, Verbände, Netzwerke, Projektträger, Institute und regionale Projekte aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und der Schweiz angemeldet.
In der Fachausstellung, zu sehen in der Glashalle des neuen Leipziger Messegeländes, werden sich die »Regionen der Zukunft« präsentieren. Vertreten sind auch zahlreiche europaweit wirkende Verbände: u. a. auch das Europäische Netzwerk für lokale Ökonomie und lokale Entwicklung.
Im Mittelpunkt des umfangreichen Fachprogramms steht am 28.10. der Europäische Kongreß »Regionalentwicklung im Wettbewerb Europäischer Regionen«. Weiter finden eine zweitägige Fachkonferenz »Soziale Ökonomie und nachhaltige Entwicklung« und die Fachkonferenz »Regionalentwicklung in Ost- und Mitteleuropa« statt.
Weitere Informationen:
neuland, Esbach 6, D-88326 Aulendorf
☎(0 75 25) 9 10 44, Fax 9 10 45

GESUNDHEIT

Macht. Geld. Gesund?
Ökonomie im Gesundheitswesen galt bisher vor allem als ein Thema von Betriebswirten und Politikern. Die Politik wollte die Beitragssätze der Krankenkassen stabil halten und die Interessen der Anbieter im Gesundheitswesen schonen. Betriebswirte und Verwaltungsleiter in den Einrichtungen des Gesundheitswesens richteten Versorgungsstruktur und Leistungen hieran aus.
Die Ergebnisse dieser einseitigen Politik wird mittlerweile von Versicherten, Patienten und Beschäftigten im Gesundheitswesen offen kritisiert.
Wo aber liegen überzeugende Alternativen? Wer soll über Inhalte, Strukturen und Finanzierung eines neuen Gesundheitswesens entscheiden? Wie kann eine nachhaltige, gerechte und solidarische Entwicklung gefördert werden?
Termin: 17./18.9.98, Bielefeld
Information & Anmeldung:
GesundheitsAkademie, August-Bebel-Str. 16, D-33602 Bielefeld
☎(05 21) 13 35 62, Fax 17 61 06

VEGAN KOCHEN

Schmackhafte Vegan-Küche: leicht gemacht!
Theorie und Praxis der rein pflanzlichen Ernährung mit Öko-Koch und Kochbuchautor Alexander Nabben.
Termin: 6.-8.11.98, Haus Schüberg (nähe Hamburg)
Information & Anmeldung:
Projekt Ökologisches Lernen und Handeln, Wulsdorfer Weg 33, D-22949 Ammersbek
☎(0 40) 605 10 14, Fax 605 25 38

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg